

Tagungsdokumentation
zum wissenschaftlichen
Symposium

60 JAHRE
PATENSCHAFT
Niedersachsen –
LANDSMANNSCHAFT
Schlesien

Schlesien in Europa:
Nachbarschaft,
Beziehungsgeschichte,
Kulturaustausch

23. und 24.9.2010
Sparkassen-Forum Hannover



Niedersachsen

Inhaltsverzeichnis:

*Einleitung: Schlesien in Europa –
Nachbarschaft, Beziehungsgeschichte, Kulturaustausch*

Carl-Hans Hauptmeyer 4

*Eröffnungsrede des Symposiums
„Schlesien in Europa – Nachbarschaft, Beziehungsgeschichte, Kulturaustausch“*

Uwe Schünemann 6

Niedersachsen und Schlesien – historische und aktuelle Wechselbeziehungen

Matthias Weber 12

Die deutsche Besiedlung Schlesiens seit Ausgang des 12. Jahrhunderts

Josef Joachim Menzel 21

Stadtentwicklung in Schlesien anhand von historischen Stadtkarten

Ulrich Schmilewski 28

*Bildungswege, Wissenstransfer und Kommunikation.
Schlesische Studenten an europäischen Universitäten der Frühen Neuzeit*

Joachim Bahlcke 36

*Max Pinkus (1857-1934) – ein schlesischer Textilunternehmer
im Zeitalter der Globalisierung an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert*

Dariusz Adamczyk 37

Grußwort und Eröffnungsrede für den zweiten Tag des Symposiums

Rudolf Götz 46

Wie wurde Schlesien polnisch? Die geopolitischen Entscheidungen

Bogdan Musiał 49

<i>Die Aufnahme von Flüchtlingen und Vertriebenen in Niedersachsen 1945-1960</i>	
Bernhard Parisius	65
<i>Zeitzeugeninterviews zu Flucht und Vertreibung – Perspektiven und Horizonte</i>	
Karl-Heinz Ziessow	71
<i>Schlesien im Museum. Kultur und Geschichte Schlesiens in deutschen und polnischen Museen nach dem Zweiten Weltkrieg</i>	
Markus Bauer	92
<i>Einleitung zur Schlussdiskussion</i>	
Carl-Hans Hauptmeyer	101
<i>Zu den Autoren</i>	102

Carl-Hans Hauptmeyer

Einleitung: Schlesien in Europa – Nachbarschaft, Beziehungsgeschichte, Kulturaustausch

Am 23. und 24. September 2010 fand in Hannover das Symposium *Schlesien in Europa – Nachbarschaft, Beziehungsgeschichte, Kulturaustausch* statt. Die Tagung bildete neben einem Festakt mit dem Niedersächsischen Ministerpräsidenten David McAllister die zweite Säule der Jubiläumsfeier *60 Jahre Patenschaft Niedersachsen – Landsmannschaft Schlesien*. Für das Symposium, das von der Niedersächsischen Landesregierung unter Federführung des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport initiiert und ausgerichtet wurde, konnten als Tagungsleiter Prof. Dr. Carl-Hans Hauptmeyer von der Leibniz Universität Hannover sowie zahlreiche namhafte deutsche und polnische Referenten gewonnen werden.

Anspruch des Kongresses war es, die facettenreiche und dabei oft schillernde Geschichte des Oderlandes darzustellen, dabei neue Denkanstöße zu geben und so einen Beitrag zum wissenschaftlichen Diskurs zu leisten. Aufmerksam verfolgt wurde dieses Anliegen dabei von über 500 Besuchern, die sich aus einer interessierten Öffentlichkeit und zahlreichen hochrangigen Verbandsvertretern zusammensetzten.

Das Symposium fand an zwei Tagen statt und erstreckte sich inhaltlich über mehr als 1000 Jahre schlesischer Geschichte. In den Referaten des ersten Tages ging es um ausgewählte mittelalterliche, frühneuzeitliche und neuzeitliche Aspekte in politischer, sozialer und ökonomischer Hinsicht. Am zweiten Tag lag der Fokus ganz auf Ereignissen des 20. Jahrhunderts, in dessen Mittelpunkt die Themen Flucht und Vertreibung lagen. Das hier in dieser Sammlung vorliegende Grußwort des Landesbeauftragten Rudolf Götz gibt eine inhaltliche Zusammenfassung der einzelnen Beiträge.



Eröffnungsredner Minister Uwe Schünemann stellte die Verantwortung des Landes Niedersachsen für die Heimatvertriebenen heraus, denen das Land einen Großteil seiner Erfolgsgeschichte nach 1945 zu verdanken habe, und die bis heute andauere. Die partnerschaftlichen Beziehungen auch zu Polen gelte es weiterhin auszubauen und zu intensivieren. Prof. Hauptmeyer hob in seinem einleitenden Beitrag die wechselvolle Geschichte Schlesiens hervor, dessen Darstellung eine anspruchsvolle Aufgabe darstelle. Seine Aufgabe war es neben der Leitung des Kongresses auch, als Moderator der Diskussionsrunden zu fungieren, die sich nach den jeweiligen Referaten anschlossen. In dieser Rolle trat er auch bei zwei Podiumsdiskussionen auf, die nach dem kurzfristigen Ausfall von zwei Referenten installiert wurden. Diese fanden am zweiten Tag statt und hatten einmal die Zeit des Nationalsozialismus in Schlesien und zum anderen das Ende des kommunistischen Systems im Oderland zum Thema. Für die erste Runde konnte Prof. Detlev Schmiechen-Ackermann gewonnen werden, der als Experte zum Thema Nationalismus in der Region einführende Impulse hierzu setzte und in der Folge mit Bogdan Musial, Arno Herzig und Carl-Hans Hauptmeyer hierüber diskutierte. Der zweite Gegenstand, das Ende der kommunistischen Herrschaft in Schlesien, wurde von

Prof. Hauptmeyer mit den beiden polnischen Referenten Bogdan Musial und Dariusz Adamczyk in Form eines Gespräches über deren unmittelbares Erleben dieser Zeit geführt.

Nach dieser Gesprächsrunde erfolgte eine Abschlussdiskussion, die neben einigen inhaltlichen Fragen v. a. dazu genutzt wurde, sich bei den Veranstaltern und beim Tagungsleiter für die Durchführung des Symposiums zu bedanken. Der Kongress endete mit Schlussbemerkungen von Prof. Hauptmeyer, der die Tagungsergebnisse zusammenfasste und einen Ausblick auf noch bestehende Forschungsdesiderate gab. Das positive Echo aus dem Auditorium und aus den Medien war Ausdruck eines rundum gelungenen Kongresses.

Herr Prof. Hauptmeyer dankte schließlich den Institutionen und Personen, die zum Gelingen der Tagung beigetragen hatten und hob insbesondere drei Personen hervor: Frau Christel Schröter, die von Beginn an auf Seiten des Innenministeriums äußerst erfolgreich wirkte und „die gute Seele“ des Vorhabens war, Herrn Martin Mauri, der gleichsam wie ein Geschäftsführer alle wesentlichen Angelegenheiten der Tagung zur vollsten Zufriedenheit abwickelte und sogar noch kurzfristig als Referent einsprang, und Herrn Martin Stber, der für das Niedersächsische Institut für Historische Regionalforschung e V. in bewährter Professionalität die gelungene Durchführung ermöglichte.



Professoren in der Diskussion: Arno Herzig und Bogdan Musial

Uwe Schünemann

Eröffnungsrede des Symposiums „Schlesien in Europa – Nachbarschaft, Beziehungsgeschichte, Kulturaustausch“

Sehr geehrter Herr Pawelka, ich freue mich, Sie beim Symposium aus Anlass der nunmehr schon 60 Jahre währenden Patenschaft des Landes Niedersachsen zur Landsmannschaft Schlesien begrüßen zu dürfen. Des Weiteren begrüße ich den Landesvorsitzenden der Landsmannschaft Schlesien, Herrn Helmut Sauer sowie den Landesvorsitzenden des Bundes der Vertriebenen, Herrn Oliver Dix. Ebenso herzlich begrüße ich den Präsidenten des Verbandes der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaft in Polen, Herrn Bernhard Gaida. Auch freue ich mich, unseren ehemaligen Landtagspräsidenten, Herrn Horst Milde, sowie zahlreiche Abgeordnete des Niedersächsischen Landtages, unter ihnen den Landesbeauftragter für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Herrn Rudolf Götz, begrüßen zu dürfen. Ein herzliches Willkommen auch Herrn Prof. Hauptmeyer, den Referenten sowie allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Symposiums!

Es ist mir eine besondere Freude, heute die Eröffnungsrede zu dem Symposium „Schlesien in Europa – Nachbarschaft, Beziehungsgeschichte, Kulturaustausch“ zu halten. Diese Tagung bildet den Auftakt unserer gemeinsamen Feier „60 Jahre Patenschaft Niedersachsen – Landsmannschaft Schlesien“. Das Jubiläum werden wir übermorgen mit einem Festakt im Alten Rathaus feierlich begehen, an dem auch unser Ministerpräsident David McAllister teilnehmen wird. Darauf freue ich mich ebenso, wie auf die Bereicherung des wissenschaftlichen Diskurses zur Geschichte Schlesiens. Die hier anwesenden Experten werden dazu viele wichtige Beiträge liefern. Ihnen allen schon jetzt mein Dank, dass Sie an diesem Symposium teilnehmen.



Meine sehr verehrten Damen und Herren, nicht einmal sieben Monate nach der Gründung der Landsmannschaft Schlesien übernahm die Niedersächsische Landesregierung am 3. Oktober 1950 ihre Patenschaft. Sie tat dies aus Verantwortung für die heimatvertriebenen Schlesierinnen und Schlesier und als Zeichen der Solidarität mit ihnen. Nun feiern wir ihr 60-jähriges Bestehen. Das zeigt: Die Patenschaft ist lebendig geblieben und hat sich weiter entwickelt. Sie ist Ausdruck tiefer Verbundenheit und Wertschätzung mit den Heimatvertriebenen aus Schlesien. Die Patenschaft ist zukunftsweisend und ein festes Bindeglied zwischen Niedersachsen, Schlesien und Polen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, neben dem Festakt ist dieses Symposium die zweite Säule unserer Jubiläumsfeier. Schlesien mit seiner Hauptstadt Breslau ist ein Kristallisationspunkt gewachsener abendländischer Kultur. Gleichzeitig ist Schlesien ein Brennpunkt der wechselhaften politischen Geschichte unseres Kontinents. Das heutige Symposium stellt diese geografische Kernlandschaft Europas mit ihrer spannenden Geschichte und reichen Kultur in den Mittelpunkt:

- Es wird die Verhältnisse Schlesiens zu seinen damaligen und heutigen Nachbarn darstellen.

- Es wird seine Beziehungen zu verschiedenen Staaten und Regionen, vor allem auch zu Niedersachsen beleuchten.
- Es wird den Austausch der Kultur, die von Schlesien ausging und den es von anderswo aufnahm, eingehend würdigen.
- Darüber hinaus wird diese Tagung neben all den wichtigen wissenschaftlichen Erträgen auch einen Beitrag zur Völkerverständigung von Polen und Deutschen darstellen.

Unsere Verbindung ist geprägt von der gemeinsamen Verantwortung für den Kontinent. „Schlesien in Europa“ – damit wird bereits im Titel des Symposiums die brückenbauende Funktion dieser Region herausgestellt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
ich freue mich, dass wir Sie, sehr geehrter Herr Professor Hauptmeyer von der Leibniz Universität Hannover, als Tagungsleiter haben gewinnen können. Darüber hinaus bin ich den Referenten dankbar, dass sie uns einen chronologisch geordneten Rundblick über die Geschichte Schlesiens bis in die Gegenwart verschaffen werden. Wenn ich Rundblick sage, dann meine ich aber auch einen damit verbundenen Scharf- und Tiefenblick, der den wissenschaftlichen Diskurs beleben wird.

Der Bogen wird bei diesem Symposium über mehr als eintausend Jahre gespannt. Zweifelsohne ein ehrgeiziges Vorhaben! Wir dürfen gespannt sein auf das facettenreiche Panorama schlesischer Geschichte, das uns geboten wird. Das Spektrum ist breit gefächert:

- Wir befassen uns mit geistig-kulturellen Themen wie der Geschichte der Literatur Schlesiens.
- Die deutsche Besiedlung Schlesiens seit dem Ausgang des 12. Jahrhunderts wird beleuchtet.
- Des Weiteren stehen mittelalterliche und frühneuzeitliche Aspekte wie die Stadtentwicklung und der Wissenstransfer durch schlesische Studenten im Fokus.
- Das wechsel- und oftmals leidvolle 20. Jahrhundert wird eingehend dargestellt. Das Symposium beschäftigt sich mit Fragen der Globalisierung, des Nationalsozialismus, der großen geopolitischen Veränderungen nach 1945 und der kommunistischen Diktatur.
- Zudem wird das Symposium auf die aktuellen Beziehungen zwischen Deutschland, insbesondere Niedersachsen, und Schlesien eingehen. Die Darstellung des Oderlandes in deutschen und polnischen Museen nach dem 2. Weltkrieg ist ebenfalls Thema. Von zwei Referenten wird das Schicksal der Heimatvertriebenen beleuchtet. Wir werden uns dabei intensiv mit den Schwierigkeiten und den Erfolgen bei der Aufnahme der Vertriebenen in Niedersachsen beschäftigen. Dazu werden uns auch eindrucksvolle Zeitzeugeninterviews vorgestellt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
was mich ganz besonders freut: Es ist uns für diese Tagung gelungen, nicht nur namhafte deutsche Experten aus dem gesamten Bundesgebiet zu gewinnen. Wir können heute auch hochgeschätzte polnische Wissenschaftler, unter anderem auch hier an der Leibniz Universität Lehrende und Forschende, begrüßen. Das unterstreicht das gemeinsame Interesse und die gemeinsame Verantwortung unserer beiden Völker für die Geschichte und Zukunft Schlesiens!

Darüber hinaus haben wir das Glück, eine Ausstellung des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa hier während dieser zwei Tage besuchen zu können. Es handelt sich hierbei um eine Präsentation der „Werkbundsiedlung Breslau“. Sie

wurde 1929 im Rahmen der „Werkbundaussstellung Wohnung und Werkraum“ als Versuchssiedlung errichtet. Für die Installation danke ich Herrn Professor Weber vielmals!

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
die Darstellung und Analyse der Vergangenheit ist kein Selbstzweck. Erinnerung bleibt nicht beschränkt auf die Zeitzeugen, also auf diejenigen, die es erlebt und erlitten haben. Vergangenheit ist die Wurzel unserer Gegenwart und prägt gleichzeitig unsere Zukunft. Der hier in Hannover geborene Kulturphilosoph Friedrich von Schlegel (1772-1829) hat einmal treffend bemerkt: „Der Historiker ist ein rückwärts gekehrter Prophet.“ Geschichtswissenschaft ist im Kern die um Wahrheit bemühte Aufarbeitung und Einordnung des historisch Geschehenen.

Nur so können wir aus der Vergangenheit lernen. Nur so können wir Gegenwart und Zukunft verantwortungsvoll gestalten, den Lebenden Orientierung und Perspektive geben. Eine Politikgestaltung ohne historisches Bewusstsein ginge ins Leere, ja sie würde die Gefahr von Missverständnissen und Fehlentscheidungen deutlich erhöhen. Insofern hat die niedersächsische Landesregierung bewusst die Form eines wissenschaftlichen Kongresses gewählt, um unser Jubiläum mit der Landsmannschaft Schlesien angemessen zu feiern. Durch die Vorträge zu den aktuellen Forschungen, durch die Präsentationen der Referenten und durch die kritische Reflexion wird Erkenntnisgewinn erst möglich gemacht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
Schlesien war, bedingt durch Eroberung, Einverleibung anderer Staaten und Teilung, im Laufe der Geschichte wiederholt Bestandteil verschiedener Herrschaftsgebiete. Daher ist es nur natürlich, dass Schlesien heute in drei Staaten, nämlich in Deutschland, in Polen und in Tschechien, als wichtiger Teil der Nationalgeschichte und kulturellen Identität empfunden wird.

Über die Jahrhunderte hinweg haben sich im europäischen Kernland Schlesien verschiedene Sprachen, Volksgruppen und Kulturen miteinander gemischt und ausgetauscht. Es entstand eine einmalige Kulturlandschaft des Abendlandes mit großartigen Baudenkmälern, prächtigen Kirchen und Klöstern, Burgen und Schlössern. Dieser Kulturaustausch wurde auf vielfache Weise begünstigt. Man denke allein daran, dass sich in Breslau zwei wichtige europäische Fernstraßen kreuzten: Zum einen die Bernsteinstraße zwischen der Ostseeküste und der Adria, wo vor allem in Venedig der Bernsteinhandel blühte. Und zum zweiten die sogenannte Hohe Straße, welche über mehrere Jahrhunderte hinweg die wichtigste Verkehrsverbindung von Mitteldeutschland nach Schlesien war.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
das kulturelle Erbe Schlesiens fördert die hiesige Landesregierung in besonderer Weise. Ein besonders wichtiges Symbol ist der Kulturpreis Schlesien. Mit ihm würdigt das Land Niedersachsen alljährlich Kunstschaffende, die aus Schlesien stammen oder deren Werk Bezüge dazu aufweisen. Der Kulturpreis ist eine Erfolgsgeschichte, die an Attraktivität zunimmt. Bei der diesjährigen Verleihung in Breslau Anfang September waren weit über 200 Teilnehmer aus Deutschland, Polen und Europa aus Politik, Verwaltung, Kunst und Kultur zugegen.

Kultur macht niemals an Staatsgrenzen Halt. Sie entsteht in der Begegnung der verschiedenen Völker und fördert die internationale Verständigung. Der Kulturpreis ist geradezu ein Symbol für diese Eintracht geworden. Er ist ein Kernstück deutsch-polnischer Verständigung. Der Kulturpreis stärkt das partnerschaftliche Miteinander unserer beiden Völker. Er ist mehr denn je ein Begegnungspreis geworden. Zudem erhält und unterstützt das Land Niedersachsen bis heute das kulturelle Erbe, das sogenannte „unsichtbare Gepäck“, das auf der Flucht nach Niedersachsen mitgebracht wurde. Grundlage dafür ist § 96 Bundesvertriebenen-gesetz. Unser Ziel ist und bleibt die Erhaltung, Weiterentwicklung und Verbreitung des schlesischen Kulturgutes! Niedersachsen untermauert damit seine Verbundenheit und Freundschaft

mit den Heimatvertriebenen aus Schlesien, aber auch die Verständigung mit dem polnischen Volk.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
wer sich mit der Geschichte Schlesiens befasst, ist erstaunt darüber, wie oft und in welchem Maß dieses geografische Kernland im politischen Gravitationszentrum Mittel- und Osteuropas stand. Bereits Johann Wolfgang von Goethe schrieb im August 1790 von Schlesien als einem „zehnfach interessanten Land“. Die unterschiedlichen politischen Herrschaften, der Transfer von Ideen zwischen Mittel- und Osteuropa und die verschiedenen Volksgruppen, die dort lebten — dies alles führte zu einer außerordentlich reichen kulturellen Entwicklung. Daneben wurde Schlesien im Laufe der Jahrhunderte aber auch immer wieder zum Zankapfel rivalisierender Staaten und zum Spielball machtpolitischer Interessen. Das Oderland hat oft Krieg, Tod und Leid erfahren müssen. Das gilt insbesondere für die erste Hälfte des letzten Jahrhunderts.

Schlesiens jüngste Geschichte spiegelt in besonderer Schärfe die traumatischen Erfahrungen der europäischen Völker mit zwei großen Kriegen, der Gewaltherrschaft von Nationalsozialisten und Kommunisten sowie der Vertreibung ganzer Volksgruppen aus ihrer angestammten Heimat. In dieser europäischen Kernregion verdichten sich – wie unter einem Brennglas – die schmerzhaften Brüche des 20. Jahrhunderts.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
dazu gehört zweifellos das Schicksal der Heimatvertriebenen aus Schlesien, mit denen das Land Niedersachsen eine Patenschaft eingegangen ist. Es geht in der Erinnerung an diese Tragödie keinesfalls darum, Leid gegeneinander aufzurechnen. Das ist mir wichtig. Die Vertreibung der Deutschen steht in einem komplexen historischen Kontext. Sie ist ohne die Vorgeschichte der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft, die besonders in Osteuropa gewütet hat, nicht erklärbar. Dem muss jede historische Betrachtung Rechnung tragen. Und es ist gut, dass wir uns auch im Rahmen des heutigen Symposiums differenziert mit diesen Ereignissen auseinandersetzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
unzweifelhaft ist aber, dass die Vertreibung der Deutschen ein gravierendes Unrecht an wehrlosen Menschen darstellt, das in keiner Weise zu verharmlosen oder zu rechtfertigen ist:

- Etwa zwölf Mio. Deutsche wurden gewaltsam aus ihrer angestammten Heimat in Mittel- und Osteuropa gerissen, davon allein mindestens drei Mio. Schlesier.
- Sie mussten für immer ihre Heimat verlassen.
- Sie wurden ihres Besitzes beraubt.
- Die Schikanen, Vergewaltigungen und Morde während Flucht und Vertreibung haben bei vielen – bis heute – tiefe Narben hinterlassen.

Die Erlebnisse von Flucht und Vertreibung der Deutschen sind ein schmerzhafter Teil unserer Nationalgeschichte – und der europäischen Geschichte. Dieses Leid aufzuarbeiten, daran zu erinnern, ist eine gesamteuropäische Verpflichtung! Das mahnen die Heimatvertriebenen zu Recht an. Unsere Botschaft muss klar sein: Vertreibung, wo immer sie stattfindet, ist und bleibt menschenverachtendes Unrecht. Dieses Unrecht müssen wir ein für allemal ächten!

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
umso erstaunlicher ist, dass die Charta der Heimatvertriebenen bereits im Jahr 1950 auf Aussöhnung und Verständigung baute. In diesem Jahr feiern wir ihr sechzigjähriges Bestehen. Die Erfolgsgeschichte der Charta spiegelt das Selbstverständnis der deutschen Heimatvertriebenen wieder: Aus der Erinnerung an die eigenen Wurzeln werden Brücken geschlagen, um zur Aussöhnung unserer beiden Völker und zur europäischen Integration beizutragen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
als die Flüchtlinge und Vertriebenen aus Schlesien auf dem Gebiet des späteren Niedersachsens ankamen, lag eine Odyssee hinter ihnen. Besitzlos, seelisch traumatisiert, durch Hunger und Krankheit geschwächt kamen sie in eine Fremde, die ihre neue Heimat werden sollte. Es war aber, wie der Historiker Andreas Kossert treffend beschrieb, für die Vertriebenen oftmals eine „Kalte Heimat“. Die Städte lagen in Trümmern; den Vertriebenen schlug vielfach Skepsis, Spott oder sogar offene Feindseligkeit der einheimischen Bevölkerung entgegen.

Doch dabei blieb es nicht! Die gesamtgesellschaftliche Notwendigkeit zum wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbau verband Vertriebene und einheimische Bevölkerung zu einer gemeinsamen Kraftanstrengung. Alle halfen mit, die Alteingesessenen wie auch die Neuhinzugekommenen. Diese harte Arbeit unter schwierigsten Umständen war ein wichtiger Baustein für das Entstehen einer starken Solidargemeinschaft. Der Integrationsprozess verlief letztlich erfolgreich. Eine politische Radikalisierung oder soziale Unruhen blieben glücklicherweise aus.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
die Wohlstandsgesellschaft der frühen Bundesrepublik war eine gemeinsame Leistung. Hierbei halfen der Wohnungsbau und das Barackenräumprogramm, die bis in die 1960er Jahre liefen. Etwa 20 % der Bevölkerung in den westlichen Besatzungszonen waren Flüchtlinge oder Vertriebene. Niedersachsen lag mit einem Anteil von 27,2 % an der Gesamtbevölkerung deutlich über dem Durchschnitt der Bundesländer. Insgesamt nahm unser Bundesland bis 1950 fast 1,85 Mio. Flüchtlinge und Vertriebene auf. Um diese Zahlen plastisch zu verdeutlichen: Niedersachsen nahm bis 1953 mehr Menschen auf, als Neuseeland zu diesem Zeitpunkt Einwohner hatte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
Deutschland wäre ohne die Heimatvertriebenen nicht das, was es heute ist. Das Thema ist keineswegs veraltet oder verstaubt. Jeder vierte Deutsche ist heute ein Heimatvertriebener oder hat Vorfahren von Heimatvertriebenen. Viele Nachkommen, darunter auch eine große Zahl junger Leute, wollen sich über ihre familiären Ursprünge informieren. Sie wollen mehr über das Land ihrer Vorfahren erfahren. Und viele Familien haben ihre Ursprünge hier in Schlesien. Besonders das Land Niedersachsen wäre nicht so lebendig und vielfältig, wenn nicht so viele Heimatvertriebene aus Schlesien Zuflucht in Niedersachsen gefunden hätten.

Sie haben sich trotz vieler Beschwerden hervorragend integriert. Und sie haben für den Wiederaufbau nach dem Krieg Enormes geleistet. Die Vertriebenen haben entscheidenden Anteil am Erfolg der Sozialen Marktwirtschaft und unserer gewachsenen Demokratie in Deutschland. Sie sind ein integraler Teil deutscher Identität – und das ist gut so!

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
Schlesien in Europa. So lautet der Titel dieses Symposiums. Schlesien ist eine europäische Kernregion, in der sich die reiche Kultur und wechselvolle Geschichte vor allem von Deutschen und Polen bündelt. Dieses wertvolle Erbe gilt es zu bewahren und fortzuentwickeln. Damit dienen wir der Verständigung und Freundschaft unserer Völker sowie einer starken und lebendigen Einheit in Europa.

Diesen Auftrag sollten wir gerade im 20. Jahr der deutschen Wiedervereinigung mit Nachdruck beleben. Niedersachsen und Schlesien verstehen sich als Vorreiter im Brückenbauen. Unsere engen und vielfältigen Verbindungen, sprechen eine deutliche Sprache. Und nicht zuletzt tragen viele Heimatvertriebene durch ihre praktische Arbeit zur Versöhnung und Integration der europäischen Völker bei. Dafür gebührt Ihnen Dank und Anerkennung.

Der Blick auf Schlesien – auf seine Geschichte und seine Gegenwart – ermahnt uns und ermutigt uns zugleich, am europäischen Gedanken von Frieden und Freiheit festzuhalten und diesen als Zukunftsaufgabe gemeinsam zu gestalten. Dazu kann und wird das heutige Symposium viele wertvolle Impulse liefern. Ich freue mich darauf!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

1. „Wechselbeziehungen“ zwischen Regionen

Schlesien und Niedersachsen sind zwei sehr unterschiedliche Regionen: historisch, topographisch und kulturell. Ihre Hauptstädte Breslau und Hannover liegen knapp sechshundert Kilometer voneinander entfernt. Bevor ich auf die Frage der Wechselbeziehungen dieser beiden Regionen eingehe, möchte ich kurz die Kriterien nennen, anhand deren man historische und aktuelle Beziehungen von Regionen feststellen und sogar messen kann. Derartige Beziehungen manifestieren sich durch:



Kontakte zwischen Menschen und durch die Bewegung von Menschen von einer Region in eine andere:

- durch den Transport oder den Austausch von materiellen Gütern, von Waren und Kulturgut unterschiedlichster Art;
- durch den geistigen Austausch, also die Übernahme von Strömungen der Kunst, Kultur, religiösen Lehren usw. von einer Region in eine andere;
- durch politische Beziehungen, die sich z. B. in Verträgen, dynastischen Beziehungen, auch Patenschaften niederschlagen können.

Auf einer anderen Ebene ist auch die *Aufmerksamkeit* wichtig, die man historischen Beziehungen schenkt, denn die intensivsten historischen Beziehungen können unerkannt bleiben, wenn sie nicht erforscht und dargestellt und dadurch für die Nachwelt zum Sprechen gebracht werden.

Mit dieser letzten Frage beginne ich: Wer hat sich bisher für diese Beziehungen interessiert? Es waren natürlich zwei Schlesier: 1956 hat Hans Goetting eine materialreiche Schrift mit dem Titel „Niedersachsen und Schlesien in ihren geschichtlichen Wechselbeziehungen“ herausgegeben – Hans Goetting war bis 1945 Archivar im Preußischen Staatsarchiv in Breslau gewesen, im Jahr 1956 war er Archivrat im Niedersächsischen Staatsarchiv Wolfenbüttel und dadurch geradezu dazu berufen, sich über das Thema der Wechselbeziehungen zu äußern.

Worum ging es Goetting? In der Einleitung schreibt er in der damals üblichen Begrifflichkeit: „Niedersachsen und Schlesien – gibt es überhaupt zwei deutsche Stämme, die einander innerlich fremder, in ihrem Wesen, ihrem Stammescharakter gegensätzlicher wären? Mit wie viel Bitterkeit ist diese Frage oftmals von den heimatvertriebenen Schlesiern, aber auch von Einheimischen gestellt worden! Und wie oft haben die sich aus dem allzu engen Zusammenleben ergebenden unvermeidlichen Reibungen zu Missverständnissen, zu unüberlegten negativen Urteilen über die beiden Stammeseigenschaften geführt“.

In diesen Worten sind die ganzen Schwierigkeiten der ersten Jahre des Zusammenlebens in der ersten Nachkriegszeit zwischen den Vertriebenen und Flüchtlingen und den Alteingesessenen enthalten. Der Niedersächsische Heimatbund war 1947 etwa der Ansicht, dass „...die Flüchtlinge aus dem Osten eine Kultur zu uns hereinbringen, die mit der unseren nichts zu tun hat“. Die Anwesenheit der „Fremdstämmigen“ wurde anfangs als schwere Last empfunden. Schon 1952 (das ist aber hinzuzufügen!) richtete der Heimatbund eine „Fachstelle für ostdeutsches Volkstum“ ein, die die Integration aktiv fördern sollte.

Hans Goetting wollte durch die Darstellung möglichst intensiver, weit zurückreichender und positiver Beziehungen eine gemeinsame Identität zwischen Niedersachsen und vertriebenen Schlesiern stiften, um deren Zusammenwachsen zu unterstützen. Deshalb kommt er zu dem abschließenden Ergebnis, dass „Niedersachsen und Schlesier Blutsverwandte von alter Zeit her“ seien.

Im Jahr 2003 erschien anlässlich des zehnten Jahrestags der Partnerschaft Niedersachsens und der polnischen Woiwodschaft Schlesiens ein zweites Buch, das den Titel trägt: „Niedersachsen und Niederschlesien – der Weg beider in die Geschichte“, es enthält beziehungsgeschichtliche Beiträge vom Mittelalter bis in die Neuzeit. Die Herausgeber, der Breslauer Mediävist Wojciech Mrozowicz und der Leiter der Polnischen Historischen Mission in Göttingen Leszek Zygmier, betonen, dass ihr Buch dabei helfen solle, die „heutige Zusammenarbeit Niedersachsens und Niederschlesiens historisch zu begründen“.

Die Darstellung der historischen und aktuellen Wechselbeziehungen hat, wie in den beiden genannten Publikationen deutlich wird, eine erhebliche Bedeutung für die Geschichte und Gegenwart des Landes Niedersachsen und sie eröffnet zugleich neue Themen und Wege der internationalen Zusammenarbeit.

2. Beispiele

Ich möchte Ihnen nun einige Beispiele für historische Kontakte und Beziehungen präsentieren und beginne im Mittelalter. Mit Blick auf den Vortrag von Prof. Menzel, der die mittelalterliche Ostsiedlung behandeln wird, möchte ich gerade dieses wichtige Thema ausklammern und mit einem Aspekt beginnen, der bisher auch in der Wissenschaft weitgehend unbekannt ist.

Er ist dem Bereich der Symbolik zuzuordnen, die in früheren Zeiten eine weit größere Bedeutung hatte, als heute. Niedersachsen und Schlesien waren, ebenso wie hunderte von anderen größeren und kleineren Territorien Gebiete des Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation. In der symbolischen Darstellung der Reichspublizistik – heute würde man sagen: in der Werbung – hatten aber gerade diese beiden Regionen, gemeinsam mit nur einigen anderen Gebieten, herausgehobene Bedeutung. Sie gehörten nämlich zu der exklusiven Gruppe der sog. Quaternionen, das sind Vierergruppen, die das Deutsche Reich durch ihre Wappen visualisierten und durch ihre Namen repräsentierten. Auf Allegorien, die das Reich in Form von Reichsadlern und Wappenbüchern darstellen, sind unter den wichtigsten Repräsentanten des Reichs auch Schlesien gemeinsam mit Niedersachsen vertreten.

Auf die heutige Zeit übertragen ist das ungefähr so, als würde man diese Regionen als Vorzeige- und Modellregionen für die Europäische Union präsentieren. Praktische Auswirkungen hat dies nur wenige gehabt – für das Bewusstsein der Menschen des Mittelalters war es aber wichtig, und wir können heute festhalten, dass gerade Niedersachsen und Schlesien in der exklusiven Gruppe der Reichsrepräsentanten vertreten waren.

Im sogenannten konfessionellen Zeitalter, also im 16. und 17. Jahrhundert, sind besonders die Beziehungen im geistig-reformatorischen Bereich interessant. Und diese hatten ganz handfeste Hintergründe: Schlesien stand im 16. Jahrhundert unter der Oberherrschaft der katholischen Habsburger, deren Glaubensbekenntnis nach damaligem Recht an sich auch für alle Untertanen bindend war. Der Adel des Landes und seine Untertanen zeigten sich in der Konfessionsfrage allerdings wenig gehorsam. Sie wandten sich der Reformation zu, mit der Folge, dass zum eigenen katholischen Landesherrn erhebliche Spannungen aufkamen und Kontakte zum ebenfalls protestantischen Norden und Osten des Heiligen Römischen Reichs entstanden. Die Universität Wittenberg war ein Ort des Kennenlernens und des Austauschs zwischen Studenten aus Niedersachsen und Schlesien. In Schlesien beobachtete man besonders auch die reformierte Kirche Ostfrieslands und die innerprotestantischen konfessionellen

Unionsversuche in Norddeutschland mit großem Interesse. Die im sog. „Bremer Kirchenstreit“ publizierten theologischen Schriften des Bremer Dompredigers Albert Ritzaeus Hardenberg über einen Ausgleich zwischen der lutherischen und der calvinistischen Lehre waren in Schlesien sehr bekannt und begehrt – weil genau diese Bekenntnisse hier ebenfalls rivalisierten. Man kann für das 16. und 17. Jahrhundert von einem Austausch von Gedanken in Form von reformatorischen Schriften und auch von Theologen zwischen beiden Regionen sprechen. Als Herzog Johann Christian von Brieg 1614 zum Calvinismus übertrat, verstärkte das diese Beziehungen noch. Nennen möchte ich stellvertretend den 1566 in Grünberg geborenen reformierten Theologen Abraham Scultetus, der 1622 eine Berufung an die reformierte Gemeinde in Emden erhielt, wo er mehrere Jahre wirkte.

Im Mittelalter und in der Neuzeit gibt es unter den zahlreichen Heiratsverbindungen, die die schlesischen Herzöge aus der Dynastie der Piasten in das Deutsche Reich knüpften, auch einige dynastische Beziehungen zur Familie der Welfen: 1291 heiratete ein Herzog Heinrich von Glogau die Tochter des Herzogs von Braunschweig-Lüneburg namens Mathilde – aus dieser Verbindung gingen fünf Kinder hervor, 1457 heiratete Margarete, Tochter des Herzogs von Sagan, Heinrich III. von Braunschweig-Grubenhagen.

Im 18. und 19. Jahrhundert wurden jedoch die Beziehungen zum Welfenhaus tatsächlich historisch bedeutend, als die Welfen 1792 die Regierung über die Herzogtümer Oels und Bernstadt in Niederschlesien übernahmen und sie über fast ein Jahrhundert, bis 1884, behielten. Das Fürstentum Oels umfasste damals über 300 Ortschaften und neun Städte. Nach dem Tod des letzten Herzogs von Oels, Karl Christian Erdmann, im Jahr 1792 ging die Regierung an den Ehemann von dessen Tochter Friedericke Sophie über, an Herzog Friedrich-August von Braunschweig-Wolfenbüttel, und 1806 an dessen Neffen Herzog Friedrich Wilhelm von Braunschweig-Wolfenbüttel, der als der „Schwarze Herzog“ bekannt ist und einer der bekanntesten deutschen Heerführer der Befreiungskriege gegen Napoleon wurde.

Aus Braunschweig durch Napoleon vertrieben, siedelte Friedrich Wilhelm 1808 nach Oels über. Von hier aus begannen die Vorbereitungen zur Erhebung gegen Frankreich, die Aufstellung der berühmten „Schwarzen Schaar“. Die Finanzierung und Bewaffnung dieser Truppe, mit der der Herzog den Zug durch das französisch besetzte Gebiet bis zur Nordsee und nach England unternahm, wäre ohne den Besitz von Oels und Bernstadt nicht möglich gewesen, die er mit hohen Schulden belastete. 1814 konnte der Herzog wieder nach Braunschweig zurückkehren, 1815 fiel er im Kampf gegen Napoleon in Wallonien (Schlacht von Quatre-Bras). Mit dem Tode des letzten Vertreters der schlesischen Linie Wilhelm II. 1884 war die Verbindung zwischen Braunschweig und Oels, die intensivste dynastische Bindung zwischen dem niedersächsischen Raum und Schlesien, beendet. Im Staatsarchiv in Breslau werden noch heute zahlreiche Akten aufbewahrt, Korrespondenzen, Rechnungen und Akten der Güter und Schlösserverwaltung, die die Regierungstätigkeit der Braunschweiger Herzöge anschaulich belegen.

Lassen Sie mich die Erwähnung Braunschweigs für einen kleinen Exkurs nutzen: Die beiden Hauptstädte Braunschweig und Breslau waren seit dem Mittelalter bedeutende Handelsmetropolen und standen von daher untereinander in Verbindung, dafür gibt es viele Belege: Schon 1314 wird in den Breslauer Magistratsbüchern ein „Henricus de Brunswic“, Ratsmann der Stadt Breslau, erwähnt – und wir finden hier im ganzen 14. und 15. Jahrhundert weitere Braunschweiger Familien.

Meine Damen und Herren – bitte gestatten Sie mir jetzt einen etwas gewagten zeitlichen und thematischen Gedankensprung, da mein Thema ja auch „aktuelle“ Beziehungen umfasst: 2009 wurde im Braunschweiger Rathaus in Anwesenheit des polnischen Generalkonsuls und des niedersächsischen Justizministers die Erweiterung eines Partnerschaftsvertrags zwischen dem Oberlandesgericht und der Generalstaatsanwaltschaft Braunschweig und

dem Bezirksgericht und der Appellationsstaatsanwaltschaft Breslau feierlich unterzeichnet – bereits seit 1999 gibt es eine vertraglich vereinbarte Zusammenarbeit im Bereich des Justizwesens –, so weit gespannt können historischen und aktuelle Beziehungen zwischen Niedersachsen und Schlesien sein.

3. Persönlichkeiten

Immer wieder sind es einzelne Persönlichkeiten, die durch ihre Biographie mit beiden Regionen verbunden sind, Menschen, die hier wie dort Spuren hinterlassen haben. Einige wenige möchte ich hier stellvertretend erwähnen: Dem Schlesier *Friedrich Bernhard Werner*, der 1729 durch unsere Gegend reiste, hat Niedersachsen die wichtigsten Stadtansichten des 18. Jahrhunderts zu verdanken. Von ihm stammen unter anderem Panoramen von Emden und Hannover, Braunschweig und Aurich und gezeichnete Kirchenansichten wie von Braunschweig und Lüneburg, deren Originale heute in Krakau liegen. Frau Dr. Marsch hat mich auf die schönen Werner-Ansichten aufmerksam gemacht. Diese Bilder und viele mehr sind in dem von ihr herausgegebenen Buch enthalten.

Heinrich Hoffmann von Fallersleben, geboren 1798 in Fallersleben bei Wolfsburg, der Dichter des Deutschlandliedes, wurde 1823 Custos an der Universitätsbibliothek Breslau. Er wirkte in Breslau zwei Jahrzehnte lang. Sein Verhältnis zur Stadt und ihren Bewohnern blieb allerdings sehr ambivalent und er fand nur begrenzt Zugang zu den dortigen gebildeten Kreisen. 1826 gründete er mit jüngeren Mitgliedern in Breslau einen intellektuellen Diskussionsclub, den er provozierend als „Zwecklose Gesellschaft“ bezeichnete, 1829 eröffnete er die kulturhistorisch ausgelegte „Monatsschrift von und für Schlesien“. 1830 wurde Hoffmann von Fallersleben zum Professor für Sprache und Literatur an der Universität Breslau ernannt, 1842 wurde er allerdings von diesem Amt wegen seiner kritischen „Unpolitischen Lieder“ suspendiert und verließ Breslau 1843. Aus diesem Anlass gab er eine Anzeige in der Breslauer Zeitung auf, darin ist zu lesen: „Feinden und Freunden ein herzliches Lebewohl. Breslau, den 25. Februar 1843. Hoffmann von Fallersleben“.

Aus dem Bereich der Politik sind gleich zwei Oldenburger Bürgermeister zu nennen: Theodor Goerlitz ist 1885 in Breslau geboren, hat an der Schlesischen Friedrichs-Wilhelms-Universität Jura studiert, in diesem Fach promoviert und war zunächst in der Breslauer Stadtverwaltung tätig. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde er Senator für das Schulwesen in Altona, 1921 wurde Theodor Görnitz, der sich der liberalen Deutschen Demokratischen Partei angeschlossen hatte, zum Oberbürgermeister von Oldenburg gewählt. In seine Amtszeit fällt die Vergrößerung des Stadtgebietes durch Eingemeindungen, er engagierte sich für die Gründung der Gemeinnützigen Siedlungsgesellschaft, die ab 1923 eine Siedlung von 21 Häusern in Oldenburg-Osternburg errichtete, die in der Literatur als eine der „interessantesten architektonischen Schöpfungen im deutschen Nordwesten“ bezeichnet worden ist.

Gerade diese Straße erhielt damals sicher nicht zufällig den Namen „Breslauer Straße“ und der Magistrat der Stadt Breslau dankte in einem Brief von 1928 der Stadt Oldenburg ausdrücklich für diese Straßenbenennung. Heute gibt es zahlreiche schlesische und andere „ost-deutsche“ Viertel in niedersächsischen Städten. Diese sind zum Teil – wie beim hier gezeigten Oldenburger Beispiel – schon in den 20er Jahren entstanden, als nach dem Zweiten Weltkrieg Teile Oberschlesiens an Polen gekommen waren und der „deutsche Osten“ in der Folge dieses Krieges insgesamt bedroht schien.

Hier ist auch der zweite Oldenburger Oberbürgermeister aus Breslau zu nennen. *Horst Milde* war von 1986 – 1991 Oberbürgermeister dieser Stadt und von 1990-1998 Präsident des Niedersächsischen Landtags. Er steht damit stellvertretend für tausende von Schlesiern, die in Niedersachsen auf allen Ebenen des Staatsdienstes wirkten.

Für den geistlichen Bereich müssen zwei Persönlichkeiten unbedingt erwähnt werden: Der in Hildesheim geborenen Breslauer Erzbischof *Adolf Kardinal Bertram* wirkte als Priester, Forscher und Theologe zunächst lange Jahre in Hildesheim, wo er u. a. eine dreibändige Geschichte des Bistums verfasste. Seit 1914 bis zu seinem Tode 1945, also über drei Jahrzehnte, war er Fürstbischof der Erzdiozese Breslau. Im Jahr 2009 fanden anlässlich seines einhundertfünfzigsten Geburtstags in Hildesheim und in Breslau Kolloquien statt, die vom Bistumsarchiv Hildesheim und vom Archiv des Erzbistums Breslau gemeinsam veranstaltet wurden und dem Wirken Kardinal Bertrams in beiden Regionen gewidmet waren.

Am Haus Lange-Geismar-Str. 2 in Göttingen erinnert heute noch eine Gedenktafel an die 1891 in Breslau geborene *Edith Stein*, die hier mehrere Jahre gewohnt hat. Edith Stein studierte von 1913 bis 1915 bei Edmund Husserl vier Semester Philosophie in Göttingen, legte dort ihr Staatsexamen ab, hielt sich bis 1921 immer wieder in Göttingen auf; hier hat sie, wie sie selbst schreibt, die Weichenstellung ihres Lebens vorbereitet, den Eintritt in den Karmeliterorden. 1942 wurde Edith Stein, die aus einer jüdischen Familie stammte, in Auschwitz ermordet, sie wurde 1987 selig und 1998 heiliggesprochen.

Schließlich möchte ich hier auch an *Heinrich Albertz* erinnern und mich durch die Erwähnung dieses Namens den aktuellen Beziehungen annähern. Albertz ist 1915 in Breslau geboren, er war von 1948 bis 1955 niedersächsischer Minister für Vertriebene, Sozial- und Gesundheitsangelegenheiten – er war damals der jüngste Minister Deutschlands. Von 1939 bis 1941 war er als Pfarrer in Breslau der Bekennenden Kirche oftmals Repressalien seitens der Nationalsozialisten ausgesetzt gewesen. Nach einem Fürbitte-Gottesdienst für Martin Niemöller wurde Albertz 1943 in Glatz inhaftiert. 1947 wurde Albertz als erster Flüchtlingsabgeordneter in den Niedersächsischen Landtag gewählt, wurde Mitglied des Flüchtlingsrates der Britischen Zone und 1948 in den Flüchtlings-Beirat beim SPD-Parteivorstand berufen. Am 9. Juni 1948 wurde Heinrich Albertz Flüchtlingsminister des Landes Niedersachsen in der Regierung Kopf – er blieb bis 1955 Mitglied des Niedersächsischen Landtags. Er ist 1993 in Bremen gestorben.

4. Die Schlesier in Niedersachsen ab 1945

Seit der Jahreswende 1944/1945 strömten immer mehr Flüchtlinge in den niedersächsischen Raum, die ihre Heimat im Osten vor der heranrückenden Roten Armee verlassen hatten. Ende 1950, als Flucht, Vertreibungen und Zwangsumsiedlungen so gut wie zum Abschluss gekommen waren, lebten mehr als 1,85 Millionen der insgesamt rund 14 Millionen Flüchtlinge in Niedersachsen. Dazu kamen noch rund 350.000 Zuwanderer aus der SBZ und Berlin. 1950 hatte Niedersachsen etwa 2,2 Millionen Einwohner mehr als im Jahr 1939, nämlich 6,8 Millionen. Niedersachsen hatte damit von allen deutschen Bundesländern die größte Zahl von Flüchtlingen und Vertriebenen aufgenommen. Der Anteil der Flüchtlingsbevölkerung an der Gesamtbevölkerung lag bei nahezu einem Drittel – einen höheren prozentualen Anteil verzeichnete im Bundesgebiet nur Schleswig Holstein. Der alte Regierungsbezirk Lüneburg hatte den stärksten Zuwachs zu verkraften: Bereits im Oktober 1945 beherbergte er über 300.000 Flüchtlinge, bei knapp 510.000 Einwohnern. Der stark überwiegende Teil der erwähnten 1,85 Millionen Flüchtlinge und Vertriebenen in Niedersachsen, etwa 700.000, also über ein Drittel, kam aus Schlesien (bis 1950 ca. 3,6 Millionen Schlesier in die BRD und DDR).

Die damaligen Probleme des Zusammenlebens, von denen die Zeitzeugen bis heute berichten, waren immens. Gleichsam über Nacht mussten einheimische Dorfbewohner mit Großstädtern, Protestanten mit Katholiken auskommen. Bauern lebten mit einem Mal mit Angestellten unter einem Dach. Es herrschten unterschiedliche Normen und Leitbilder, Verhaltensweisen und mentale Eigenarten. Heinrich Albertz bezeichnete das „Flüchtlingsproblem als das Spitzenproblem unseres augenblicklichen deutschen Schicksals“. Doch entgegen allen

ursprünglichen Annahmen kam es bereits in den fünfziger Jahren zu einem Miteinander von Einheimischen und Flüchtlingen. Gemeinsame Alltagssorgen halfen dabei – und ein Gegenüber hätte die ohnehin schon großen Probleme für beide Seiten nur noch schwerer lösbar gemacht. Wenn auch die Integration in die neue Gesellschaft wirtschaftlich und sozial gelungen ist, so darf man nicht vergessen, dass das Erlebte von vielen zeitlebens nur schwer oder gar nicht verarbeitet und überwunden werden konnte. Darüber werden wir sicher im Referat von Herrn Ziessow über Zeitzeugeninterviews zu Flucht und Vertreibung noch Näheres hören.

Patenschaft: Niedersachsen war das erste Land, das eine so genannte Landespatenschaft übernommen hat – im Oktober 1950 die Patenschaft über die Landsmannschaft Schlesien –, noch ehe die vorläufige niedersächsische Landesverfassung verabschiedet wurde. Der damalige Vorsitzende der Landsmannschaft Schlesien, Ministerialrat a. D. Dr. Walter Rinke, trug das Anliegen zur Patenschaft im März 1950 an den Ministerpräsidenten Hinrich Wilhelm Kopf heran. In seinem Schreiben mit der Bitte um Patenschaft bezieht sich Rinke auf die hohe Anzahl von Schlesiern in Niedersachsen und darauf, dass Kopf selbst in Schlesien gelebt und dort noch Familienbesitz hatte. Unterzeichnet hat die Patenschaftsurkunde vom 3.10.1950 Heinrich Albertz. Die Urkunde hat folgenden sehr sachlichen Wortlaut:

„Für die ‘Landsmannschaft Schlesien’ für das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland und Berlin. – Sitz München –, vertreten durch den derzeitigen 1. Vorsitzenden, Herrn Ministerialrat a. D. Dr. Walter Rinke, übernimmt das Land Niedersachsen die Patenschaft. Mit dieser Erklärung wünschen wir die enge Verbundenheit unseres Landes mit Schlesien und den heimatvertriebenen Schlesiern in der Bundesrepublik zum Ausdruck zu bringen.“

Ministerpräsident Kopf bezeichnete sich schon beim Deutschlandtreffen der Schlesier 1951 in München als „Schirmherr aller Schlesier“. In den Jahren darauf fanden die Deutschlandtreffen der Schlesier, die kontinuierlich vom Land Niedersachsen bezuschusst wurden, häufig in Hannover statt. Das Land Niedersachsen stellte für die Patenschaftsaktivitäten von Beginn an finanzielle Mittel zur Verfügung. Für integrative Maßnahmen, kulturelle Aktivitäten, für die Landsmannschaft Schlesien, für die Heimatsammlungen. Bei staatlich angeordneten Beflaggungen der Dienstgebäude wurde neben der Bundes- und Landesflagge auch die Fahne mit dem schlesischen Landeswappen gehisst. Langjährig gefördert wurde unter anderem die Kulturarbeit der Stiftung Schlesien, deren Bestände heute im Kloster Oesede eingelagert sind.

Wenn die Integration trotz der gewaltigen Anfangsschwierigkeiten geglückt ist, so ist das zuerst ein Verdienst der Vertriebenen ebenso wie der Alteinwohner Niedersachsens. Die Politik hat dazu aber Entscheidendes beigetragen, durch ihr symbolisches Handeln ebenso wie durch materielle Förderung.

Diese Landesförderung war und ist ein prägender Aspekt der Beziehungen Niedersachsens zu Schlesien. Herausragend ist der 1977 gestiftete Kulturpreis Schlesien des Landes Niedersachsen, eine von der Landesregierung vergebene Auszeichnung, die als Zeichen der Verbundenheit des Landes mit den in Deutschland lebenden Schlesierinnen und Schlesiern gestiftet wurde. Mit dem Preis wurden anfangs nur aus Schlesien stammende vertriebene Künstler aus den Bereichen Literatur, Bildende Kunst und Musik ausgezeichnet. Seit 1991 gehören auch in Schlesien lebende polnische Persönlichkeiten zu den Ausgezeichneten. Der Preis, der alternierend in Breslau und in Hannover feierlich verliehen wird, hat sich über die Jahre zu einem herausragenden Beitrag zu Verständigung entwickelt – der auch bundesweite Bedeutung hat. Die Liste der ausgezeichneten Persönlichkeiten – von Dagmar Nick, Kurt Mazur, Fritz Stern, zu Dieter Hildebrandt und dem Kinderbuchautor Janosch – ist beeindruckend. 2006 wurde die Edith-Stein-Gesellschaft in Göttingen, 2007 die Hoffmann-von-Fallersleben-Gesellschaft in Wolfsburg mit dem Sonderpreis ausgezeichnet.

Städtepatenschaften: Nochmals zurück zu den fünfziger Jahren: Niedersachsen wurde auch auf dem Gebiet der kommunalen Patenschaften führend. Bereits im August 1950, also schon vor der Landespatenschaft, war in Niedersachsen auf Bitten der Brieger Bürger anlässlich der Siebenhundertjahrfeier ihrer Stadt die bundesweit erste Städtepatenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg und zwar zwischen Goslar und Briege entstanden. Diese wurde im Folgenden Vorbild für zahlreiche andere Städte und Gemeinden und entfaltete bundesweit eine große Ausstrahlungskraft auf zukünftige Patenschaftsverhältnisse. Unter der Überschrift „Goslar macht den Anfang“ lud die Landsmannschaft Schlesien bundesweit zu einer Patenschaftstagung in Goslar ein. Auf dieser Tagung wurden unter anderem die finanziellen Verpflichtungen einer Patenschaft diskutiert sowie die Einrichtung von Heimatstuben empfohlen. In Niedersachsen wurden zahlreiche weitere kommunale Patenschaften übernommen: Nach den mir zugänglichen Zahlen gab es bis 1976 40 Patenschaften niedersächsischer Städte, Landkreise oder Gemeinden über die ehemaligen Bewohner schlesischer Kommunen, 27 für Niederschlesien, 13 für Oberschlesien.

Das Oldenburger Bundesinstitut besitzt eine fast vollständige Ausgabe der „Schlesischen Nachrichten/Breslauer Zeitung“, die seit 1945 erschien. Darin sind auch die zahlreichen Aktivitäten dokumentiert, die im Rahmen dieser Patenschaften umgesetzt wurden: Die Kreise und Gemeinden führten Heimatkarteien, ließen Denkmale aufstellen, organisierten Heimattreffen, hissten Flaggen, gaben Heimatbücher der Patengemeinden heraus und anderes. Heute sind die Aktivitäten oft eingeschlafen und einzelne Patenschaften wurden auch schon offiziell aufgelöst. Aus meiner Sicht wäre es wünschenswert, heute unter ganz neuen Vorzeichen an diese Patenschaften anzuknüpfen, um sie für die Zusammenarbeit im vereinten Europa zu nutzen.

Heimatsammlungen: Der Abschluss von Patenschaften war oft mit der Einrichtung einer Heimatstube oder eines „Hauses der Heimat“ verbunden. Heimatsammlungen wurden nicht als Museen gegründet. Sie waren vielmehr über Jahrzehnte Treffpunkte und Orte des Austauschs, in denen über das Erlebte gesprochen, in denen mitgebrachte Erinnerungsstücke verwahrt und so der Heimatverlust aufgearbeitet wurde. Dadurch haben die Heimatstuben ganz entscheidend zur Integration beigetragen – dies ist ein ganz zentraler Aspekt, der heute oft zu wenig gesehen wird. Im Laufe der Jahre und Jahrzehnte sind immer größere Sammlungen entstanden, die nicht selten auch wertvolle Stücke enthalten. In den Heimatsammlungen ist die schlesische Geschichte in Niedersachsen bis heute auch materiell präsent.

Auf Anregung und mit Finanzierung des Landes Niedersachsen wurden 2009 erstmals alle Heimatsammlungen in Niedersachsen systematisch erfasst in Kooperation mit dem Bund der Vertriebenen – Landesverband Niedersachsen, dem Niedersächsischen Museumsverband und dem Oldenburger Bundesinstitut. Danach gibt es in Niedersachsen wesentlich mehr Heimatsammlungen, als bisher dokumentiert waren – es sind insgesamt 84. Unter Einbeziehung auch der überregional ausgerichteten ostdeutschen Heimatsammlungen hat sich ergeben, dass 30 bis 40 Prozent des Kulturguts aller Heimatsammlungen in Niedersachsen Schlesien betreffen. Infolge des hohen Lebensalters ihrer Betreuer ist der dauerhafte Fortbestand vieler Sammlungen gefährdet. Aus meiner Sicht sind diese Heimatsammlungen der Schlesier auch Erinnerungsorte der Geschichte Niedersachsens und dementsprechend ist es wünschenswert, dauerhafte Aufbewahrungsmöglichkeiten vor allem in Niedersachsen zu sichern.

Weiteres schlesische Kulturgut in Niedersachsen: Schlesische Kultur ist heute in Niedersachsen nicht nur durch die Aktivitäten des Landes, durch die Landsmannschaft Schlesien, durch die 130 über das ganze Bundesland verteilten Vertriebenenendenkmäler und Gedenkort, die der Bund der Vertriebenen dokumentiert hat, und durch die Heimatsammlungen präsent. Für den Bereich der Literatur ist allen anderen Einrichtungen voran die *Herzog August Bibliothek in Wolfenbüttel* zu nennen – eine Einrichtung des Landes Niedersachsen. Dieser Bibliothek mit ihren einzigartigen Sammlungen kommt für die historische ideengeschichtliche und

literaturgeschichtliche Barockforschung über Schlesien ein besonderer Rang zu. Hier befinden sich zahlreiche Erstausgaben schlesischer Barockschriftsteller wie Andreas Gryphius, Daniel Casper von Lohenstein oder Martin Opitz. Hier sind schlesische Adelsgenealogien, Landesbeschreibungen, Porträtsammlungen usw. vorhanden. Besonderes Prunkstück sind die Sammlungen der Leichenpredigten – hunderte von derartigen Predigten der frühen Neuzeit, die Personen aus Schlesien betreffen, sind hier vorhanden, die zur personengeschichtlichen Forschung geradezu einladen. Und besonders wichtig: Auch der Nachlass von Friedrich August von Braunschweig-Oels befindet sich hier.

Schließlich ist auch das Oldenburger *Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa* zu nennen, das seit 1989 in Oldenburg ansässig ist, auch wenn dies eine Einrichtung des Bundes ist. Das Bundesinstitut ist aber nicht nur durch seinen Standort, sondern als ein sogenanntes An-Institut der Universität Oldenburg und durch seine Kooperationen mit einer Reihe von weiteren Einrichtungen mit dem Land Niedersachsen verbunden.

Schlesien ist ein Hauptarbeitsgebiet des Instituts, die dortigen Wissenschaftler befassen sich mit Fragen der Geschichte, Kunst- und Literaturgeschichte sowie Volkskunde Schlesiens. 2009 hat das BKGE eine formelle Partnerschaft mit der Universität Breslau geschlossen. Am Bundesinstitut werden derzeit deutsch-polnische Kooperationsprojekte über die Geschichte des schlesischen Adels, zum Verlagswesen der Stadt Breslau und zur Architekturgeschichte Schlesiens durchgeführt. Die Ausstellung „Wohnen und Werkraum in Breslau 1929“, die im Foyer zu sehen ist, wurde in Zusammenarbeit mit dem Breslauer Bauarchiv erarbeitet.

5. Schluss

In meinen Ausführungen konnte ich die mir gestellte Thematik nur schlaglichtartig behandeln. Die präsentierten Beispiele sollten zeigen, dass es sehr viele teils überraschende Verbindungen zwischen den beiden weit voneinander entfernten Regionen gibt, die vom Mittelalter bis in die Gegenwart reichen.

Legt man die eingangs genannten Kriterien zur Messung der Beziehungen zwischen Niedersachsen und Schlesien an, ergibt sich ein ganz eindeutiger Befund: Bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs entsprachen die Beziehungen und Kontakte beider Regionen dem „Üblichen“, als dem, was ein Historiker erwartet, wenn er Austausch- und Transferprozesse zwischen weit voneinander entfernten Regionen in Europa betrachtet. Nach 1945 ist Niedersachsen substanziell durch die Schlesier mitgeprägt worden, es ist selbst ein Stück weit schlesisch geworden, und zwar – wie das heutige Jubiläum zeigt – nachhaltig. Ohne die Vertriebenen hätte dieses Land heute ein ganz anderes kulturelles, konfessionelles und wirtschaftliches Gesicht. Es geht also bei der Thematik der Wechselbeziehungen mit Schlesien auch um die heutige Identität des Landes Niedersachsen und seiner Bewohner.

Die Geschichte Schlesiens und der Schlesier ist insofern immer auch ein Teil der Geschichte der Niedersachsen – und die geistigen, personellen und ereignisgeschichtlichen Beziehungen zwischen den Regionen zu früheren Zeiten bilden aus heutiger Sicht die Klammern zwischen den beiden Regionen.

Die Erforschung und Popularisierung der Kultur und Geschichte Schlesiens und der Schlesier ist deshalb kein Nischenthema – weder für den Bund noch für das Land. Sie muss deshalb auch in Zukunft fortgesetzt und weiterentwickelt werden – sonst wird die Darstellung der Geschichte Niedersachsen unvollständig und auch unverständlich. Ich möchte dieses großartige Jubiläum so deuten, dass dies in der politischen Spitze Niedersachsens eben so gesehen wird – und dies ist ein gutes Signal für die Zukunft.

6. Literaturangaben

Frau Cornelia Eisler, Kiel/Oldenburg, danke ich für Hinweise und Informationen zu den Themen „Heimatsammlungen“ und „Patenschaften“. Die in den vorstehenden Vortrag eingearbeiteten Zitate und Inhalte wurden ferner folgenden Werken entnommen:

Bade, Klaus J. / Oltmer, Jochen (Hg.): Zuwanderung und Integration in Niedersachsen seit dem Zweiten Weltkrieg. Osnabrück 2002.

Bade, Klaus J. / Oltmer, Jochen: Einwanderungsland Niedersachsen – Zuwanderung und Integration seit dem Zweiten Weltkrieg (2002). In: Bade/Oltmer (wie vorstehend), S. 11-36.

Goetting, Hans: Niedersachsen und Schlesien in ihren historischen Wechselbeziehungen (Schriftenreihe der Landeszentrale für Heimatdienst in Niedersachsen Reihe B. Heft 5). 1956.

Malz-Rosik, Joanna: Die schlesische Episode August Heinrich Hoffmanns von Fallersleben. In: Mrozowicz/Zygner (s. u.), S. 115-126.

Marsch, Angelika: (Hg.): Friedrich Bernhard Werner 1690-1776. Corpus seiner europäischen Städteansichten, illustrierten Reisemanuskripte und der Topographien von Schlesien und Böhmen-Mähren. Weissenhorn 2010.

Mrozowicz, Wojciech / Zygnier, Leszek (Hg.): Niedersachsen und Niederschlesien – der Weg beider in die Geschichte. Göttingen, Breslau 2005.

Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung: Hiergeblieben. Zuwanderung und Integration in Niedersachsen 1945 bis heute [2002]. http://www.politische-bildung.de/niedersachsen/hiergeblieben_zuwanderung.pdf.

Parisius, Bernhard: „... und ahnten, das hier die Welt zu Ende ist“. Aufnahme und Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen im Westen Niedersachsens. In: Bade/Oltmer (s. o.), S. 37-68.

Rohde, Reinhard: Heinrich Albertz und Erich Schellhaus: Zwei Flüchtlingspolitiker der ersten Stunde. In: Rainer Schulze (Hg.): Zwischen Heimat und Zuhause. Deutsche Flüchtlinge und Vertriebene in (West-)Deutschland 1945-2000 (Quellen und Darstellungen zur Geschichte des Landkreises Celle, Bd. 6). Osnabrück 2001, S. 126-140.

Schulze, Rainer: „Wir leben ja nun hier“. Flüchtlinge und Vertriebene in Niedersachsen – Erinnerung und Identität. In: Bade/Oltmer (s. o.), S. 69-100.

Schunka, Alexander: Herzog August Bibliothek Wolfenbüttel. In: Joachim Bahlcke, Wojciech Mrozowicz (Hg.): Adel in Schlesien, Bd. II: Repertorium. Forschungsperspektiven, Quellenkunde, Bibliographie (Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa 37). München 2010, S. 423-428.

Stelmach, Roman: Niederschlesisch-niedersächsische Verhältnisse im Lichte der Materialien des Staatsarchivs in Wrocław/Breslau. Ein Forschungsversuch. In: Mrozowicz/Zygner (s. o.), S. 159-164.

Weber, Matthias: Das Verhältnis Schlesiens zum Alten Reich in der Frühen Neuzeit (Neue Forschungen zur Geschichte Schlesiens 1). Köln, Weimar, Wien 1992.

Weger, Tobias: Von Schlesien ins Oldenburger Land. Eine Wissenschafts- und kulturgeschichtliche Spurensuche. In: Schlesische Gelehrtenrepublik.

Żerelik, Rościsław: Die dynastischen Verflechtungen der schlesischen und niedersächsischen Herzöge. In: Mrozowicz/Zygner (s. o.), S. 95-102.

Zingel, Marianne: Edith Stein in Göttingen. In: Mrozowicz/Zygner (s. o.), S. 127-148.

Josef Joachim Menzel

Die deutsche Besiedlung Schlesiens seit Ausgang des 12. Jahrhunderts

Die deutsche Besiedlung Schlesiens im Mittelalter ist Teil eines übergreifenden, europaweiten sozial-ökonomischen Entwicklungsprozesses, der unter Einsatz fremder Siedler zu freiheitlichen Bedingungen und mit Hilfe moderner rationeller technischer Mittel und Methoden vonstattenging. Dieser Vorgang wird im Anwendungsbereich des *Ius Teutonicum* (des „deutschen Rechts“) als deutsche Ostsiedlung bezeichnet.

In Schlesien war sie zuvörderst das Werk der schlesischen Piasten als einheimischer Landesherren, die sie in die Wege leiteten, unter Einbindung von Adel und Kirche planvoll steuerten und insgesamt als Mittel des Landesausbaues mit außerordentlichen Geschick und Erfolg nützten. Sie ist in ihrem Ablauf, ihren Motiven und Ergebnissen quellenmäßig gut bezeugt, insbesondere durch Hunderte von Urkunden. Überdies gibt es eine reiche einschlägige Literatur.

Erklärtes Ziel war die „*melioratio terrae*“, das heißt, die Verbesserung des Zustandes, der bestehenden Verhältnisse im Lande, das noch sehr waldreich, dünn besiedelt und im Vergleich mit dem Westen in der Entwicklung weit zurücklag – so die übereinstimmende Darstellung in den sogenannten Leubuser Versen, im Gründungsbuch des Klosters Heinrichau und in zahlreichen Urkunden. Wie ging diese Veränderung zum Positiven vor sich?

Wie der sogenannte *Bairische Geograph*, vermutlich ein Geistlicher am ostfränkischen Königshof in Regensburg, berichtet, siedelten im neunten Jahrhundert im Stromgebiet der oberen und mittleren Oder zwischen Sudeten und Polnischem Jura, Bober/Queis und Beskiden mehrere westwärts gewanderte frühslawische Kleinstämme, von denen wir kaum mehr als die Namen kennen: Golensizen, Opolanen, Slensanen, Dedosizen. Sie gerieten zunächst unter die Herrschaft der nach Osten über die Sudeten hinweg ausgreifenden böhmischen Přemysliden, dann um 990 der im Gegenzuge nach Westen erobernd bis zu den Sudeten vordringenden polnischen Piasten.

Im Jahre 1000 erhielt der schlesische Oderraum in Breslau ein eigenes Bistum, 1138 durch dynastische Erbteilung einen eigenen Herzog mit Namen Wladislaw, der mit der Kaiserin Agnes von Österreich, einer Babenbergerin, verheiratet war. Als wenige Jahre später Wladislaw im Streit mit seinen Brüdern Gefahr drohte, floh er (1146) mit seiner Familie zu seinem Schwager König Konrad III., der ihm die Reichsfeste Altenburg südlich Leipzig als Residenz zuwies. Hier lernten die „hohen Flüchtlinge“ aus Schlesien die neuen, erfolgreichen Formen des Landesausbaues unmittelbar kennen, der seit dem 11. Jahrhundert von der flämisch-holländischen Moorkolonisation ausgehend, sich in zeitlichen und räumlichen Etappen nach Osten bis an Elbe und Saale fortgesetzt hatte.



Wladislaw und Agnes, das polnisch-deutsche Stammelternpaar der schlesischen Piasten, starben in der Verbannung. Sie liegen außerhalb Schlesiens im mitteldeutschen Kloster Pegau bzw. Pforta begraben. In der polnischen Literatur trägt Wladislaw den Beinamen Wygnaniec (der Verbannte). Ihre Söhne jedoch konnten mit Unterstützung ihres Veters Kaiser Friedrich Barbarossa nach 17-jährigem Exil (1163) nach Schlesien zurückkehren. Sie

lehnten sich fortan nicht nur politisch an das sie stützende Reich an, sondern nahmen auch ihnen ergebene deutsche Ritter und Mönche, denen Bauern, Handwerker und Kaufleute folgten, als Helfer mit in ihr Land.

Boleslaus, der älteste der Söhne von Wladislaw und Agnes, verheiratet mit einer deutschen Fürstentochter, gründete bald nach seiner Rückkehr das Kloster Leubus an der Oder und besetzte es mit einem kompletten Zisterzienserkonvent aus Pforta an der Saale, wo seine Mutter Agnes und ein früh verstorbene Brüderchen begraben lagen. In einem feierlichen Gründungsprivileg 1175 (SUBI Nr. 45) stattete der Herzog seine Stiftung, die ihm als Grablege und Hauskloster dienen sollte, nicht nur großzügig aus, sondern gestattete ihr überdies, auf den Klostergütern „Theutonici“, Deutsche anzusiedeln, „... die von allem polnischen Recht ohne Ausnahme für alle Zeit frei sein sollten“, so der frühe zukunftsweisende Leitsatz. Außerdem siedelte der Herzog selbst auf eigenem Grund und Boden Deutsche bei Hundsfeld an (1206 bezeugt).

Boleslaus' Sohn und Nachfolger, Herzog Heinrich I. (1201-1238), der eine deutsche Mutter, zwei deutsche Großmütter sowie die bairische Fürstentochter Hedwig von Andechs zur Frau hatte, folgte dem Vorbild seines Vaters. Zusammen mit Hedwig gründete er sofort nach Regierungsantritt das Zisterzienserinnenkloster Trebnitz (1202), in das Nonnen aus Bamberg und Hedwigs frühere Lehrerin Petrisa aus Kitzingen am Main als Äbtissin berufen wurden. In Bamberg war Hedwigs Bruder Ekbert Dompropst, ihr Onkel Poppo Bischof. Eine Schwester Hedwigs hatte den französischen König, eine andere den ungarischen König geheiratet.

Ein fürstliches Exil im mitteldeutschen Kolonisationsgebiet, zwei Klostergründungen und eine heilige Frau, die spätere schlesische Landespatronin St. Hedwig, stehen so am Beginn der deutschen Besiedlung Schlesiens, die das Land friedlich im Zeichen von Freiheit und Fortschritt tiefgreifend verändern sollte. Wie ging das vor sich?

Die Anlage einer neuen Siedlung, Lokation genannt, erfolgte – wie sich aus den Lokationsurkunden ergibt – in einem rechtlich wie organisatorisch geregelten Prozess. Zunächst mussten die Eigentumsverhältnisse des vorgesehenen Siedellandes klar sein bzw. geklärt werden, wobei der Herzog alles herrenlose Wald- und Ödland für sich beanspruchte – er also eine riesige Siedelreserve besaß, über die er nach Gutdünken verfügen konnte. Sodann hatte der betreffende Siedelherr die landesherrliche Erlaubnis zur Anwendung des deutschen Siedelrechtes (*ius Teutonicum*) bei gleichzeitiger Befreiung von den drückenden Lasten und Pflichten des polnischen Landesrechtes einzuholen. Anschließend war ein sogenannter Lokator, ein Siedelunternehmer, zu gewinnen und zu fest vereinbarten Bedingungen vertraglich zu engagieren, der das Siedelprojekt auftragsgemäß in eigener Regie durchführte, Flur und Hofstellen bzw. Hausparzellen vermaß, Siedler zu den vorgegebenen Bedingungen anwarb, den Ablauf des Siedelgeschehens leitete, den neuen Gemeindeverband der Siedler organisierte und als erblicher Schulz/Scholz bzw. in der Stadt als Vogt weiterhin leitete. Dafür wurde der Lokator prozentual nach Anzahl der angelegten Hufen/Hofstellen entschädigt. Gleichzeitig hatte der Siedelherr die Leistungspflichten der Siedler gegenüber der Kirche (Zehnt, Messkorn) zu klären. Insbesondere mussten die Siedler vom landesüblichen polnischen Feldzehnten in Garben befreit und ihnen der vorteilhafte fixierte deutsche Körner- oder Geldzehnt zugestanden werden. Nur wenn dies alles ordnungsgemäß und rechtzeitig geschah, konnte der Siedelvorgang ohne störenden Streit problemlos ablaufen. Für die einzelnen erforderlichen Schritte bildeten sich eigene Urkundentypen und -formulare heraus, so das Lokationsprivileg des Landesherrn, der Lokationsvertrag mit Lokator und Siedlern und die Lokationszehntregelung.

Die Siedler ihrerseits erhielten mit dem deutschen Recht in bisher nicht gekanntem Maße Freiheit: persönliche Freiheit, Befreiung von Hörigkeit, Handlungsfreiheit, Freizügigkeit; Sicherheit und Erbllichkeit des Besitzes sowie Minderung und Fixierung der Lasten im

Rahmen des Erbzinsrechtes; ferner erlangten sie Erleichterung der Arbeit durch technischen Fortschritt: vor allem erfolgte eine exakte Vermessung und Verhütung der Flur zu gleichen Besitzgrößen; der eiserne Wendepflug trat an die Stelle des hölzernen Hakens, die Sense ersetzte die Sichel, das Kummel das Joch der Zugtiere, die Wassermühle die Handmühle, u. a. m. Dies alles zusammen bewirkte eine größere Effizienz und gesteigerten Gewinn, vermehrten Wohlstand, der sich weithin am Leistungsprinzip orientierte. Hinzu kamen Gemeindebildung und Selbstverwaltung der Siedler als Gruppe, insbesondere in den Städten, ablesbar an den dort neu errichteten Rathäusern.

Die in Schlesien im ausgehenden 12. Jahrhundert zunächst auf dem Lande einsetzende deutsche Siedelbewegung wurde seit Beginn des 13. Jahrhunderts durch eine wachsende Zahl deutscher Städte verstärkt. Die erste deutsche Stadt Schlesiens war Goldberg, dem Herzog Heinrich I. 1211 Magdeburger Recht verlieh (SUB I Nr. 125). Der Herzog hängte dabei einfach sein Siegel an die ihm aus Magdeburg übersandte Rechtsmitteilung, setzte sie so in Kraft und übergab sie seinen „hospites“ in Goldberg, die möglicherweise aus dem Magdeburger Raum kamen.

Eine förmliche Stadtgründungsurkunde (verloren) hat vermutlich das Goldberg benachbarte Löwenberg besessen, die zweitälteste Stadt Schlesiens, für die eine Quelle des 14. Jahrhunderts meldet, dass im Jahre 1217 „... der edele herzöge Heinrich mit dem barte mit siner manne rate...gap...hern Thomas und hern Hartlibe, sinen voyten, Lewenberc zu besetzen zu Duischem rechte.“ (SUB I Nr. 166).

Gleichzeitig zeigten sich auch an anderen Orten Schlesiens, so in der Haupt- und Residenzstadt Breslau, Spuren deutschen Lebens: 1202 wird hier eine „curia Gerungi“ genannt, 1214 ein „Godinus soltetus“, 1229 ein „Alexander scultetus de Vratislavia“. Eine förmliche Lokation Breslaus als Stadt zu deutschem Recht, auf dem Schachbrett-Grundriss um den großen Ring, den sie noch heute aufweist, erfolgte nach dem Mongolensturm 1241/42 durch Herzog Boleslaus II. (SUB II Nr. 229). Oppeln, Ratibor und Leschnitz besaßen 1217 ebenfalls Siedlerfreiheit (SUB I Nr. 165). In das gleiche zweite Jahrzehnt fallen auch noch die Anfänge der neuen deutschen Städte Neumarkt, Neisse, Ohlau und Crossen, wenngleich sie erst einige Jahre später als solche bezeugt sind.

Herzog Heinrich I. (1201-1238) wirkte dabei als Triebkraft und Bahnbrecher. Er förderte das Siedelgeschehen insbesondere in dreierlei Hinsicht: Zunächst berief er, wie erwähnt, Deutsche in seine Hauptstadt Breslau. Sodann gründete er die deutsche Stadt Neumarkt westlich Breslau auf einem Waldgebiet inmitten altbesiedelten Landes. Schon der Name deutet auf das neue Gepräge der Marktsiedlung hin. Um Neumarkt herum wurde eine geschlossene Gruppe deutschnamiger Straßendörfer angelegt, allesamt mit flämischen Hufen zu 16,8 ha. Das bald ausstrahlende Neumarkter Recht stellt eine Unterform des Magdeburger Rechts dar und wurde in der Folge auf einige Hunderte von Orten in Schlesien und in den östlich angrenzenden Gebieten übertragen, so dass sich eine eigene Neumarkter Rechtsfamilie herausbildete.

Die dritte und wichtigste Leistung Heinrichs I. aber war die Erschließung des breiten Grenzwaldstreifens entlang der Sudeten, zunächst innerhalb des Grenzwaldes (Preseca), später auch außerhalb von ihm landeinwärts auf einer Linie etwa von Haynau über Goldberg, Jauer, Striegau, Schweidnitz, Reichenbach bis nach Münsterberg. Im anschließenden Neisser Bistumsland siedelten die Breslauer Bischöfe in gleicher Weise. Weiter südlich im Grenzgebiet zwischen Oppeln und Mähren suchten die Landesherren beiderseits ihr Herrschaftsgebiet durch Kolonisation zu sichern und auszuweiten, so um Zülz und Leobschütz. Dabei wurde überwiegend die Form des Waldhufendorfes verwendet. Die Waldhufe vereinigte die gesamte Fläche einer Bauernwirtschaft in einem einzigen geschlossenen langen Streifen und ermöglichte so ein freies, von den Nachbarn weithin unabhängiges Wirtschaften. Die langgestreck-

ten Waldhufendörfer erreichten nicht selten Größen bis zu 100 Hufen (= Hofstellen, zu je 24,2 ha) und waren mit eigenem Dorfgericht und eigener Kirche ausgestattet.

Das Ergebnis der Siedeltätigkeit Herzog Heinrichs I. und seines Sohnes Heinrichs II. (1238-1241) war ein großes geschlossenes deutsches Siedlungsgebiet auf Rodungsland entlang dem Sudetenrand mit kleinen polnischen Einsprengseln, eine Vielzahl von Waldhufendörfern mit etwa 10.000 Bauernstellen und zugehörigen Kleinstädten, bewohnt von etwa 50-60.000 Menschen. Es entstand so eine deutsche Sprachzunge, die sich zwischen dem polnischen Altsiedelland im Nordosten und dem unbewohnten Gebirgsinneren im Südwesten, etwa 50 km breit und 250 km lang, bis nach Neustadt und Ratibor erstreckte. Hier, in diesem geschlossenen Waldrodungsgebiet, liegt das Ausgangs- und Kerngebiet des werdenden schlesischen Neustammes, der sich zunehmend ostwärts in das Landesinnere hinein ausbreitete.

Nach den Verwüstungen des Mongoleneinfalls 1241, die zum Verlustausgleich anspornten, begann mit gesteigerter Dynamik vor allem die Hauptperiode der Städtegründungen. Das ganze Land wurde, wie die Arbeiten und Kartierungen von Walter Kuhn zeigen, mit einem gleichmäßigen Netz deutscher Städte auf nahezu gleichem rasterförmigem Grundriss überzogen.

Daneben drang die Siedlung nunmehr auch in das Innere des Altsiedellandes vor, in dem es bisher nur kleine deutsche Inseln auf Wald- und Ödland gegeben hatte. Herrschend wurde hier das Straßen- und Angerdorf, dessen Flur sich leichter in das vorgegebene Areal einfügen ließ als das in geschlossenes Waldland ausgreifende Waldhufendorf. Die Felder wurden in der Regel in flämischen Hufen vermessen (16,8 ha) und in Gewanne aufgeteilt.

Um die Mitte des 13. Jahrhunderts begann schließlich auch die Umsetzung einheimischer polnischer Orte ins deutsche Recht. Das bedeutete ihre rechtliche und organisatorische Umgestaltung (Flurbereinigung und Neuanlage) sowie flächenmäßige Vergrößerung durch Zurodung. Ein Musterbeispiel hierfür sind die Besitzungen des Breslauer Sandstifts westlich des Zobten. Aus neun kleinen polnischen Weilern mit einer Bevölkerungsdichte von 2,7 Menschen je Quadratkilometer wurden neun große Angerdörfer mit einer Dichteziffer von 16,6. Statt einer einzigen Kirche gab es jetzt derer sieben. Die polnischen Bewohner wurden in einem der Dörfer, das größtmäßig für sie völlig ausreichte, zusammengezogen, die anderen mit Deutschen besiedelt. Gleichzeitig drang die deutsche Siedlung auch tiefer in das Gebirge ein, so in das Gebiet von Greiffenberg, den Hirschberger Kessel, die Landeshuter Senke, das Waldenburger Bergland und in den Altvater bis zu Höhen von 500 m. Auch hier wogen das Waldhufendorf und die Kleinstadt mit ihr zugeordneten Dörfern vor.

Für das oberschlesische Herzogtum Oppeln wurde dessen Herzog Wladislaw (1245-1281) zur treibenden Kraft des Landesausbaues und zum Wegbereiter der deutschen Siedlung. Er gründete um 1246 ein zweites größeres Oppeln, 1253 die Bergbaustadt Beuthen und begann ab 1260 mit der Erschließung der weiten Waldgebiete des Beskidenvorlandes von Gleiwitz bis Teschen, Bielitz und Saybusch. Auch hier entstanden geschlossene Waldhufengebiete mit kleinen Städten. Nach dem Tode des Herzogs führten seine Söhne in den vier Teilgebieten, in die das Herzogtum Oppeln zerfiel, das Werk fort. Es entstanden damals auch zahlreiche polnische Dörfer nach deutschem Muster durch rechtliche und organisatorische Umwandlung alter Siedlungen, aber auch durch Neurodung auf Waldboden. Die ansässige einheimische Bevölkerung wurde in das Siedelgeschehen mit einbezogen, wo immer das möglich war. blieb eine vorhandene polnischrechtliche Siedlung unverändert weiter bestehen, so konnten ihre Bewohner naturgemäß nicht anderwärts eingesetzt werden, da sie zur Aufrechterhaltung der traditionellen örtlichen Wirtschaft benötigt wurden, wie dies bei der Neugründung der Stadt Krakau nach dem Breslau verliehenen Magdeburger Recht der Fall war. Der Krakauer Herzog forderte 1257 in der Gründungsurkunde (Helbig-Weinrich II Nr. 77) die Lokatoren auf, Siedler aus allen Himmelsgegenden herbeizuholen, verbot ihnen aber zugleich, Polen

heranzuziehen – mit der einleuchtenden Begründung, „damit seine [des Herzogs], der Geistlichkeit und des Adels Güter nicht veröden“ – nämlich infolge fehlender Bebauer. Für neue Aktivitäten wie Rodung und Stadtgründung mussten eben geeignete Kräfte von auswärts angeworben werden, weil einheimische nicht zur Verfügung standen, im bestehenden polnischen Wirtschaftssystem gebunden waren.

Um 1300 war die deutsche Besiedlung Schlesiens im Wesentlichen beendet. Die besseren Böden waren erschlossen, das Land mit Siedlern gesättigt. Das 14. Jahrhundert brachte nur noch Nachzügler, die Gründung einiger kleiner Städte und die Umsetzung einzelner polnischer Orte sowie die Umwandlung von verbliebenen größeren Gütern in Bauerndörfer. Das Siedelgeschehen des 13. Jahrhunderts hatte das Gesicht des schlesischen Oderlandes völlig verändert. Der Wald war auf höhere Gebirgslagen und auf unfruchtbare Sandgebiete im Landesinneren zurückgedrängt, die Ackerflächen vervielfacht und effizienter genutzt, mehr als 1.000 neue Dörfer und mehr als 100 Städte sowie eine Vielzahl von Kirchen und Klöstern gegründet – eine gewaltige Aufbauleistung, die die Grundlagen für die weitere Geschichte Schlesiens geschaffen hat. Für die Zeit um 1340 lässt sich die Einwohnerzahl nach den Listen des Peterspfennigs, der als Kopfsteuer (ein Pfennig je Erwachsener) für die päpstliche Kurie erhoben wurde, einigermaßen bestimmen. Danach zählte das mit Schlesien flächenmäßig im Wesentlichen identische Bistum Breslau über 400.000 Einwohner, elf auf den Quadratkilometer. Das bedeutete etwa eine Verfünffachung der Bevölkerungszahl gegenüber der Zeit um 1200 und überdies einen Dichteausgleich, eine bessere Verteilung der Bevölkerung über das ganze Land. Dazu kam ein voll ausgebautes, arbeitsteilig das Land überziehendes Städtetz, wobei ein bis zwei Dutzend Dörfer und eine Stadt in der sog. Weichbildverfassung wirtschaftlich und rechtlich jeweils einander zugeordnet waren, was eine spürbare Verbesserung der Infrastruktur mit sich brachte: die Dörfer betrieben Ackerbau und Viehzucht, die Städte Handwerk und Handel, die jeweiligen Produkte wurden auf dem städtischen Markt ausgetauscht. So profitierten beide Seiten.

Die Frage, inwieweit mit diesen tiefgehenden wirtschaftlichen, rechtlichen und zivilisatorischkulturellen Veränderungen auch ein sprachlicher Wandel einherging, ist infolge des Mangels an entsprechenden Quellen nur annähernd und schlussfolgernd zu beantworten. An den ursprünglich bewaldeten Rändern Schlesiens im Westen und Südwesten war durch Rodung zugewanderter deutscher Siedler – vorwiegend aus der Mark Meißen, Obersachsen, Thüringen und Franken – ein geschlossenes deutschsprachiges Gebiet entstanden. In den Dörfern des Landesinneren, im Bereich des „Altlandes“, dagegen mögen sich die deutsche und polnische Sprache um 1300 noch ungefähr die Waage gehalten haben. Hinzu kamen die Städte, die schätzungsweise etwa ein Fünftel der Gesamtbevölkerung ausmachten. Sie waren nach Ausweis der schon bald belegten Bürgernamen so gut wie rein deutsch – was im Übrigen auch im erwähnten Krakau der Fall war, dessen Stadtbücher anfänglich in deutscher Sprache, dann in Latein geführt sind. Nimmt man alles zusammen, so scheint es, dass Schlesien schon um 1300, am Ende der Siedelzeit, eine wirtschaftlich, sozial und zivilisatorisch führende deutsche Bevölkerungsmehrheit besessen hat, die sich in der Folge zunehmend vergrößerte.

Abschließend und beispielhaft seien für den dargestellten Siedelprozess drei charakteristische Passagen aus einschlägigen Urkunden angeführt: Im Lokationsprivileg (SUB V Nr.85) für das dem Breslauer Sandstift gehörende Dorf Klein-Öls aus dem Jahre 1284 heißt es: „Wir Heinrich (IV.) von Gottes Gnaden Herzog von Schlesien und Herr von Breslau, haben in der Absicht, die in unserem Herrschaftsbereich kirchlichen Zwecken dienenden Güter, Besitzungen und Ländereien in den Erträgen zu steigern und zu verbessern, zum Lobe vor allem der glorreichen Jungfrau Maria, aber auch infolge des unablässigen Drängens des Abtes und der Mönche des Sandstifts in Breslau sowie auf Bitten unseres geliebten Herrn Peter, unseres Protonotars, das dem genannten Kloster gehörende Dorf Klein-Oels, welches den Mönchen im polnischen Recht nur geringen Ertrag brachte, ins deutsche Recht umzusetzen und

einer besseren Nutzung zuzuführen erlaubt und gestattet. Dem genannten Herrn Peter, unserem Notar, der das erwähnte Dorf kraft rechtmäßiger Verleihung durch das Kloster auf Lebenszeit besitzt, räumen wir daher die Freiheit ein, das Dorf in derselben Art und Weise zu deutschem Recht anzulegen wie das benachbarte Stiftsdorf Bresalanca (Kunersdorf Kr. Oels) angelegt ist. Da nun wegen zu wenig vorhandenen Ackerlandes bei der Vermessung des Dorfes das notwendige Flächenmaß nicht erreicht wurde, stimmen wir zu, dass der Lansova genannte Wald, der innerhalb der Dorfgrenzen liegt, durch Bauern und Bewohner, die im Laufe der Zeit dort angesiedelt werden, in Ackerland umgewandelt wird. Überdies befreien wir die Bewohner des genannten Dorfes von allen Lasten des polnischen Rechts, welche Namen sie auch immer haben mögen. Die herzoglichen Rechte jedoch behalten wir uns ungeschmälert ebenso vor wie in Bresalanca, mit der Einschränkung, dass die Bewohner von den bereits urbaren Äckern 3 Jahre hindurch, von den noch unkultivierten 6 Jahre lang von allen Zahlungen, Leistungen und Diensten sowie von allen herzoglichen Rechten gänzlich frei sein sollen.“

In der Gründungsurkunde für Brieg 1250 (SUB II Nr. 409) erklärt Herzog Heinrich III, er habe den Auftrag zur Anlage der Stadt wohlüberlegt erteilt „unter Heranziehung des Rates und der klugen Umsicht der weisen Männer des Landes“. Nach dem Willen des Herzogs sollten Deutsche, Polen und freie Menschen jedweder Sprache und Herkunft in Brieg gemeinsam unter deutschem Recht leben. Damit Siedler angelockt werden und herbeikommen, werden ihnen besondere Freiheiten und Vergünstigungen zugesagt: Ermäßigung und Fixierung der Abgaben, zeitweilige Zins- und Steuerfreiheit, Befreiung vom Kriegsdienst.

Bei der Lokation der Stadt Glogau 1253 (SUB III Nr. 103) verlautbarte der dortige Herzog Konrad: Er wolle, weil es der Nutzen des Landes und die Notwendigkeit erforderten, eine „freie und feste Stadt gründen, die durch ihre Freiheit eine große Zahl von Menschen anlocken und durch ihre Stärke den Herbeiströmenden Sicherheit gewähren solle“.

Kann man mit gewichtigeren und wirksameren Zusagen werben als mit Wohlstand, Sicherheit und Freiheit? Es sind dies Urbedürfnisse der Menschen aller Zeiten. Die schlesischen Piasten haben sie richtig erkannt und zielstrebig zu nützen gewusst. Schlesien ist so – wie eine Chronik des 13. Jahrhunderts anerkennend bemerkt – zu einer „terra opulenta et bene locata“, einem reichen und wohlbesiedelten Land geworden.

Der Krakauer Domherr, bekannte Chronist und polnische Patriot Johannes Dlugosz (1415-1480) stellte am Ausgang des Mittelalters im Zusammenhang mit der erwähnten deutschrechtlichen Stadtlokation Krakaus im Jahre 1257 fest: „Herzog Boleslaw der Schamhafte (Herr von Krakau) hat seiner Stadt deutsches Recht und einen Vogt gegeben, um ihr zu einem Fortschritt zu verhelfen, den sie durch Polen und unter polnischem Recht nicht erreichen konnte.“ (Helbig-Weinrich II Nr. 77). Dieses Urteil gilt uneingeschränkt auch für Schlesien, das durch die deutsche Besiedlung den fortgeschrittenen Entwicklungsstand des westlichen Mitteleuropa, aus dem die Siedler kamen, erreicht hat und diesem gleichrangig an die Seite getreten ist.

Nach den siedlerischen und strukturellen Veränderungen im Innern im Zeichen des „*ius Teutonicum*“ während des 13. Jahrhunderts hat sich Schlesien dann im 14. Jahrhundert auch im Außenverhältnis auf Betreiben seiner politisch unabhängigen piastischen Landesherren neu orientiert, sich nicht dem 1320 wiedererrichteten Königreich Polen zugewandt, sondern dem westlich benachbarten reichszugehörigen Böhmen durch Lehensnahme angeschlossen und ist so über Böhmen, dessen Könige deutsche Kurfürsten, ja selbst deutsche Könige und Kaiser waren, in den deutschen Reichsverband eingetreten, in dem es bis ins 20. Jahrhundert verblieben ist.

Quellen- und Literaturhinweise

Das Gründungsbuch des Klosters Heinrichau, in deutscher Übersetzung, hrsg. von Paul *Bretschneider*, Breslau 1927.

Geschichte Schlesiens, hrsg. von der Historischen Kommission für Schlesien, Band 1 (Mittelalter), 6. Aufl. Stuttgart 2000.

Urkunden und erzählende Quellen zur deutschen Ostsiedlung im Mittelalter, hrsg. von Herbert *Helbig* und Lorenz Weinrich, 2 Bde., Darmstadt 1970-1975 (Helbig-Weinrich).

Higounet, Charles: Die deutsche Ostsiedlung im Mittelalter, Berlin 1986.

Kaczmarczyk, Z.: Kolonizacja niemiecka i kolonizacja na prawie niemieckim w sredniowiecznej Polsce, Poznan 1974.

Kuhn, Walter: Die deutschrechtlichen Städte in Schlesien und Polen in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts, Marburg/Lahn 1968.

Ders.: Vergleichende Untersuchungen zur mittelalterlichen Ostsiedlung, Köln-Wien 1973.

Ders.: Neue Beiträge zur schlesischen Siedlungsgeschichte, Sigmaringen 1984.

Menzel, Josef Joachim: Der Ansiedlungsvorgang nach dem Zeugnis der Lokationsurkunden, in: Leistung und Schicksal, hrsg. von Eberhard Schulz, Köln-Graz 1967.

Ders.: Die schlesischen Lokationsurkunden des 13. Jahrhunderts. Studien zum Urkundenwesen, zur Siedlungs-, Rechts- und Wirtschaftsgeschichte einer ostdeutschen Landschaft im Mittelalter, Würzburg 1977.

Ders.: Stadt und Land in der schlesischen Weichbildverfassung, in: Mittelalterliche Städtebildung im südöstlichen Europa, hrsg. von Heinz Stoob, Münster 1977.

Ders.: Schlesiens Trennung von Polen und Anschluß an Böhmen im Mittelalter, in: Zeitschrift für Ostforschung Jg.27, 1978.

Ders.: Anfänge und Verlauf der deutschen Besiedlung Schlesiens im Mittelalter, in: Anfänge und Entwicklung der deutschen Sprache in Schlesien, hrsg. von Peter Baumgart u. a., Sigmaringen 1995.

Die deutsche Ostsiedlung des Mittelalters als Problem der europäischen Geschichte, hrsg. von Walter *Schlesinger*, Sigmaringen 1975.

Schlesisches Urkundenbuch, hrsg. von der Historischen Kommission für Schlesien, 6 Bde. Köln-Wien 1971-1998 (SUB).

Bereits für die Frühzeit Schlesiens werden ‚städtische Siedlungen‘ genannt, erstmals in unklarer Bedeutung als *civitates* auf der Völkertafel des sog. Bayerischen Geographen von der Mitte des 9. Jahrhunderts. Und auf die Böhmenherzöge Vratislav († 921) und Boleslav I. († 967/73) wird die Gründung von Breslau (Wratislavia) und Bunzlau (Boleslavia) zurückgeführt. Für die Zeit bis gegen Ende des 12. Jahrhunderts sind rund 20 Kastellaneisitze als Zentralorte in den Siedlungskammern Schlesiens nachgewiesen, die administrative, militärische, kirchliche und wirtschaftliche Funktionen hatten. Diese nichtagrarischen Siedlungen wie Breslau, Liegnitz, Oppeln und Ratibor waren durchaus Städte im wirtschaftlichen Sinne. Archäologisch besonders gut erforscht ist ein solche Stätte auf der Nordspitze der dem Zentrum von Oppeln gegenüberliegenden Oderinsel Pascheka. Dieses Muster einer ‚altpolnischen Stadt‘ mit etwa 100 Häusern – hier ein früherer Zustand – war eine Zusammenballung von Menschen – etwa 500 Personen auf einem halben Hektar –, und zwar auf Grund der Funde von spezialisierten Handwerkern und Fernhandel treibenden Kaufleuten¹. Die Häuser stehen eng gedrängt, die Wege sind Knüppeldämme, wie auf dem Plan und dem Bild der Wallkonstruktion gut zu erkennen ist. Die Bevölkerung dieser stadtähnlichen Siedlungen lebte jedoch – dem Stand der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung Schlesiens zu dieser Zeit entsprechend – in verschiedenen Formen von Minderfreiheit und mit eingeschränkten Eigentumsrechten, sie waren also keine Bürger im späteren Sinne.



Die europäisch-abendländische Stadt gelangte nach Schlesien im Zuge der deutschen Ostsiedlung, die ihrerseits in den Gesamtzusammenhang des hochmittelalterlichen Landesbaus in ganz Europa gehört. Während es im Altsiedelland nur zu einzelnen Stadtgründungen in siedlungsfreien Räumen kam – in Niedersachsen etwa zeugen Ortsnamen auf –rode oder auf –hagen von dieser Siedlungsphase² –, erfolgten die Stadtgründungen jenseits von Elbe und Saale in die Fläche hinein, erfüllten den ostmitteleuropäischen Raum und liefen mit nachlassender Intensität im osteuropäischen Raum aus. Diese Angaben beziehen sich nicht nur auf die Neugründungen von Städten, sondern auch auf die Verleihung von Stadtrecht an ältere ‚stadtähnliche Siedlungen‘. Muster war hierbei vor allem das Magdeburger Stadtrecht, das im Gründungsakt übernommen oder im zweiten Falle verliehen wurde. Es entstand so die große Magdeburger Stadtrechtsfamilie, die sich ihrerseits in weitere Stadtrechtsfamilien wie etwa die Breslauer, die Kulmer, die Lemberger unterteilte, jeweils mit Oberhöfen für Rechtsfragen.

Kern des Stadtrechts war der Charakter der Stadt als eigene Rechtskörperschaft, was sich in ihrem Siegel ausdrückte. Von ihrer Entstehung her war die Stadt ausgestattet mit verschiedenen Rechten und Freiheiten, etwa der Abhaltung von Märkten, dem Recht der Befestigung und damit der Möglichkeit zur Selbstverteidigung sowie – besonders wichtig – dem Recht einer weitgehenden Selbstverwaltung durch ihre selbständig produzierenden und verkaufenden Bürger. Bewohnt wurde die Stadt von persönlich freien Bürgern, die persönliches, frei verfügbares Eigentum auch an Grund und Boden besaßen.

¹ Kuhn, Walter: Oppeln. In: Weczerka, Hugo (Hg.): Schlesien. Handbuch der historischen Stätten, Stuttgart 1977, 2003 (Kröners Taschenbuchausgabe Bd. 316), S. 378-385, hier S. 379.

² Hauptmeyer, Carl-Hans: Geschichte Niedersachsens. München 2009, S. 33f.

In Schlesien entstand im Rahmen der deutschen Besiedlung im 13. Jahrhundert ein planmäßig angelegtes Netz von etwa 130 Städten, das sich an das Straßensystem und das Flussnetz des Landes anlehnte. Es bildet mit zahlenmäßig geringen Erweiterungen das Grundschema des schlesischen Stadtnetzes bis in die Gegenwart mit größeren Veränderungen erst durch die Industrialisierung im 19. Jahrhundert, insbesondere in Oberschlesien. Die Initiative zur Gründung einer Stadt ging ganz überwiegend von Landesherrn aus; der Anteil von Kirche und Adel liegt unter 20%. Der Stadtgründer beauftragte einen Siedlungsunternehmer, Lokator, mit der Anwerbung der Bürger und der technischen Anlage der Stadt. Übernommen wurde dazu das im bisherigen Besiedlungsverlauf erprobte und voll entwickelte Stadtmodell, dessen Grundriss auf einem rationalen Ordnungsschema beruhte: Ein regelmäßiges Gitterschema sich rechtwinklig kreuzender Straßen und Häuserblöcke mit einem großen, meist viereckigen Marktplatz in der Mitte sowie seitlich versetzten Kirchen; im Zentrum des Marktplatzes befindet sich das Rathaus mit seinen Kaufhallen. Dieser Idealplan hatte freilich auf die geographischen Gegebenheiten und eventuell auf slawische Vorsiedlungen Rücksicht zu nehmen.

Der Idealplan findet sich im Grundriss der Stadt Bunzlau. Die Stadt wurde in geringer Distanz zum Überschwemmungsgebiet des Flusses Bober angelegt, hier westlich außerhalb des Plans. Durch die Stadt führt in west-östlicher Richtung, den Marktplatz diagonal querend, die Straße von Görlitz nach Haynau, eine Etappe des bedeutenden Fernhandelswegs der Hohen Straße von Leipzig über Krakau nach Lemberg. In Richtung Süden führt ein Tor zur Straße nach Löwenberg, ein nördliches Tor fehlt. Der ellipsenförmige Stadtgrundriss zeigt ein gitterförmiges Straßennetz, ist 400 m lang, 330 m breit und umfasst eine Fläche von ca. 13,2 ha. Im Zentrum des viereckigen Rings – 115 x 85 m – befindet sich das Rathaus, versetzt gelegen Pfarrkirche und Dominikanerkloster. Außerhalb mit der Ziffer 10 befindet sich die vermutete altslawische Siedlung.

Noch perfekter ist der Stadtgrundriss von Frankenstein. Die Stadt wird im Süden und Osten von einem Bach umflossen. In ihr kreuzen sich eine Nord-Süd-Straße, die sog. Königsstraße von Böhmen über Glatz nach Breslau, und eine West-Ost-Straße von Silberberg nach Münsterberg. Beide Straßen verlaufen über den Marktplatz, für den Verkehr der Nord-Süd-Straße stehen in der Stadt zwei Parallelstraßen zur Verfügung. Das Straßennetz ist wieder gitterförmig, das Rathaus befindet sich auf dem Marktplatz, die Pfarrkirche und das Dominikanerkloster, die spätere evangelische Kirche, abseits. Die Stadtfläche beträgt 21 ha. Frankenstein wurde 1287 von Herzog Heinrich IV. von Breslau (1270-1290) auf halbem Wege zwischen den Kleinstädten Löwenstein und Frankenberg gegründet, die ihre Aufgaben als städtische Mittelpunkte für das Umland nicht erfüllen konnten, also missglückte Stadtgründungen waren. Frankenstein hat somit eine ganz eigene Gründungsgeschichte.

Eine extreme Form der geographischen Gegebenheiten stellt der Stadtberg von Nimptsch dar, der der Grundrissbildung enge Grenzen setzte, nur eine Längsstraße zuließ, die zugleich als Marktplatz genutzt wurde. Hier ist auch eine der zahlreichen Vorgängersiedlungen in die Stadtanlage und Ummauerung einbezogen worden. Anders war dies im Fall von Oppeln, wo die altslawische Siedlung auf der Oderinsel Pascheka außen vor blieb. Nur auf dem rechten Oderufer wurde 1217 eine deutschrechtliche Stadt gegründet, die eine übermächtige Konkurrenz für die altpolnische Stadt auf der Insel darstellte, was zu deren Auflösung führte. Über ihren Häusern errichtete Herzog Kasimir I. von Oppeln (1211-1229/30) bereits vor 1228 eine Burg. Die Stadtschöpfung von 1217 erwies sich jedoch als zu kleinräumig, so dass nach 1245 die Stadt neu angelegt wurde. Diese zeigte einen Schachbrettgrundriss mit einem gedrungenen Zentralmarkt von etwa 78 x 114 m Ausmaß mit dem Rathaus, abseits wieder Kirche und Kloster. Die gesamte Fläche innerhalb der Umwehrung betrug 16 ha, auf der nach erfolgtem Ausbau 250 Bürgerhäuser standen. Auf einen Menschen entfiel damit ein Lebensraum von rund 120 qm, das Zwölfwache des altpolnischen Maßes. „Diese Zahl macht“, so schreibt Walter Kuhn, „an einem der wenigen voll durchschaubaren Beispiele den grundle-

genden Unterschied zwischen altslaw[ischem] und ‚modernem‘, d[eu]t[sch]rechtlichen Städtebau deutlich.“³

Keine zweite Anlage der Stadt war in Beuthen an der Oder nötig, im Gegenteil, hier konnte das Stadtareal nicht zur Gänze bebaut werden, blieben Flächen – oben im Bild – frei, die als Gärten und Äcker genutzt wurden.

Die beiden zuletzt gezeigten Bilder sind Planansichten, gezeichnet um 1750 von Friedrich Bernhard Werner (1690-1776). Sie verdeutlichen, dass der in der mittelalterlichen Besiedlung angelegte Grundriss über die Zeiten beibehalten wurde, er findet sich noch heute in den Altstädten, den Zentren der modernen schlesischen Städte. Und auch umfangmäßig veränderten sich die Städte nicht, wuchsen bis Anfang des 18. Jahrhunderts nicht über ihre Mauern hinaus.

Grundgelegt wurde in der mittelalterlichen Besiedlung auch das Stadt-Umland-Verhältnis, bezeichnet als Weichbildverfassung. Einer Stadt zugeordnet war ein Landgebiet von durchschnittlich 343 qkm, also ein Quadrat von etwa 19 x 19 km. Für die Dörfer in diesem Gebiet hatte die Stadt Vorortfunktion, war sie rechtliches, verwaltungsmäßiges und wirtschaftliches Zentrum. Dorf und Stadt war ein arbeitsteiliges Wirtschaften eigen, „indem die Stadt einerseits Handwerk und Handel monopolisierte und das umliegende Land andererseits ihr agrarische Produkte zuführte und städtische Waren abnahm.“⁴ Diese Weichbildordnung wurde erst in preußischer Zeit, also nach 1740, mit der Einführung von Kreisen aufgehoben.

An der Spitze der Stadt stand anfänglich der Lokator als eingesetzter Vogt. Er war verhandlungsführender Richter im örtlichen Niedergericht, dem von der Bürgerschaft bestellte Schöppen beistanden. „Bürger im vollen Rechtssinn waren nur die Besitzer der Grundstücke aus der Lokationszeit (Hausbesitzer am Ring und an den Hauptstraßen), denen allein die Braugerechtigkeit zustand (Bierhöfe).“⁵ Die städtische Ratsverfassung wurde anscheinend erst in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts eingeführt. Der Rat ergänzte sich selbst aus den Ratsgeschlechtern, die jedoch nicht durch das Geburtsrecht abgeschlossen waren. Dennoch erfolgte die Beteiligung der Zünfte an Rat und Schöffenkollegium in den größeren Städten im Spätmittelalter erst nach Auseinandersetzungen wie in Breslau oder Schweidnitz, in kleineren Städten dagegen in der Regel früher. Die volle Vertretung der Stadt nahmen gewöhnlich Bürgermeister, Ratsmannen, Schöppen, Älteste und Geschworene wahr. Im 14. Jahrhundert erwarben die wirtschaftlich erstarkenden Städte die Erbvogtei und damit auch eine Reihe wirtschaftlich nutzbarer Rechte, häufig ging später auch noch die Landvogtei in städtischen Besitz über, so dass die Städte konkurrierende Gewalten auskaufen und ihre Selbständigkeit festigen konnten.

Nach der Urbanisierungswelle im 13. Jahrhundert mit rund 130 Städten folgten im 14. Jahrhundert weniger als 20 weitere Stadtgründungen meist in Randlagen. Die schlesischen Städte des Mittelalters waren zum ganz überwiegenden Teil reine Landstädtchen mit Nahmarkt und Zentralaufgaben, lediglich 20 bis 30 sind als größere Städte und Fernhandelsmärkte anzusehen, von denen die meisten Residenzorte waren. Um 1500 gab es in Schlesien eine „Weltstadt“ – Breslau mit über 20.000 Einwohnern –, vier Mittelstädte mit mindestens 5.000 Einwohnern, nämlich Glogau, Liegnitz, Neisse und Schweidnitz, sowie über 20 kleinere Mittelstädte mit 2.000 bis 5.000 Einwohnern. Zu Neu- und Wiederbegründungen von Städten

³ Kuhn, Walter: Die Erschließung des Frankensteiner Gebietes im 13. Jahrhundert, in: Ders.: Neue Beiträge zur schlesischen Siedlungsgeschichte (Quellen und Darstellungen zur schlesischen Geschichte 23). Würzburg 1984, S. 50-76.

⁴ Ders.: (wie Anm. 1), S. 380.

⁵ Menzel, Josef Joachim: Die Entstehung der mittelalterlichen Städtelandschaft Schlesiens, in: Friedhelm Kaiser und Bernhard Stasiewski (Hg.): Stadt und Landschaft im deutschen Osten und in Ostmitteleuropa (Studien zum Deutschtum im Osten 17). Köln, Wien 1982, S. 45-65, hier S. 54.

kam es erst gegen Ende des 15. Jahrhunderts, vor allem von Bergbaustädten. Die Gesamtzahl der Städte stieg bis 1618 auf 175.

In der Gotik waren nur herrschaftliche, kirchliche und kommunale Gebäude aus Stein errichtet, ab der Renaissance wurden die Holzhäuser zunehmend durch steinerne Bürgerhäuser ersetzt. Die zuvor einfachen Stadtmauern mit Wall, Palisaden und Turmtoren wurden nun bei den bedeutenderen Städten zu Doppelmauerkränzen mit Bollwerkronellen, vorgeschobenen Bastionen und Toranlagen. Zahlreiche Kleinstädte blieben allerdings bei den bestehenden Holzerdwerken oder waren gänzlich unbefestigt. Auf die wirtschaftliche und kulturelle Blüte Schlesiens im 14. Jahrhundert, von der insbesondere die Städte profitierten, folgte die Krisenzeit des 15. Jahrhunderts mit den Hussitenkriegen und sozialen Unruhen in den Städten sowie der Dreißigjährige Krieg. Diese Bedrohungen und die neuen technischen Möglichkeiten der Kriegführung führten zur beschriebenen Befestigung der bedeutenderen Städte. In preußischer Zeit wurden die strategisch wichtigsten Städte, nämlich Glogau, Breslau, Brieg, Cosel, Schweidnitz, Silberberg, Glatz und Neisse, dann zu regelrechten Festungen ausgebaut. So war Brieg bereits im Dreißigjährigen Krieg mit Bastionen befestigt, die dann nach der preußischen Besitzergreifung, wie hier gezeigt, verstärkt wurden. Die Veränderungen im Erscheinungsbild der Stadt blieben allerdings auf die Befestigung beschränkt, der mittelalterliche gitterförmige Grundriss *intra muros* blieb erhalten, wie hier besonders deutlich erkennbar. Der mittelalterliche Stadtgrundriss wurde auch nicht in Mitleidenschaft gezogen bei der Errichtung der evangelischen Friedenskirchen nach 1648 in Glogau, Jauer und Schweidnitz oder dem Bau der sechs Gnadenkirchen nach 1707 (in Freystadt, Sagan, Militsch, Hirschberg, Landeshut, Teschen), die alle viel Raum erforderten und aufgrund landesherrlicher Bestimmung vor den Stadtmauern errichtet werden mussten. Hier mag Landeshut mit seiner Gnadenkirche *extra muros* als Beispiel dienen.

Dreißigjähriger Krieg und Gegenreformation läuteten Niedergang und Ende des mittelalterlichen Stadtwesens in Schlesien ein. Die Beschränkung der Ratsfähigkeit auf Katholiken beseitigte die freie Ratswahl, der wirtschaftliche Niedergang führte zu einem Bevölkerungsrückgang, doch blieb die steuerliche Belastung der Städte gleich. Dennoch stieg die Zahl der Städte bis 1740 durch Stadterhebungen vor allem von Herrschaftssitzen auf 184 an. Die preußische Zeit brachte den endgültigen Wandel der Stadtverfassung: Der Stadtrat wurde abgeschafft und durch einen von der Obrigkeit bestellten Magistrat ersetzt. Mit Einführung der Akzise als nur in den Städten erhobene Verbrauchssteuer verringerte sich die Zahl der Städte, da solche mit einer Einwohnerzahl von unter 1.000 als „unakzissbar“ galten und auf den Status von Städtel oder Marktflecken absanken. „Nach einer amtlichen Erhebung gab es 1787 in Preußisch-Schlesien 131 akzissbare Städte..., davon hatten 89 bis zu 2.000, 32 bis zu 5.000 und 7 bis zu 10.000 sowie Breslau knapp 55.000 Einwohner.“⁶ Die Steinsche Städteordnung von 1808 beendete den staatlichen Zentralismus und ermöglichte wieder die lokale Selbstverwaltung durch die von der Bürgerschaft gewählte Stadtverordnetenversammlung.

Hatte die mittelalterliche Besiedlung seit dem 13. Jahrhundert die Städtelandschaft Schlesiens geprägt, so setzte mit den Veränderungen und der beginnenden Industrialisierung im 19. Jahrhundert ein grundlegender Wandel ein: Die Stadt entwickelte sich rasch oder allmählich über ihre Grenze, die alte Stadtmauer, hinaus und dehnte sich in der Fläche aus. Die Aufgabe der Befestigungen ergab einerseits die Möglichkeit zur Gestaltung von Grünanlagen, andererseits zur Verknüpfung von Altstadt und wuchernden Vorstädten. Fabriken und Industrieanlagen entstanden außerhalb der alten Begrenzungen, ihnen folgend Wohnsiedlungen. Die Stadtentwicklung vollzog sich zumeist in Richtung der seit der Jahrhundertmitte entstehenden Bahnhöfe, wie deutlich am neuen Stadtplan von Landeshut zu sehen ist. Gut erkennbar ist die

⁶ Irgang, Winfried: Land und Städte in Schlesien, in: Grosch, Waldemar (Bearb.): Schlesisches Städtebuch (Deutsches Städtebuch. Handbuch städtischer Geschichte. Neubearbeitung. Bd. 1: Schlesien). Stuttgart, Berlin, Köln 1995, S. XXXIII-XLIII, hier S. XLI.

mittelalterliche Stadt mit ihrem Gitternetzschema, jetzt die Alt- oder Kernstadt. Außerhalb dieser, aber immer noch nahe bei ihr, wurde 1841 die Flachsspinnerei der Kgl. Seehandlung Berlin angelegt, die Leinenfirma Methner folgte 1852, jene von Rinkel und Grünfeld schon weiter entfernt 1862, und 1869 kam der Eisenbahnanschluss. Aber auch staatliche und kommunale Einrichtungen wie Amtsgericht, Volksschule und Krankenhaus folgten und auch die Wohnbesiedlung.

Noch drastischer sieht dies bei Gleiwitz aus, einer Stadt im Industriegebiet Oberschlesien. Sie erkennen die vor 1276 angelegte mittelalterliche Stadt am charakteristischen Gitterstraßennetz in der Ovalform. Der Ring hat ein Maß von 74 x 74 m, der Flächeninhalt der Stadt betrug im Mittelalter 9,1 ha. Mit der Anlage der Kgl. Eisenhütte östlich von Gleiwitz setzte eine Entwicklung ein, die die Stadt Gleiwitz grundsätzlich veränderte, was mittels Zahlen verdeutlicht werden kann. Gegründet worden war die Stadt mit einer Fläche von 9,1 ha; nach Eingemeinden betrug die Stadtfläche 1905 27,91 qkm, 1939 56,35 qkm, 1961 64,36 qkm und 2009 134,2 qkm (1 qkm = 100 ha)⁷; die Stadt hatte sich von 9 ha auf 13.400 ha ausgedehnt! Ähnliches gilt für die Einwohnerzahl: 1787 zählte Gleiwitz 1.872 Einwohner, 1825 4.781 Einwohner, 1905 61.326 Einwohner, 1939 117.250 Einwohner, 1961 139.342 Einwohner, 2009 etwa 200.000 Einwohner⁸.

Die am Beispiel Gleiwitz illustrierten Entwicklungen betreffen das oberschlesische Industriegebiet insgesamt. Die Industrieanlagen verschlingen Fläche, Dörfer und Städte dehnen sich aus, es kommt zu Eingemeindungen, schließlich wachsen die Städte zusammen, Industriegemeinden wie Kattowitz, Königshütte, Langenbielau und Weißwasser wird das Stadtrecht verliehen. Die Anzahl der Städte in Preußisch-Schlesien steigt wieder auf 139. Durch die Bevölkerungszunahme in Schlesien von 3 Millionen 1849 auf 5,2 Millionen 1910 und die Industrialisierung verschoben sich die Verhältnisse völlig: „War der Reg.-Bez. Oppeln 1830 bevölkerungsmäßig noch der kleinste der drei schlesischen Bezirke, so hatte er bereits 1895 die Spitze übernommen. Angesehen von Breslau (630.000) gab es 1939 in Niederschlesien keine einzige Großstadt, in Oberschlesien dagegen drei Städte mit einer Einwohnerzahl von 100.000 bis 126.000 (Hindenburg, Gleiwitz, Beuthen).“⁹

Die Entwicklung im oberschlesischen Industriegebiet stellt natürlich einen Extremfall dar, deshalb ein Blick auf eine mittlere niederschlesische Stadt, nämlich Schweidnitz. Dargestellt ist die räumliche Entwicklung dieser Stadt. Die mittelalterliche Stadt ist rot eingezeichnet, gelb die Mietshausbauung des 19. Jahrhunderts, orange das Festungsgelände (aufgelassen 1867), hellgrün die Ein- und Mehrfamilienhäuser der Zwischenkriegszeit, dunkelgrün die Villenbauung bis 1945, und die anderen Farben zeigen die Ausdehnung bis heute mit den aus der Stadt verdrängten Gewerbe- und Einkaufsgebieten. Bemerkenswert ist, dass es die im Mittelalter angelegte Altstadt ist, die einer Stadt ihr Gesicht verleiht, und bemerkenswert auch, dass sich der Besucher am leichtesten in eben dieser Altstadt zurechtfindet.

Meine Damen und Herren, an altslawische Siedlungen anknüpfend oder auf grünem Rasen angelegt, entstand als Teil der deutschen Besiedlung im 13. Jahrhundert das Schlesien bis heute prägende Städtenetz mit rund 130 Gründungsstädten. Erst ab dem 19. Jahrhundert kam es im Zuge der allgemeinen Veränderungen und der Industrialisierung zu einer grundlegenden Umgestaltung im Erscheinungsbild der Städte. Die schlesischen Städte fügen sich damit in die allgemeine Entwicklung der europäischen Stadt ein. Und so wie Stadt an sich ein europäisches Phänomen ist, wird sie auch „europäisch“ erforscht. Die 1955 gegründete Commission Internationale pour l'Histoire des Villes hat Grundlagen für die Edition von Stadtatlan-

⁷ Ebd.: S. XLIII.

⁸ Weczerka, Hugo: Gleiwitz, in: Weczerka (wie Anm. 1); letzte Angabe aus Internet: Wikipedia, Gleiwitz.

⁹ Ebd.

ten erarbeitet, um den europäischen Vergleich zu ermöglichen.¹⁰ So erschienen im Deutschen Städteatlas großformatige Kartenwerke für die Städte Oppeln, Frankenstein, Goldberg und Breslau. In Polen wird der Atlas Historyczny Miast Polskich erarbeitet mit vorliegenden Stadtatlanten für Breslau, Neumarkt, Trebnitz, Nimptsch, Schweidnitz und Liegnitz; weitere sind in Vorbereitung für Militsch, Strehlen und Ratibor. Beim tschechischen Historický Atlas Měst České Republiky wird jener für Troppau erwogen. Erschien der Deutsche Städteatlas nur in der Landessprache, so kommt der polnisch zweisprachig, polnisch-deutsch, der tschechische dreisprachig, tschechisch-englisch-deutsch, heraus.¹¹ Stadtgeschichtsforschung ist aber nicht nur interdisziplinär, sondern regt auch zu internationalen Projekten an wie dem Historisch-topographischen Atlas schlesischer Städte, der in deutsch-polnisch-tschechischer Kooperation Kartenwerke für 34 schlesische Städte und ihre Entwicklung vom 19. bis ins 21. Jahrhundert vorsieht. Als Band 1 erschien vor ein paar Monaten jener für die Europastadt Görlitz/Zgorzelec. Stadtgeschichtsforschung für Schlesien ist also international und aktuell.

¹⁰ Wie Anm. 7.

¹¹ Simms, Anngret/ Opll, Ferdinand: Historische Städteatlanten: Stadtgeschichte in Karten, in: Siedlungsforschung. Archäologie-Geschichte-Geographie 15, 1997, S. 303-325; Roman Czaja: Die historischen Atlanten der europäischen Städte, in: Jahrbuch für Europäische Geschichte 3, 2002, S. 205-210.

Weitere Literatur

Grosch, Waldemar (Bearb.): Schlesisches Städtebuch (Deutsches Städtebuch. Handbuch städtischer Geschichte. Neubearbeitung. Bd. 1: Schlesien). Stuttgart, Berlin, Köln 1995.

Hirschmann, Frank G.: Die Stadt im Mittelalter (Enzyklopädie deutscher Geschichte 84). München 2009.

Kaiser, Friedhelm und Bernhard Stasiewski (Hg.): Stadt und Landschaft im deutschen Osten und in Ostmitteleuropa (Studien zum Deutschtum im Osten 17). Köln, Wien 1982.

Knötel, Paul: Die Kirchen im schlesischen Stadtbilde, in: ZVGS 64, 1930, S. 39-55.

Kuhn, Walter: Siedlungsgeschichte Oberschlesiens. Würzburg 1954.

Ders.: Die deutschrechtlichen Städte in Schlesien und Polen in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts. Marburg 1968.

Ders.: Die Städtegründungspolitik der schlesischen Piasten im 13. Jahrhundert, vor allem gegenüber Kirche und Adel. Hildesheim 1974.

Ders.: Neue Beiträge zur schlesischen Siedlungsgeschichte (Quellen und Darstellungen zur schlesischen Geschichte 23). Würzburg 1984.

Schilling, Heinz: Die Stadt in der Frühen Neuzeit (Enzyklopädie deutscher Geschichte 24). München 2004.

Schoenaich, Gustav: Stadtgründungen und typische Stadtanlagen in Schlesien, in: ZVGS 60, 1926, S. 1-17.

Ders.: Bildpläne und Städtebau in Schlesien, in: Ebd. 63, 1929, S. 281-302.

Schlenger, Herbert: Die schlesische Stadt. Gestalt und wirtschaftliche Funktion, in: Beiträge zur Landeskunde Schlesiens (Osteuropa und der deutsche Osten II, 3). Köln-Braunsfeld 1955, S. 50-80.

Weczerka, Hugo: Stadt- und Marktgründungen und Stadtabgänge in Schlesien 1450-1800, in: Zeitschrift für Ostforschung 23, 1974, S. 193-261.

Ders. (Hg.): Schlesien. Handbuch der historischen Stätten (Kröners Taschenbuchausgabe Bd. 316). Stuttgart 1977, 2003.

Ders.: Schlesiens zentrale Orte: Kontinuität und Wandel vom Mittelalter bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts, in: Jahrbuch der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau 49, 2008, S.33-61.

Wünsch, Thomas (Hg.): Stadtgeschichte Oberschlesiens. Studien zur städtischen Entwicklung und Kultur einer ostmitteleuropäischen Region vom Mittelalter bis zum Vorabend der Industrialisierung (Tagungsreihe der Stiftung Haus Oberschlesien 5). Berlin 1995.

Schlesische Städte in Historischen Städteatlanten

Deutscher Städteatlas

II, 11: Oppeln (1979)

III, 3: Frankenstein (1984)

III, 4: Goldberg (1984)

IV, 5: Breslau (1989)

Atlas Historyczny Miast Polskich / Historischer Atlas polnischer Städte

IV, 1. Wrocław/Breslau (2001)

IV, 2: Środa Śląska/Neumarkt (2003)

IV, 3: Trzebnica/Trebnitz (2003)

IV, 4. Niemcza/Nimptsch (2003)

IV, 5: Świdnica/Schweidnitz (2008)

IV, 9: Legnica/Liegnitz (2009)

Historický Atlas Měst České Republiky

Opava/Troppau (in Vorbereitung)

Historisch-topographischer Atlas schlesischer Städte / Historyczno-topograficzny atlas miast śląskich

1: Görlitz/Zgorzelec (2010)

Joachim Bahlcke

Bildungswege, Wissenstransfer und Kommunikation. Schlesische Studenten an europäischen Universitäten der Frühen Neuzeit

Der Aufsatz ist abgedruckt in:

Berichte und Forschungen. Jahrbuch des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, Jg. 2011.



Dariusz Adameczyk

Max Pinkus (1857-1934) – ein schlesischer Textilunternehmer im Zeitalter der Globalisierung an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert

„Und [so waren wir] ... auf einem jener herrlichen Dampfer gelandet, mit seinem glänzenden Nichtstun für die Passagiere, mit der großartigen Verpflegung und Erholung für überarbeitete Menschen, die einst in besseren Zeiten unsere Landsleute nach den Wunderländern des Ostens nach Ägypten, Ceylon, Indien, Japan geführt hatten. War das nicht Schlaraffenland? ... Seitdem sind kaum zwei Monate verflossen – und wie durch ein Wunder sitze ich im Schreibzimmer vom R.M.S. Walmer Castle, mitten im Schlaraffenleben und auf dem Wege nach Südafrika. Wie das gekommen ist? Rekapitulieren wir's in aller Kürze: Man hofft in Südafrika Flachs anbauen und Fasern gewinnen zu können. Die dortige Regierung interessiert sich für dieses Unternehmen im Interesse der Hebung von Landwirtschaft und Industrie. Man kommt aber damit nicht recht vorwärts. Von befreundeter Seite wurde ich aufgefordert, mir die Sache mal anzusehen, und wenn möglich zu helfen. Nun habe ich mich nicht zweimal bitten lassen. Und so bin ich denn unterwegs, habe eine schöne Zeit vor Augen – und vorerst für die nächsten 17 Tage den ersehnten Aufenthalt im gelobten Lande der Schlaraffen.“¹

Diese Passage stammt aus einem Tagesbuch, das Max Pinkus während seiner Reise nach Südafrika – über Berlin, Hannover, Holland und England – im Jahr 1923 schrieb. Neben der anklingenden Sehnsucht nach der „alten guten“ Zeit vor dem Ersten Weltkrieg, der Wehmut ob des verlorenen Krieges und der veränderten Stellung Deutschlands in Europa, spiegelt das Tagebuch die Reichweite der geschäftlichen Verbindungen wider, die der schlesische Unternehmer aus Neustadt unterhielt.



Als Max Pinkus im Jahre 1887 offiziell mit Eintragung in das Handelsregister in den Kreis der Miteigentümer der Gesellschaft aufgenommen und der Magistrat der Stadt diesbezüglich in Kenntnis gesetzt wurde, befand sich Deutschland mitten in einem ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Umbruch. Die globale Vernetzung des Kaiserreichs nahm zwischen 1880 und 1914 erheblich zu. Ökonomisch war Deutschland in den Globalisierungsprozess an zentraler Stelle eingebunden, in vielen Bereichen nur von Großbritannien übertroffen. Die Verwendung des Begriffs „Weltwirtschaft“, aber auch die Gründung des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel 1911 zeugen davon. Die Zunahme der globalen Verflechtungen war nicht nur ein objektiver Prozess, sondern wurde durchaus wahrgenommen und reflektiert. 1913 schrieb Paul Arndt: „Bis in die kleinste deutsche Arbeiterhütte erstreckt sich der Weltverkehr. Im bescheidensten Haushalt finden sich heute Produkte fast aller Länder der Erde vereinigt. Wer sich nur ein wenig in seiner alltäglichen Umgebung umsieht, stößt überall auf Gegenstände, die ganz oder teilweise aus dem Ausland stammen. Er findet – auch im Hause des wenig Bemittelten – Brot aus russischem, rumänischem, nordamerikanischem, argentinischem oder indischem Korn ... Reis aus Ostindien, Kaffee aus Zentral- oder Südamerika oder aus Holländisch-Indien, ... Kleidungsstücke aus amerikanischer, ägyptischer oder indischer Baumwolle, aus südafrikanischer oder australischer Wolle, aus russischem Flachs, vielleicht in England oder Frankreich gesponnen und gewebt ... Es dürfte in Deutschland wohl kaum

¹ Leo Baeck Institute New York: Pinkus Family Collection, sygn. AR 7030. Box 2, Max Pinkus Papers, Folder 12, Reminiscences, 1923 and undated „Max Pinkus's Tagebuch aus seiner Reise nach Südafrika“, 1923, S. 2, S. 4. Das Tagebuch konnte ich dank der freundlichen Hilfe von Arkadiusz Baron einsehen. Seine Veröffentlichung ist im November 2010 vorgesehen. Die Tagebücher von der Fernost-Reise befinden sich im Besitz des Enkels von Max Pinkus, John Peters.

eine Ware geben, deren Produktion nicht in irgendwelchen Beziehungen zu ausländischen Marktverhältnissen stände.²

Mit der dramatischen Beschleunigung des weltweiten Handelswachstums ging das Bewusstsein von der Welt als zusammenhängendem Ort einher. Um die Jahrhundertwende war die Überzeugung unter gebildeten Schichten und politischen bzw. ökonomischen Entscheidungsträgern weit verbreitet, dass selbst fern liegende Ereignisse nicht ohne Auswirkungen auf die eigene Situation bleiben würden. Der Ausbruch des Vulkans Krakatau am 27. August 1883 galt beispielsweise als eines der ersten globalen Ereignisse, das Wissenschaftler und die breite Öffentlichkeit in seinen Bann zog.³

Die grundlegende Veränderung der Produktionstechniken, subsumiert unter dem Begriff der Industriellen Revolution, sowie das damit zusammenhängende rasante Bevölkerungswachstum trugen zur globalen, vor allem aber atlantischen Marktintegration wesentlich bei. Der Anteil des deutschen Außenhandels stieg bis 1914 auf etwa 34% des Volkseinkommens – ein Wert, der erst in den 1960er Jahren wieder erreicht wurde.⁴ Der Wert der deutschen Importe und Exporte wuchs in der Zeit von 1880 bis 1913 auf das Dreieinhalb- bis Vierfache. Vor allem die chemische Industrie hing stark vom Export ab – die Quote ihrer Ausfuhren lag vor dem Ersten Weltkrieg bei 35%. Auch die Elektro- und Metallindustrie sowie die konsumnahe Produktion führten ihre Produkte in großen Teilen aus.⁵ Die Wachstumsraten von Güterexporten und Direktinvestitionen vor 1914 wurden erst um 1980 wieder erreicht.⁶ Andererseits wurden die Importe von Rohstoffen immer wichtiger. Wolle wurde aus Australien und Südafrika bezogen, Weizen kam aus den USA und Russland, aber auch aus Argentinien und Kanada. Die deutschen Ausfuhren gingen zwischen 1889/1893 (in Fünfjahresschnitten) und 1909/1913 zu etwa 75-78% nach Europa, in erster Linie nach Großbritannien, außerdem in die USA. Kleinere Märkte wie Argentinien, Ägypten, Marokko, China und Japan nahmen an Bedeutung zu – freilich ohne den Stellenwert der europäischen Handelspartner zu erreichen.⁷

Für die transnationale Vernetzung war die Dampfschiffahrt entscheidend. Die Zeit, die für die Überquerung des Atlantiks benötigt wurde, fiel von drei Wochen um 1870 auf etwa zehn Tage um 1900. Die Eröffnung des Suez-Kanals 1869 trug ebenfalls zu der Beschleunigung des Verkehrs bei. Dadurch verringerte sich die Reisezeit zwischen England und Indien um die Hälfte. Um 1900 war die Beförderung einer Tonne Weizen von New York nach Mannheim genauso teuer wie der Transport von Berlin nach Kassel.⁸ Diese Transportrevolution spiegelte sich in einer Konvergenz der Preise wider.⁹

² Paul Arndt: Deutschlands Stellung in der Weltwirtschaft, Leipzig 1913, S. 12. Vgl. auch Niels P. Petersson: Das Kaiserreich in Prozessen ökonomischer Globalisierung, in: S. Conrad, J. Osterhammel (Hg.): Das Kaiserreich transnational. Deutschland in der Welt 1871-1914, Göttingen 2004, S. 49-67; Cornelius Torp: Die Herausforderung der Globalisierung. Wirtschaft und Politik in Deutschland 1860-1914, Göttingen 2005.

³ Vgl. Sebastian Conrad, Dominic Sachsenmaier: Introduction: Competing Visions of World Order: Global Moments and Movements, 1880s-1930s, in: Dies. (Hg.): Competing Visions of World Order. Global Moments and Movements, 1880s-1930s, New York 2007, S. 1-25, hier S. 15 (dort auch weitere Literaturhinweise); Sebastian Conrad: Globalisierung und Nation im Deutschen Kaiserreich, München, 2006, S. 51.

⁴ Conrad, ebd., S. 44f.

⁵ Vgl. Harm G. Schröter: Die Auslandsinvestitionen der deutschen chemischen Industrie 1870 bis 1930, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 35, 1990, S. 1-22; Walter Wetzel: Naturwissenschaften und chemische Industrie in Deutschland, Stuttgart 1991; Gottfried Plumpe: Die I. G. Farbenindustrie 1904-1945, Berlin 1990, S. 40-99.

⁶ Paul Bairoch: Globalization Myths and Realities: One century of external trade and foreign investment, in: Robert Boyer (Hg.): States Against Markets. The Limits of Globalization, London 1996, S. 173-192.

⁷ Torp, S. 77, Tabelle 6; Conrad, S. 46.

⁸ Kevin H. O'Rourke: The European Grain Invasion, 1870-1913, in: Journal of European History 57, 1997, S. 775-801.

⁹ Kevin H. O'Rourke, Jeffrey G. Williamson: Globalization and History: The Evolution of a Nineteenth-Century Atlantic Economy, Cambridge/Mass. 1999.

Die deutsche Handelsflotte hatte 1880 weniger Tonnage als die spanische; 30 Jahre später war sie viermal so groß als die amerikanische. 1914 wurde der Handelswert der im Hafen von Hamburg umgeschlagenen Waren nur von dem in New York und Amsterdam übertroffen.¹⁰

Die Transportrevolution wurde von der Revolution der Kommunikations- und Informationstechnologien begleitet. Vor allem der Telegraph sorgte dafür, dass weltweite Absprachen über Preise, Angebot und Nachfrage innerhalb kürzester Zeit möglich wurden. Das erste Transatlantikkabel wurde bereits 1866 in Betrieb genommen. Spätestens seit 1880 waren die wichtigsten Handels- und Absatzmärkte der Welt in ein enges telegraphisches Netz integriert. Auch das Telefon breitete sich rasch aus. Die Einrichtung von Reichspostdampferlinien verband das deutsche Reich mit Ost- und Südostasien und garantierte die postalische Integration der neu erworbenen Kolonien.¹¹

Der Globalisierungsprozess spiegelte sich auch in anderen Aktionsfeldern wider: in der Außenpolitik in dem Versuch, die britische Hegemonie zu brechen und selbst in den Kreis der Weltreiche einzutreten. Vor allem die Flottenpolitik, die seit 1897 die Innen- und Außenpolitik des Deutschen Reiches zunehmend beschäftigte, war das Resultat der Konkurrenzsituation zu Großbritannien. Die Innenpolitik mit der Debatte seit 1879 über Protektionismus, der von Anfang an eine internationale Komponente beinhaltete, wurde ebenfalls erfasst. Außerdem spielten Migrationen immer größere Rolle – sowohl Binnenwanderung als auch Auswanderung nahmen zu. Zwischen 1880 und 1893 wanderten allein in die USA etwa zwei Mio. Menschen aus.¹² Im kulturellen Bereich wurden japanische Kunst und afrikanische Plastik bekannt.¹³

Im allgemeinem Verständnis meint Globalisierung also die Intensivierung transnationaler Beziehungen, die jedoch nicht dasselbe wie international bedeuten – also nicht Beziehungen zwischen klar voneinander abgegrenzten Gesellschaften werden hier gemeint, sondern grenzüberschreitende und überstaatliche Zusammenhänge.¹⁴ Vor diesem Hintergrund liegt auf der Hand, dass das Lokale, Nationale und Globale nicht in je eigene, abgegrenzte Bereiche der Analyse aufgeteilt werden können, sondern als Bausteine einer Einheit verstanden werden sollten, die sich gegenseitig bedingen. Diesem Text liegt diese Annahme zugrunde, der zugleich beansprucht, nicht mehr zu sein als ein Essay. Dabei geht es keineswegs darum, die regional-lokale Perspektive durch eine globale vollständig zu ersetzen und regionale, nationale und globale Bezüge gegeneinander auszuspielen, sondern darum, das Regionale in einen breiteren Kontext zu stellen.

Ist diese globale Perspektive notwendig und sinnvoll, wenn man sich mit dem Textilunternehmer Max Pinkus befasst? Es kommt auf die Fragestellung und Herangehensweise an. Fragen wir danach, inwieweit Max Pinkus sich der oben skizzierten Prozesse bewusst war, finden wir nicht viele Hinweise in den Quellen. Allerdings spiegeln seine oben erwähnten Reisen in den Fernost – über Ägypten, Indien und Ceylon nach Japan – 1909 und nach Südafrika im Jahr 1923 die globale Dimension seiner Vita wider. Spätestens aber wenn man sich den Aktivitätsradius des Unternehmens, die Versorgung mit Rohstoffen und die Absatzmärkte für seine Textilprodukte vor Augen führt, kommt die globale Komponente deutlich zum Tra-

¹⁰ Vgl. David Blackburn: Das Kaiserreich transnational. Eine Skizze, in: Conrad, Osterhammel (Hg.), S. 302-324, hier S. 306.

¹¹ Conrad, S. 40.

¹² Ebd.: S. 47ff.

¹³ Jürgen Osterhammel/Niels P. Petersson: Ostasiens Jahrhundertwende. Unterwerfung und Erneuerung in west-östlichen Sichtweisen, in: Ute Frevert (Hg.): Das Neue Jahrhundert. Europäische Zeitdiagnosen und Zukunftsentwürfe um 1900, Göttingen 2000, S. 265-306.

¹⁴ Alexander Engel: Farben der Globalisierung. Die Entstehung moderner Märkte für Farbstoffe 1500-1900, Frankfurt-New York 2009: S. 12.

gen. An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass der Anteil Deutschlands an der globalen Textilproduktion 1913 knapp 15% betrug.¹⁵

Für das Funktionieren des Textilunternehmens war die Versorgung mit Spinn garn von zentraler Bedeutung. Viele Historiker hoben die Bedeutung der Baumwollindustrie hervor. Walt Rostow z.B. beschrieb sie als den ursprünglichen Leitsektor im ersten „take off“. Eric Hobsbawm sah sie als Schrittmacher des industriellen Wandels, während für David Landes die Baumwollfabrik als das Symbol der industriellen Macht Britanniens galt.¹⁶

Aus diesem Grund war die Ehe von Max Pinkus und Hedwig Oberländer ein typisches, gezielt arrangiertes Bündnis. Die Familie Fränkel – Gründer des Unternehmens – versuchte in den späten 1880ern, eine der zahlreichen in Łódź gelegenen Baumwollspinnereien zu übernehmen. Wäre dieser Versuch gelungen, so hätten die Fränkels den gesamten Produktionsprozess der Textilindustrie abdecken können: von der Herstellung von Garn bis hin zum fertigen Textilerzeugnis. Das Risiko der geschäftlichen Verbindung mit einer im Zarenreich gelegenen Fabrik erschien jedoch wegen Zölle und politischer Beziehungen beträchtlich. So richtete die Familie die Aufmerksamkeit auf eine Spinnerei im habsburgischen Böhmen. Einer ihrer Mitinhaber war Wolfgang Oberländer aus Eipel (tschechisch: Upice). Außerdem stand der zukünftige Schwiegervater von Max Pinkus mit dem Werk in Lichtenwerden (tschechisch: Svetlá Hora) in Verbindung. Die Oberländers waren außerdem mit der wohlhabenden Familie Morawetz verwandt. Aus der Ehe von Wolfgang Oberländer mit Maria Morawetz ging die Tochter Hedwig hervor. Sie verheiratete man am 13. Mai 1888 in Wien mit Max Pinkus.¹⁷

Aller Wahrscheinlichkeit nach investierte die Gesellschaft der Fränkels eine nicht unbeträchtliche Summe in die in Böhmen gelegenen Spinnereien, d. h. die Eipler Flachsspinnerei und die Hronower Baumwollspinnerei, oder erhielt als Aussteuer die Anteile von Hedwig Pinkus, die sie nun am Unternehmen hielt. Dem folgten Anteile an der Spinnerei in Lichtenwerden.¹⁸ Außerdem bezog das Unternehmen die Baumwolle aus Großbritannien (Belfast), möglicherweise auch aus dem polnischen Teilungsgebiet des Zarenreichs.¹⁹

Mit Garn versorgte das Fränkel-Unternehmen sich zwar in Europa, die Rohbaumwolle kam jedoch aus Übersee. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts waren die USA einer der wichtigsten Baumwollexporteure. Sie spielten eine zentrale Rolle für den britischen Markt. 1800 stammten 25% der Baumwolleinfuhren in Liverpool aus Nordamerika, 1820 waren es 59% und 1850 sogar 72%. Mit dem amerikanischen Bürgerkrieg 1861-1865 geriet dieses System in eine Krise. Der Krieg führte zu einer grundlegenden Umorientierung des Baumwollanbaus. Die hohen Preise ermunterten die Bauern in Indien, Ägypten und Brasilien zur Ausdehnung des Baumwollanbaus. Der langfristige Effekt des Bürgerkrieges bestand darin, dass die Baumwollfabrikanten begannen, sich von einer einzigen und politisch unzuverlässigen Quelle unabhängig zu machen. Deshalb übten sie Druck auf ihre jeweiligen Nationalregierungen aus, neue Baumwollquellen zu erschließen: Frankreich in Mali, Russland in Zentralasien, Großbritannien in Ägypten, dem Sudan und Indien.²⁰

¹⁵ Vgl. Torp, S. 108; Engel, 164-165.

¹⁶ Mary Rose: Lancashire, die Baumwollindustrie und die Industrielle Revolution: Der Übergang zum Fabrikssystem, in: Karl Ditt, Sidney Pollard (Hg.): Von der Heimarbeit in die Fabrik. Industrialisierung und Arbeiterschaft in Leinen- und Baumwollregionen Westeuropas während des 18. und 19. Jahrhunderts, Paderborn 1992, S. 138-161, hier S. 139.

¹⁷ Vgl. Arkadiusz Baron: Max Pinkus (1857-1934). Śląski przemysłowiec i mecenas kultury, Diss. Opole 2006, S. 78-79, erschienen in Oppeln 2008. Eine deutsche Übersetzung wird vorbereitet.

¹⁸ Ebd., S. 79-80.

¹⁹ Persönliche Auskunft von Arkadiusz Baron vom 31. Januar 2010.

²⁰ Vgl. Sven Beckert: Das Reich der Baumwolle. Eine globale Geschichte, in: S. Conrad, J. Osterhammel (Hg.), S. 280-301. Die Angaben zu den Baumwollimporten aus den USA S. 293.

Aus deutscher Sicht spiegelte sich diese Neuorientierung in dem Versuch der Regierung um 1900 wider, die Baumwollproduktion in Togo mithilfe schwarzer Amerikaner aufzubauen. Afroamerikanische Experten sollten den Bauern Westafrikas die Techniken und die Ausrüstung schwarzer Baumwollpflanzers aus den amerikanischen Südstaaten beibringen. Das Experiment in Togo stellte somit einen kleinen Teil der Umstrukturierung der globalen Baumwollindustrie und der globalen politischen Ökonomie dar.²¹ 1910 stammten 91% der deutschen Baumwollgarnimporte von den britischen Inseln. Insgesamt nahm der Anteil der außereuropäischen Gebiete am deutschen Import im Zeitraum von 1889/1893 (in Fünfjahres-schnitten) bis 1909/1913 merklich zu: aus Amerika von 19,9 auf 26,3%, aus Asien von 4,4 auf 9%, aus Afrika von 1,3 auf 4,5% und schließlich aus Australien/Ozeanien von 1,5 auf 3%.²²

Übertragen auf das Unternehmen S. Fränkel könnte vielleicht die Auswertung der entsprechenden Handelsbücher und Einträge der Handelskammer Oppeln helfen, eine genauere Aufschlüsselung der Herkunftsländer für Rohbaumwolle herauszufinden. Die Ehe Max Pinkus' jedenfalls befreite das Unternehmen von den mit der Sicherstellung von Rohstofflieferungen verbundenen Problemen und verlieh der Produktion eine neue Dynamik, die sich nicht zuletzt in der Gründung einer neuen Fabrik zwischen 1890 und 1900 niederschlug.

Neben der Rohstofffrage war für das Fränkel-Unternehmen die Situation auf den Absatzmärkten von zentraler Bedeutung. Das wichtigste Kennzeichen der modernen Konsumgesellschaft war die Massenproduktion. Zunächst kam sie im späten 19. Jahrhundert im Textilsektor zum Tragen. Danach wurde das so genannte Model T entwickelt und perfektioniert, das es ermöglichte, standardisierte Produkte in großen Mengen mithilfe sonderangefertigter Maschinen und einer weitgehend ungelerten Arbeiterschaft herzustellen. Dank des wachsenden, relativ homogenen US-Binnenmarktes stützten sich viele Unternehmen auf die drei S hoher Produktivität: Simplifizierung, Standardisierung und Spezialisierung. Daraus resultierte eine abgesteckte Produktpalette, dank derer die Stückpreise niedrig gehalten und die Gewinne durch Massenproduktion maximiert werden konnten.²³

Die kulturelle Logik des Konsums wurde gesteuert von dem Bedürfnis, Wohlstand als äußeres Symbol homogenisierter gesellschaftlicher Macht zur Schau zu stellen. Er hörte auf, Zeichen konkreter Körperpraxis zu sein. Geschmack richtete sich nun nach den Werbebotschaften des Marktes und nicht mehr nach der Suche nach Affinitäten und den zu bestimmten Menschen passenden Produkten.²⁴ Chris A. Bayly brachte diese Verschiebung im Bereich der Textilienproduktion zwischen dem 18. und späten 19. Jahrhundert auf den Punkt:

„In 1780, the most powerful men in the world were dressed in a large variety of different types of garments which ranged from Chinese mandarin robes, through French embroidered frock coats, to ritualized undress in the Pacific and parts of Africa. By 1914, a growing number of the most important men operating in public arenas wore Western-style clothes wherever they lived. Chinese nationalists and the leaders of the new Japan dressed in the top

²¹ Andrew Zimmerman: Ein deutsches Alabama in Afrika: Die Tuskegee-Expedition nach Togo: Die transnationalen Ursprünge westafrikanischer Baumwollpflanzers, in: Sebastian Conrad, Andreas Eckert, Ulrike Freitag (Hg.): Globalgeschichte, Frankfurt/Main 2007, S. 313-342.

²² Die Daten nach Torp, S. 110, S. 81, Tabelle 8.

²³ Vgl. Victoria de Grazia: Amerikanisierung und wechselnde Leitbilder der Konsum-Moderne (consum modernity) in Europa, in: Hannes Siegrist, Hartmut Kaelble, Jürgen Kocka (Hg.), Europäische Konsumgeschichte. Zur Gesellschafts- und Kulturgeschichte des Konsums (18. bis 20. Jahrhundert), Frankfurt-New York 1997, S. 109-137, hier S. 115. Zu Kontexten außerdem: Heinz-Gerhard Haupt: Konsum und Geschlechterverhältnisse. Einführende Bemerkungen, in: wie oben, S. 395-410; Gunilla-Friederike Budde: Des Haushalts „schönster Schmuck“. Die Hausfrau als Konsumexpertin des deutschen und englischen Bürgertums im 19. und frühen 20. Jahrhundert, in: wie oben, S. 411-440.

²⁴ Vgl. Chris A. Bayly: „Archaische“ und „moderne“ Globalisierung in Eurasien und Afrika, ca. 1750-1850, in: Sebastian Conrad/Andreas Eckert/Ulrike Freitag (Hg.): Globalgeschichte. Theorien, Ansätze, Themen, Frankfurt-New York 2007, S. 81-108, hier S. 102.

hat and black morning coat which had come into favor with the early-nineteenth-century evangelical Christian revival in Britain and white North America... It is important that this change was registered not only in the adoption of explicitly Western dress, but also in the growth of analogous uniformities within 'non-Western' or hybrid forms of dress... The paintings of the Maori chiefs of the later nineteenth century which gaze down from the walls of the National Gallery in Auckland, New Zealand, still display their variegated ritual tattoos, but several of the chiefs wear a black coat and white bow tie.²⁵

Einer der Hauptgründe für den Erfolg des Fränkel-Unternehmens lag in der Herstellung hochwertiger Textilprodukte für ausländische Absatzmärkte. Die Anfänge des Unternehmens Samuel Fränkels stehen mit seiner Übersiedlung nach Neustadt. 1827 wurde zugleich ein Geschäft eröffnet, das die Erzeugnisse der hiesigen Weber vertrieb.²⁶ Das Geschäft Samuel Fränkels handelte zuerst nicht ausschließlich mit Tuchwaren und Stoffen. Dort wurden ebenso Glas- und Zinnerzeugnisse, Fayencen, Regenschirme, Puppen, Spielzeug und Kleidungsstücke verkauft. Um 1835 wandelte Samuel Fränkel sein Handelsunternehmen in eine produktionsorientierte Firma um. Die Entscheidung Fränkels erleichterten nicht zuletzt die Einführung der Gewerbefreiheit im Zuge der Reformpolitik Hardenbergs in Preußen (1811) sowie die Öffnung der Grenzen seitens der Engländer für Exporte nach dem Wiener Kongress und schließlich die Gründung des Deutschen Zollvereins im Jahre 1834. Für das Unternehmen Samuel Fränkels war der Zugang zu den bedeutenden Handelsmärkten und Messen in Sachsen (Leipzig) sowie den deutschen Häfen von enormer Wichtigkeit.²⁷

Von Anfang an ging es also darum, die eigenen Produkte auch außerhalb der kleineren Absatzmärkte von Neustadt und Neisse zu verkaufen. Diese Entscheidung war zugleich riskant, denn das Unternehmen musste zunächst auf den Märkten in Breslau, Görlitz oder Leipzig mit den hochwertigen Waren aus den anderen Textilzentren des Reiches konkurrieren. Seit 1844 sind enge Handelskontakte Fränkels mit den Messen in Leipzig und somit im Ausland bestätigt. Der Neustädter Kaufmann begann, seine Erzeugnisse auf den Industrieausstellungen in München, London und Berlin zu präsentieren. Zugleich errichtete Samuel Fränkel eine moderne Fabrik, deren Produktion zum Teil mechanisiert war.²⁸

Dass Fränkels Erzeugnisse im Ausland nachgefragt wurden, hing nicht zuletzt mit dem so genannten Muster 1103 zusammen.²⁹ Dieses Muster war einzigartig in der damaligen Zeit – Stoff mit Sternen im Hintergrund, geometrischen Figuren an den Rändern, ausgefüllt mit mäandrierenden Figuren – und eroberte bald die Welt. Dieses Muster wurde in Moskau, Berlin, Stockholm, London, St. Petersburg, Kairo, Jerusalem und Chicago ausgestellt. Das Unternehmen unterhielt ständige Firmenrepräsentanzen in Berlin (Benjamin Pinkus), London (Alfred Lohnstein-Langdon) und New York (Friedrich Pinkus). Im Laufe der Zeit kamen neue Absatzmärkte in Übersee hinzu: Japan und Australien.³⁰ Interessanterweise unternahm Max Pinkus im Jahr 1909 eine Reise nach Fernost.

Das Warensortiment umfasste im ausgehenden 19. Jahrhundert u. a. Tischdecken, Servietten sowie verschiedenste andere Tücher. Die Fabrik verfügte über eine ausgezeichnet ausgestattete Produktionslinie mit Weberei, Bleicherei, Trocknerei, Mangeln und Appretur. Im Jahre 1897 erreichte die Gesellschaft den höchsten Vermögensstand in ihrer Geschichte, der sich auf 29.065.234 Mark belief. Auch die Anteile der jeweiligen Gesellschafter erreichten sehr hohe Summen, die zwischen 5 und 6 Millionen Mark schwankten. Selbst Max Pinkus als

²⁵ Vgl. Chris A. Bayly: *The Birth of the Modern world, 1780-1914*, Malden-Oxford 2005, S. 13-14.

²⁶ Zur Geschichte des Unternehmens grundlegend A. Weltzel: *Geschichte der Stadt Neustadt*, Neustadt 1870, S. 518-519, 526-535.

²⁷ Vgl. Baron, S. 66.

²⁸ Ebd., S. 66, S. 69ff., S. 75.

²⁹ Ebd., S. 66-67, Fußnote 193.

³⁰ Ebd., S. 75, S. 86.

jüngster der Teilhaber verfügte über Anteile im Wert von 1.621.470 Mark.³¹ Einer Quelle zufolge nahm das Unternehmen um das Jahr 1906 unter den Textilfabriken in Schlesien nach dem Betrieb Christian Dierigs aus Langenbielau (heute Bielawa) den zweiten Platz ein. 1912 waren in der Fabrik 3.700 Arbeitnehmer beschäftigt.³²

Sicherlich verdankt das Unternehmen seinen Erfolg auch den Veränderungen der Produktionstechniken. Die Umstellung von Dampf- auf elektrischen Antrieb erfolgte nach Errichtung eines betriebseigenen Kraftwerks im Jahre 1908. Damals wurden auf dem Gelände der einstigen Obermühle Turbinen mit einer Gesamtleistung von 1.200 PS installiert. Gleichzeitig begann man, das Werk mit Elektromotoren auszustatten, sodass das Unternehmen am Vortag des Ersten Weltkriegs bereits über 1.800 Stück verfügte. Auch in dieser Zeit wurde auf dem Fabrikgelände ein erstes internes Telefonnetz installiert. Kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges wurden die bereits aufgenommenen Modernisierungsarbeiten fortgesetzt. Ein Abwassernetz wurde auf dem Fabrikgelände gebaut, und 1906 folgte die Installation des Telefonnetzes. Außerdem wurden Heizungs- und Lüftungssystem in der so genannten neuen Weberei erneuert sowie ein Badehaus wie weitere Toiletten errichtet.³³

Der Erste Weltkrieg markierte eine Wende in der Geschichte des Unternehmens Fränkel. Die Hochphase der Vernetzung und Interaktion um 1900 ging infolge des Ersten Weltkrieges plötzlich zu Ende. Dies zeigt überdeutlich, dass Globalisierung keine lineare Erzählung von der immer größer werdenden Verdichtung der Welt ist. Sie wurde abgelöst von Distanzierung und Abschottung. Im Vergleich zur intensiven Vernetzung der Welt um 1900 erscheint die Phase zwischen 1914 und 1950 geradezu als eine Epoche der Deglobalisierung. Die europäischen Exporte von 1914 wurden erst nach 1945 erreicht.³⁴

Eines der Hauptprobleme für das Fränkel-Unternehmen im Ersten Weltkrieg bestand in der Versorgung mit Rohstoffen. Die Baumwolleinfuhren brachen ein, und die Lieferungen von Leinen waren während des Krieges streng reglementiert. Die Deutschen verfügten über große Lager mit diesem Rohstoff in Bremen. Darüber hinaus eroberten sie 1914 die Vorräte in Belgien und Nordfrankreich. Bis Mai 1915 wurde Baumwolle auch aus Südeuropa importiert. Die Dokumentensammlung aus dem Staatsarchiv in Oppeln spiegelt wider, welche Verhältnisse im Unternehmen der Fränkels während des Ersten Weltkrieges herrschten.³⁵ Die mit den Rohstoffen verbundenen Probleme konnten nur dank Zuteilungen im Rahmen der reglementierten staatlichen Lieferungen überwunden werden. Die Kriegsrohstoffabteilung (KRA) am Kriegsministerium unter der Leitung von Rathenau lieferte der Gesellschaft S. Fränkel in den sechs Wintermonaten 1916/1917 jeweils 14.300 kg vier unterschiedliche Sorten Leinengarn.³⁶

Das zweite Problem war mit Absatzmärkten verbunden. Sie befanden sich hauptsächlich in den Entente-Staaten: Belgien, Großbritannien, Australien, Japan und den USA. Den Absatz auf den Märkten neutraler Staaten konnten die von der britischen Blockade verursachten Verluste nicht ausgleichen. Schicke und teure Tischtücher fanden auch keine Abnehmer mehr am stark von der Kriegswirtschaft und seinen Folgen gekennzeichneten deutschen Markt, der seit langem von den Textilunternehmen Mittel- und Westdeutschlands beherrscht wurde.³⁷

³¹ Ebd., S. 81.

³² Fritz Frech, Franz Kampers (Hg.): *Schlesische Landeskunde*, Leipzig 1913, S. 426.

³³ Vgl. Baron, S. 81ff.

³⁴ Vgl. Harold James: *The End of Globalization: Lessons from the Great Depression*, Cambridge/Mass. 2001. Daten für die einzelnen Länder, die deutliche Unterschiede aufweisen, in: Ronald Findlay, Kevin H. O'Rourke: *Power and Plenty. Trade, War, and the World Economy in the Second Millennium*, Princeton 2007, S. 432.

³⁵ Archiwum Państwowe Opole, RO, Abt. I, Sign. 10012, S. 138f.

³⁶ Ebd., S. 174f.

³⁷ Vgl. Baron, S. 86.

Während des Ersten Weltkrieges – so zeigt eine Auswertung des von 1904 bis 1928 vorliegenden Inventar- und Rechnungsbuches – fielen zunächst die Gewinne im Jahr 1914 auf 878.808 Mark, um dann auf 1.163 870 Mark im Jahre 1915, 2.494.656 Mark im Jahre 1916 und 1.508.197 Mark im Jahre 1917 sowie 1.462.435 Mark im letzten Kriegsjahr 1918 zu steigen.³⁸ Grund für diesen Anstieg zwischen 1914 bis 1918 waren massenhafte Aufträge der Armee sowie die Inflation. Die Verluste nach dem Kriegsende (seit November 1918) können wiederum auf die fehlenden Auftragseingänge sowie den schrumpfenden Binnenmarkt zurückgeführt werden.

Welch einen Bruch der Erste Weltkrieg für das Fränkel-Unternehmen darstellte, zeigen die Produktionsdaten aus dem Jahre 1921. Die Produktion sank damals auf 1.275 Millionen lfd. Meter Tischtücher (dies sind 31 % der Vorkriegsproduktion) sowie 100 Millionen lfd. Meter Hand- und anderer Tücher (28 % der Vorkriegsproduktion). Der Anstieg bei der Verarbeitung von Leinengarn auf 400.000 lfd. Meter (entsprechend 200% der Vorkriegsproduktion)³⁹ resultierte hingegen – wie bereits erwähnt – aus dem infolge der Kriegshandlungen verwehrten Zugang zu Rohstoffmärkten und insbesondere zu Baumwolle.

Die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg, und hier besonders die Jahre von 1920 bis 1925, war ein für Max Pinkus sehr schwieriger Lebensabschnitt. Er konnte sich mit den neuen Verhältnissen nicht recht abfinden und kam mit der Nachkriegsordnung nie zurecht. Das Ende des Kaiserreiches, die Ausrufung der Republik, Revolutionen und die zunehmenden fremdenfeindlichen Tendenzen in der Gesellschaft, die schlesischen Aufstände sowie die Volksabstimmung im Jahre 1921 – all diese dramatischen Ereignisse erschütterten sein Weltbild, seine Vorstellungen von der gesellschaftlichen und politischen Ordnung.

Die Grenzverschiebungen schnitten das Unternehmen von den Spinnereibetrieben in Lichtenwerden (Svetlá Hora), Eipel (Upice) und Hronow ab, die nun zur Tschechoslowakischen Republik gehörten. Die noch bis 1920 bestehende britische Blockade ließ keinen nennenswerten Export zu. Außerdem musste das Unternehmen Zollgebühren entrichten, die von den neu entstandenen Staaten (vor allem der Tschechoslowakischen Republik) auferlegt wurden. Kosten verursachten auch die von der Weimarer Republik garantierten Sozialleistungen sowie die Konkurrenz auf dem damals noch wesentlich kleiner gewordenen deutschen Markt.⁴⁰

Dessen ungeachtet nahm Max Pinkus die Herausforderung an. Zunächst erweiterte die Fabrik das Angebot und produzierte mehr Erzeugnisse aus Halbleinen und Baumwolle. Es handelte sich dabei nach wie vor um Tischdecken, Servietten und Handtücher. Erhöht wurde ebenso die Produktion von zwei- und mehrfarbigen Erzeugnissen. In das Warensortiment nahm die Firma Kunstseide auf und bemühte sich zugleich, neue Sorten waschfester Textilien in den Produktionsprozess einzubinden. Die Zahl der produzierten Muster wurde genauso gesteigert wie die Verarbeitung von Baumwolle zur Produktion von Schlafanzügen und Nachthemden. Nachdem man den Import von russischem Leinen eingestellt hatte, versuchte Max Pinkus, eine eigene Leinenspinnerei bei der Bleicherei in Schönwalde (heute: Podlesie) sowie bei der Teppichfabrik in Katscher (heute: Kietrz) zu errichten. Außerdem unternahm Max Pinkus im Jahre 1923 eine Reise nach Südafrika, um dort die Möglichkeiten des Flachsbaus auszuloten. Dieser Versuch scheiterte jedoch genauso wie die Bemühungen, Flachs verstärkt in Schlesien anzubauen.⁴¹ Es gelang allerdings dem Unternehmer, zwei Betriebe zu übernehmen: die Schlesischen Flachswerke Kaundorf (polnisch: Kubice im heutigen Landkreis Ny-

³⁸ Ebd., S. 87.

³⁹ (Vorname unbekannt) Nitsche: Aus der Geschichte der Neustädter Industrie, in: Wir Schlesier, Jahrgang 13, Nr. 5, 1932/1933, S. 144.

⁴⁰ Norbert Slopecki: Rola prudnickiego ośrodka przemysłowego w rozwoju gospodarczym Śląska Opolskiego, in: Studia Śląskie. Seria Nowa, Bd. 6, 1963, S. 102-104).

⁴¹ Vgl. Baron, S. 93.

sa/Neiße) und die Spinnerei Vorwärts in Bielefeld. Aus den im Leo Baeck Institute aufbewahrten Quellen geht hervor, dass die Firma in Kaundorf spätestens 1922, die Spinnerei in Bielefeld spätestens 1925 von den Fränkels übernommen wurden.⁴²

Der im Jahr 1935 verfasste Bericht des Vorstandes der S. Fränkel-Aktiengesellschaft Neustadt spiegelt die Struktur der Rohstoffimporte wider. Demnach wurden von allen für das Unternehmen notwendigen Leinengarnlieferungen knapp 46% im Inland getätigt.⁴³ Am 3. Juni 1935 waren ca. 76% aller Baumwollgarnvorräte auf Lager inländischer Herkunft. Im Ausland – wie der Posten „Anzahlung“ zeigt – bezog das Fränkel-Unternehmen das Spinn-garn u. a. aus Belfast.⁴⁴ Die Auflistung der Schuldnerfirmen weist wiederum auf die Handels-partner des Unternehmens hin. Europa kommt hier eine dominante Rolle zu, was angesichts der Schrumpfung des Welthandels infolge der Weltwirtschaftskrise seit den späten 1920er Jahren nicht überrascht. Außerhalb des Kontinents gehörte Mittel- und Südamerika – hier vor allem Mexiko – mit ca. 5% zu den wichtigsten Außenpartnern des Unternehmens. Im Ver-gleich nahmen Ungarn mit knapp 38% und die Schweiz mit etwa 18% die überragende Stel-lung ein, wohingegen der Anteil Englands 6%, Frankreichs 9%, Belgiens 2% und Hollands 8% betrug.⁴⁵ Inwieweit hier eine Verschiebung zugunsten Europa im Vergleich mit der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg vorliegt, könnte erst die Analyse der Daten aus dem ausgehenden 19. und frühen 20. Jahrhundert zeigen.

Die Umstrukturierung des Warensortiments wurde von neuen Investitionen auf dem Fabrikgelände begleitet. Bereits im September 1919 begann man, Maschinen zu einem spe-ziellen Veredlungsverfahren für Baumwollen einzusetzen. Diese Anlagen trugen somit zu einer erheblichen Verbesserung der Qualität bei. Eine fachgerechte Nutzung der Maschinen erforderte wiederum den Bau neuer Hallen und eine wesentliche Erhöhung der von den elekt-rischen Anlagen der Fabrik bereitgestellten Leistung. In diesem Zusammenhang wurde zwi-schen 1922 und 1924 das fabriкеeigene Kraftwerk umgebaut. In denen beiden vorangegan-gen Jahren wurde der Mühlgraben zu einem Wasserkanal ausgebaut. Darüber hinaus wurde die Fabrik an das Stromnetz angeschlossen. Gleichzeitig erfolgte im Jahr 1922 die Errichtung eines Umspannwerkes mit Transformator auf dem Fabrikgelände. Im Jahre 1923 wurden die Anlagen der Appretur umgestaltet, zwei Jahre später die Manglelei ausgebaut.⁴⁶

Im Jahre 1925 ging Max Pinkus schließlich in den Ruhestand. Die Früchte der Um-strukturierung des Produktionsprofils und der vorgenommen Investitionsmaßnahmen zeigten sich erst danach: In den Geschäftsjahren 1927 und 1928 erreichte das Unternehmen S. Frän-kels erneut den Produktionsstand des Vorkriegsjahres 1913.⁴⁷

⁴² Ebd., S. S. 93f.

⁴³ Bericht des Vorstandes der S. Fränkel-Aktiengesellschaft Neustadt an den Aufsichtsrat über das erste Ge-schäftsjahr vom 4.12.1934 bis 30.06.1935, Neustadt 1935, S. 28, in: Archiwum Państwowe Opole, Abt. Lein-wand, Tischzeug und Frettierfabrik, S. Fraenkel, Nr. 1547, Sign. 176, 29.

⁴⁴ Ebd., S. 14, 19.

⁴⁵ Ebd., S. 22.

⁴⁶ Baron, S. 93ff.

⁴⁷ Ebd., S. 95.

Rudolf Götz

Grußwort und Eröffnungsrede für den zweiten Tag des Symposiums

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
es ist mir eine besondere Freude, den zweiten Tag des Symposiums „Schlesien in Europa“ zu eröffnen. Im Namen der Niedersächsischen Landesregierung darf ich Sie alle herzlich willkommen heißen und richte meinen besonderen Dank an den Tagungsleiter Herrn Prof. Carl-Hans Hauptmeyer sowie an die Referenten für ihre Teilnahme und ihre Beiträge.

Ich freue mich, dass es uns gelungen ist, hochgeschätzte Wissenschaftler zum Thema Schlesien aus Polen und dem gesamten Bundesgebiet für diese Tagung gewonnen zu haben. Sie alle äußern sich in ihren Referaten exemplarisch zu den Themen dieses Symposiums, zu Nachbarschaft, Beziehungsgeschichte und Kulturaustausch. Die Referenten werden uns auch heute wieder Interessantes und Nachdenkenswertes von der schlesischen Geschichte berichten. Dabei liegt der Fokus des heutigen Tages ganz auf den Geschehnissen des 20. Jahrhunderts.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
wie Sie den ausliegenden Programmen vielleicht schon entnommen haben, werden wir heute statt eines Vortrages zunächst mit einer Diskussionsrunde beginnen. Das Thema „Schlesien in der Zeit des Nationalsozialismus“ bildet den Auftakt für diesen zweiten Tag unseres Symposiums. Ich danke Herrn Prof. Schmiechen-Ackermann sehr dafür, dass er bereit war, kurzfristig die Moderation dieser Runde zu übernehmen. Im Anschluss daran werden wir von Dr. Musial hören, welche politischen Entscheidungen dazu führten, dass Schlesien nach dem 2. Weltkrieg Bestandteil Polens wurde. Danach werden sich gleich zwei Referate mit den Themen Flucht und Vertreibung auseinandersetzen. Zunächst wird Prof. Parisius über die Aufnahme der Vertriebenen in Niedersachsen in der Zeit von 1945 bis 1960/70 berichten. Er wird die Schwierigkeiten, die politischen und gesellschaftlichen Bemühungen der Integration



und ihre Erfolge beschreiben. Dr. Ziesow wird die Darstellung dieses Themas dann mit dem methodisch sehr interessanten Ansatz der Präsentation von Zeitzeugeninterviews bereichern. Mit seinem Vortrag über „Schlesien im Museum“ wird uns Dr. Bauer einen Einblick in die Kultur und Geschichte Schlesiens in deutschen und polnischen Museen nach 1945 geben. Im Anschluss daran werden Ergebnisse dieser Tagung zusammengefasst und mit Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren, diskutiert werden. Wir dürfen also sehr gespannt sein!

Diese Ergebnisse werden nicht nur inhaltlicher Art sein, sondern auch den aktuellen Stand der Forschung und ihre Tendenzen sowie bestehende Lücken reflektieren. Ferner werden die Kontroversen genannt und Ausblicke auf vermutete zukünftige Entwicklun-

gen gegeben werden. Jedoch erscheint mir eine kurze inhaltliche Zusammenfassung der gestrigen Vorträge an dieser Stelle durchaus angebracht.

Wir haben Vorträge über die Geschichte Schlesiens etwa ab dem Jahr 1000 n. Chr., über das Mittelalter, die Frühe Neuzeit und Neuzeit bis an die Schwelle des 20. Jahrhunderts gehört. Der einführende Vortrag von Prof. Weber über historische und aktuelle Wechselbeziehungen zwischen Niedersachsen und Schlesien hat uns eine Einleitung über die Verbindungen und Rückwirkungen in der Geschichte dieser Länder gegeben. Hier wurden durch die Jahrhunderte der Kontakt zwischen den Menschen, der Transport und der Austausch von materiellen Gütern und geistigen Strömungen sowie die vielfältigen politischen Beziehungen beleuchtet. Dabei wurde deutlich, in welchem hohem Maß Niedersachsen nach 1945 durch die Schlesier mitgeprägt wurde, wie sehr sie Teil der Identität dieses Landes wurden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
ich setze mich als Landesbeauftragter der niedersächsischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler für eben diesen bereichernden und gegenseitig befruchtenden Austausch auf politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Feldern ein. Das freundschaftliche Miteinander von Schlesiern und Niedersachsen, von Polen und Deutschen in einem gemeinsamen Europa, fußt unter anderem auch auf dem bestehenden, sich ständig bereichernden und gegenseitigem Transfer.

Herr Prof. Menzel hat in seinem Vortrag über die deutsche Besiedlung Schlesiens seit Ausgang des 12. Jahrhunderts über deren ausschlaggebende Momente und Entwicklungen berichtet. Vor allem die schlesischen Piasten als Landesherrn betrieben unter Einbindung des Adels und der Kirche die deutsche Besiedlung. Wie wir gehört haben, waren es v. a. ein fürstliches Exil, die zwei Klostergründungen von Leubus und Trebnitz sowie die uns allen bekannte bairische Fürstentochter Hedwig von Andechs, die spätere schlesische Namenspatronin St. Hedwig, die am Beginn der deutschen Besiedlung standen. Zunächst ging diese hauptsächlich auf dem Lande von statten, dann verstärkte eine wachsende Zahl deutscher Städte die Besiedlung. Um 1300 war diese Entwicklung abgeschlossen und hatte das Gesicht des Landes verändert: Es gab weit mehr und effektiver genutzte Ackerflächen, 1.000 Dörfer und 100 Städte, sowie eine Vielzahl von Kirchen und Klöstern, die gegründet worden waren. In der Zeit von 1200 bis 1340 hatte sich die Bevölkerungszahl Schlesiens verfünffacht.

Im Anschluss daran hat Herr Dr. Schmilewski in seinem Referat über die „Stadtentwicklung in Schlesien unter besonderer Berücksichtigung historischer Städteatlanten“ darauf hingewiesen, dass die abendländisch-europäische Stadt als eigene, sich selbst verwaltende Reichskörperschaft, im Zuge der deutschen Ostsiedlung nach Schlesien kam. Die Stadtanlage erfolgte hier nach dem Idealplan eines gitterförmigen Straßennetzes mit großem Marktplatz, wobei jedoch geografische Gegebenheiten berücksichtigt und slawische Altsiedlungen beachtet wurden. Vorrangig wurden die Städte an Flussläufen und Handelsstraßen geplant. Die Stadt war für die sie umgebenden Dörfer Verwaltungs-, Rechts- und Wirtschaftszentrum. Das so bis Ende des 13. Jahrhunderts entstandene Städtennetz ist bis heute grundlegend und hat nur geringe Ergänzungen erfahren. Das Gesicht der Stadt änderte sich dabei im Laufe der Jahrhunderte durch die Krisen und Kriege, durch politische Reformen und wirtschaftliche Entwicklungen. Die historischen Städteatlanten zur Erforschung der Entwicklung der europäischen Stadt sind transnationale Forschungsobjekte und liefern wichtige Erkenntnisse zu dieser Thematik.

Herr Prof. Bahlcke hat mit seinem Vortrag über „schlesische Studenten an europäischen Universitäten der Frühen Neuzeit“ anhand der Themen Bildungswege, Wissenstransfer und Kommunikation vom 16. bis 18. Jahrhundert vielfältige Einblicke und Einsichten in die Beziehungsgeschichte Schlesiens zu seinen europäischen Nachbarn vermittelt. Schlesien besaß bis Anfang des 18. Jahrhunderts keine eigene Universität. Ausschlaggebend hierfür waren

die politischen Differenzen zwischen Land und Dynastie, der binnenschlesische Regionalismus und die spezifische konfessionelle Situation. Daher waren die angehenden Studenten gezwungen, außerhalb der Landesgrenzen an deutschen oder europäischen Hochschulen zu studieren. Dieser Zwang hatte durchaus seine positiven Effekte: Die Erweiterung des eigenen Horizontes, das Kennenlernen unterschiedlicher politischer Systeme und geistiger Strömungen und die Herstellung wichtiger Kontakte: eine frühneuzeitliche Form des Networking. Dieser Austausch war es, der maßgeblich zur Verbreitung der Aufklärung beitrug.

Schließlich hat Dr. Adamczyk mit seinem Porträt über den schlesischen Unternehmer Max Pinkus uns über die enormen Reichweiten geschäftlicher Verbindung im Zeitalter der Globalisierung an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert informiert. Pinkus, der Reisen nach Ägypten, Indien, Ceylon, Japan und Südafrika unternahm, ist ein Beispiel für die ökonomisch-globale Vernetzung des Kaiserreichs vor dem Ersten Weltkrieg und auch für das Bewusstsein von der Welt als zusammenhängendem Ort. Die Muster seines Textilunternehmens eroberten die Welt und taten überall neue Absatzmärkte auf, bis nach Japan und Australien.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
Sie sind auch heute wieder herzlich dazu eingeladen, sich an den Diskussionen zu beteiligen und mit Ihren Beiträgen diese Tagung zu bereichern. Ich freue mich darauf, diese Veranstaltung mit Ihnen allen fortzusetzen, bestehende Kenntnisse zu vertiefen, neue Erkenntnisse zu gewinnen und auf anregenden Austausch.

Vielen Dank!

Bogdan Musial

Wie wurde Schlesien polnisch? Die geopolitischen Entscheidungen

Am 17. März 1945 empfing Stalin in seinem Kremnkabinett Wjatscheslaw Molotow und Georgi Dimitrow, den ehemaligen Chef der im Frühjahr 1943 aufgelösten Komintern. Die Herren unterhielten sich über Fragen, die das Schicksal Deutschlands nach dem Krieg betrafen. Dimitrow machte später Notizen in seinem Tagebuch und notierte abschließend: „Schlesien geht an Polen, zusammen mit Pommern und Danzig.“¹ Dies bedeutete eine Verschiebung der westlichen Vorkriegsgrenze Polens um 200 km nach Westen auf Kosten Deutschlands, wobei Polen seine Ostgebiete zugunsten der Sowjetunion verlor, was bereits im Sommer 1944 endgültig vollzogen worden war.

Entscheidende Rolle bei der Westverschiebung Polens bis zur Oder-Lausitzer Neiße-Linie spielte Stalin, der kommunistische Diktator in Moskau. Er traf die Entscheidungen und legte persönlich die heutige deutsch-polnische Grenze fest, genauso wie die übrigen polnischen Staatsgrenzen. Das ist eine Tatsache, die jedoch weder in Polen noch in Deutschland allgemein anerkannt wird. Für die Betroffenen mag es zwar wenig Unterschied machen, aus welchem Grund sie ihre Heimat verloren. Für die historische Betrachtung und Einordnung dieser Ereignisse sind jedoch die Genese und Entschlussbildung von entscheidender Bedeutung.

Stalins Kriegsziel – die nachhaltige Schwächung Deutschlands

Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 beendete jäh das deutsch-sowjetische Bündnis und die Waffenbrüderschaft beider Länder. Deutschland mit seinem Wirtschafts- und Menschenpotenzial verwandelte sich in den Augen Stalins vom unverzichtbaren Partner bei der Weltrevolution zum Hauptfeind der Sowjetunion und bald gar zur Bestie.

In den ersten Monaten nach dem 22. Juni 1941 hatte Stalin kaum Zeit, sich ausführlich mit dem künftigen Schicksal Deutschlands zu befassen. Es galt zunächst, die eigene Front zu stabilisieren, den deutschen Aufmarsch aufzuhalten und die Kriegswirtschaft zu organisieren. Außenpolitisch



ging es darum, so schnell wie möglich neue Verbündete zu finden und mit ihnen gegen Deutschland gerichtete Bündnisse zu schließen, um sich militärische wie wirtschaftliche Hilfe zu sichern und eine Entlastung der eigenen Front zu erreichen.

Nichtsdestotrotz machte sich Stalin bereits früh Gedanken über die künftige Behandlung Deutschlands. Das vorrangige Ziel, dem alles untergeordnet wurde, war selbstverständlich die militärische Niederwerfung Deutschlands. Gleichwohl kristallisierte sich früh als Kriegsziel die nachhaltige Schwächung Deutschlands heraus. Zu diesem Zweck beabsichtigte Stalin, Deutschland in mehrere Staaten aufzuteilen, die deutschen Siedlungsgebiete „zurückzudrängen“ und die deutsche Industrie zu zerschlagen. Zudem erwog er ernsthaft, die

¹ The Diary of Georgi Dimitrov 1933 – 1949. Introduced and edited by Ivo Banac, Yale University Press, New Haven & London 2003, S. 363.

deutschen Führungseliten, oder zumindest Teile von ihnen, zu liquidieren.² Die gesamte deutsche Bevölkerung (80 Millionen Menschen) „umzusiedeln“, wie sowjetische Kommunisten es mit kleineren sozialen und ethnischen Gruppen seit 1930 praktiziert hatten, war dagegen allein aus technisch-organisatorischen Gründen nicht durchführbar.

Die Westalliierten stimmten während des Krieges mit Stalin überein, dass Deutschland nachhaltig geschwächt werden müsse, um den Frieden in Europa für die nächsten Jahrzehnte zu sichern. Auch in der Wahl der Mittel herrschte während des Krieges zwischen Stalin und seinen neuen Verbündeten weitgehend Einigkeit. Dabei hatte die Lage an den Fronten großen Einfluss auf die sowjetisch-britisch-amerikanischen Verhandlungen über die Zukunft Deutschlands und der übrigen Staaten Mittel- und Osteuropas. Doch Stalin war stets derjenige, der vorpreschte und die radikalsten Lösungen unterbreitete, die er letztlich auch größtenteils durchsetzte.³

„Die Frage der Grenzen werden wir mit Gewalt entscheiden“

Im Dezember 1941 reiste der britische Außenminister Anthony Eden nach Moskau, um vor Ort über eine britisch-sowjetische Vereinbarung zu verhandeln. Gleich bei der ersten Begegnung mit Eden am 16. Dezember 1941 erklärte er, dass es wünschenswert wäre, dem britisch-sowjetischen Vertrag ein Geheimprotokoll beizufügen, das einen allgemeinen Plan für die Reorganisation der europäischen Grenzen beinhalte. Eden hatte nichts dagegen, und Stalin unterbreitete seine diesbezüglichen Vorstellungen. Im Hinblick auf Deutschland erklärte Stalin laut sowjetischem Protokoll, „daß es absolut notwendig sei, Deutschland zu schwächen, in erster Linie durch Abtrennung der Rheinprovinz mit ihrem Industriegebiet vom restlichen Preußen. [...] Österreich soll als unabhängiger Staat wiederhergestellt werden. Möglicherweise sollte dies auch mit Bayern geschehen.“⁴

Stalin vertrat auch den Standpunkt, dass die Westgrenze Polens Ostpreußen und den Korridor⁵ einschließen müsse, „wobei die deutsche Bevölkerung dieser Gebiete nach Deutschland evakuiert werden solle“. Zugleich habe Polen auf seine Ostgebiete zugunsten der Sowjetunion zu verzichten, so Stalin. Eden hielt sich im Hinblick auf diese Vorschläge zurück und erklärte, dass die britische Regierung diese Frage noch nicht geprüft und auch keine Entscheidungen getroffen habe. Stalin erklärte Eden dabei auch, Polen solle man *alle Gebiete bis zur Oder* überlassen, das übrige aber könne Preußen bleiben.“⁶ Es handelte sich also nach Stalin nicht nur um Ostpreußen und den Korridor, sondern um die gesamten deutschen Ostgebiete östlich der Oder, die Deutschland zugunsten Polens verlieren sollte, wobei ihre deutschen Einwohner zu „evakuieren“ wären.

² Bogdan Musial, *Stalins Beutezug. Die Plünderung Deutschlands und der Aufstieg der Sowjetunion zur Weltmacht*, Berlin 2010, S. 237-245.

³ Jochen Laufer, *Pax Sovietica. Stalin, die Westmächte und die deutsche Frage 1941-1945*, Köln /Weimer/Wien 2009.

⁴ Aufzeichnung der Unterredungen bei den Begegnungen der Genossen Stalin und Molotow mit Eden vom 16. bis 20.12.1941, veröffentlicht in: *Die UdSSR und die deutsche Frage 1941-1948. Dokumente aus dem Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation*, hg. von Jochen P. Laufer und Georgij P. Kynin, Band 1, Berlin 2004, S. 19-30, hier S. 21.

⁵ Es handelt sich um den sogenannten „polnischen Korridor“, einen 40-90 km breiten Landstreifen entlang des Unterlaufs der Weichsel, der dem Zwischenkriegspolen den Zugang zum Meer sicherte. Zugleich trennte der Korridor Ostpreußen von den übrigen deutschen Territorien.

⁶ Aufzeichnung der Unterredungen bei den Begegnungen Stalins und Molotows mit Eden vom 16. bis 20. Dezember 1941, veröffentlicht in: *Die UdSSR und die deutsche Frage*, Bd. 1, S. 19-30, hier S. 19, 25.

Die sowjetisch-britischen Verhandlungen vom Dezember 1941 endeten ergebnislos

Am 19. Mai 1942 reiste Molotow nach London, um die Verhandlungen über den britisch-sowjetischen Bündnisvertrag zum Abschluss zu bringen. Die britische Seite bestand jedoch darauf, die Frage der Grenzen aus dem Vertrag auszuklammern. Stalin gab sich nachgiebig.⁷ Am 24. Mai telegraphierte er an Molotow nach London und erklärte, dass dies „wahrscheinlich“ gar nicht schlecht sei, „denn dadurch behalten wir freie Hand. *Die Frage der Grenzen*, oder besser die Sicherheitsgarantien für unsere Grenzen in diesem oder jenem Teil unseres Landes, *werden wir mit Gewalt entscheiden*.“⁸

Zwei Tage später, am 26. Mai, unterzeichneten Molotow und Eden den sowjetisch-britischen Bündnisvertrag, der die Grenzfragen in der Tat ausklammerte, und Molotow flog anschließend weiter nach Washington. Während der Verhandlungen in Washington sprach Molotow die Grenzfragen nicht mehr an.⁹

In den nächsten Monaten tat sich wenig in der Frage der künftigen sowjetischen und deutschen Grenzen. Stalin war konfrontiert mit dem deutschen Großangriff im Süden, und über der Sowjetunion und dem kommunistischen Regime schwebte erneut das Menetekel der totalen Niederlage. Deutsche Truppen stießen bis zur Wolga vor und nahmen die wichtige Stadt Stalingrad ein. Doch am 19. November 1942 wendete sich das Blatt. An diesem Tag startete die Rote Armee einen Gegenangriff und konnte innerhalb von wenigen Tagen die deutsche 6. Armee vom Nachschub abschneiden und in Stalingrad einkesseln. Nach ausgesprochen harten und blutigen Kämpfen kapitulierten die Reste der 6. Armee am 2. Februar 1943. Die bis dahin größte deutsche Niederlage während des Zweiten Weltkrieges war perfekt, sie markiert den psychologischen Wendepunkt im deutsch-sowjetischen Krieg, ja im Zweiten Weltkrieg schlechthin.

Parallel zu den militärischen Erfolgen im Spätherbst 1942 wuchs das Selbstbewusstsein Stalins und seiner Genossen wieder. Abermals begann die Frage der künftigen Grenzen und der weiteren Expansion eine wichtige Rolle im Kreml zu spielen. Und mit der deutschen Frage untrennbar verbunden war die polnische, die ab Anfang 1943 nach der Wende an der Ostfront zunehmend an Bedeutung gewann.

Stalins Deutschlandpläne und die polnische Frage

In den 1920er Jahren kam Deutschland mit seinem Industriepotenzial und der deutschen „Arbeiterklasse“, beide im europäischen Vergleich führend, in den Plänen der Bolschewiken für die Weltrevolution eine Schlüsselrolle zu. Polen hingegen galt nicht nur als Hauptfeind der Sowjetunion, sondern auch der künftigen deutschen Revolution. Daraus resultierte eine besondere Feindschaft des sowjetischen Regimes gegenüber den Polen und der polnischen Minderheit in der Sowjetunion, die während der 1930er Jahre unter dem sowjetischen Massenterror besonders gelitten hatte, ähnlich wie später die deutsche Minderheit.¹⁰

Daher überrascht es nicht weiter, dass die Sowjetunion in den 1920er und 1930er Jahren die deutschen Gebietsforderungen an Polen (Oberschlesien, Danziger Korridor mit Danzig) unterstützte. Für sich beanspruchte die Sowjetunion die damaligen Ostgebiete Polens. Die

⁷ Ausführlich Laufer, *Pax Sovietica*, S. 130-173.

⁸ Telegramm aus Moskau an Molotow, erhalten in London am 24.5.1942 um 18:30 Uhr, veröffentlicht in: O. A. Rževskij (Hg), *Stalin i Čerčill. Vstreči. Besedy. Diskussii*, Moskau 2004, S. 157, allerdings ohne Signaturangaben (Hervorhebung B.M.); vgl. auch Laufer, *Pax Sovietica*, S. 167, und seine leicht abweichende Übersetzung. Der hier angeführte letzte Satz lautet im russischen Original: „Vopros o granicach, ili skoree o garantiach bezopasnosti našich granic na tom ili inom učastke našej strany, budem rešat‘ siloj.“

⁹ Laufer, *Pax Sovietica*, S. 167-178.

¹⁰ Ausführlich Musial, *Kampfplatz*, S. 23-67, 292-301.

relativ wenigen polnischen Kommunisten unterstützten sowohl die sowjetischen als auch die deutschen Forderungen, weil die Moskauer Direktiven dies verlangten. Die kommunistische Propaganda und „Historiografie“ haben diesen Aspekt nach 1945 systematisch aus dem öffentlichen Diskurs verdrängt. Auch die heutige deutsche und die postkommunistische polnische Forschung übergehen ihn.¹¹

Im Sommer 1939 einigten sich die Sowjetunion und das nationalsozialistische Deutschland darauf, den polnischen Staat von der Landkarte verschwinden zu lassen und seine nationalen Führungsschichten physisch zu vernichten. Sie teilten Polen entlang der Ribbentrop-Molotow-Linie (weitgehend entlang des Flusses Bug) auf und bedienten sich in ihren jeweiligen Besatzungsgebieten des Massenterrors (Massenerschießungen, Deportationen, KZ und Zwangsarbeit), um dieses Ziel zu erreichen. Der Massenmord an polnischen Offizieren und Angehörigen der polnischen Intelligenz im April 1940 (Katyn-Mord) entsprang diesen Überlegungen. Ähnlich dachten und handelten die deutschen Besatzer Polens.¹²

Nach dem 22. Juni 1941 sah sich Stalin veranlasst, seine Polenpolitik von Grund auf zu revidieren. Einen Monat später nahmen die polnische Exilregierung und die Sowjetunion diplomatische Beziehungen auf. Am 30. Juli unterzeichneten Władysław Sikorski und der sowjetische Botschafter in Großbritannien Iwan Maiski in London die polnisch-sowjetische Vereinbarung über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen und die Bildung einer polnischen Armee in der UdSSR. Mit einem Schlag wurde die Sowjetunion vom Todfeind Polens zu dessen Verbündeten.

Die Sowjetunion erklärte in dieser Abmachung die vierte Teilung Polens vom August 1939 für nichtig, ohne jedoch auf die damals annektierten Gebiete ausdrücklich zu verzichten. Ferner entließ Stalin, wie vereinbart, Abertausende von Polen aus den kommunistischen Konzentrations- und Kriegsgefangenenlagern, sofern sie nicht ermordet worden waren, und aus der Verbannung. Eine polnische Armee aus den ehemaligen Deportierten und Lagerinsassen wurde auf sowjetischem Boden aufgestellt. Sie verließ jedoch im Jahr 1942 das sowjetische Territorium und marschierte über den Iran in den Nahen Osten, unter britische Obhut.¹³

Mit der militärischen Wende an der Front zugunsten der Roten Armee wandelte die sowjetische Polenpolitik sich jedoch erneut. Spätestens ab der Jahreswende 1942/43 bestimmten der Wunsch nach Sicherung der territorialen Eroberungen vom Herbst 1939 und die weiteren Expansionspläne die sowjetische Haltung in der Polenfrage. Die neuerliche Annektierung der ehemaligen ostpolnischen Gebiete war aus Sicht Stalins längst beschlossene Sache. Der Verzicht darauf stand nie zur Debatte.

In Bezug auf die politische Gestalt eines künftigen polnischen Staates kristallisierte sich spätestens ab Anfang 1943 im Kreml der Plan heraus, Polen durch die Installierung eines sowjethörigen kommunistischen Regimes zunächst indirekt zu sowjetisieren. Am 1. März 1943 ließ Stalin in Moskau den „Verband Polnischer Patrioten“ (*Związek Patriotów Polskich* = ZPP) gründen. Seine Führung setzte sich aus sowjethörigen Kommunisten zusammen, die von ihren sowjetischen Auftraggebern sorgfältig ausgewählt und überprüft worden waren. Aus ihnen rekrutierten sich die „Führungseliten“ Polens nach 1945.¹⁴

Ende April 1943 brach die Sowjetunion die diplomatischen Beziehungen zur polnischen Exilregierung ab. Als Vorwand diente Stalin die polnische Forderung, die soeben von den Deutschen entdeckten Massengräber bei Katyn durch eine unabhängige Kommission des

¹¹ Ebenda; Bogdan Musiał (Hg.), *Przewrót majowy w oczach Kremla*, Warschau 2009, S. 11-32.

¹² Vgl. dazu Bogdan Musiał: „Das Schlachtfeld zweiter totalitärer Systeme. Polen unter deutscher und sowjetischer Herrschaft 1939 – 1941“, in: *Genesis des Genozids. Polen 1939 – 1944*, hg. von Klaus-Michael Mallmann und Bogdan Musiał, Darmstadt 2004, S. 13-35.

¹³ Ausführlich u. a. Paweł Wieczorkiewicz, *Historia polityczna Polski 1939-1945*, Warszawa 2005, S. 227-239.

¹⁴ Wieczorkiewicz, *Historia polityczna Polski*, S. 363-385.

Internationalen Komitees vom Roten Kreuz untersuchen zu lassen. Mit der Aufkündigung der Beziehungen zur polnischen Exilregierung verschaffte Stalin sich endgültig freie Hand in der Gestaltung der polnischen Frage.¹⁵

Die absolut hörigen polnischen Kommunisten, die selbst von sowjetischen Anführern intern als „unsere Agenten“ bezeichnet wurden¹⁶, hatten beim Aufbau des künftigen Polen die entscheidende Rolle zu spielen. Es handelte sich um Mitglieder der im Jahr 1938 aufgelösten Kommunistischen Partei Polens (KPP), der Kommunistischen Partei der Westukraine (KPZU) und der Kommunistischen Partei Westweißrusslands (KPZB). Diese Parteien waren in Wirklichkeit Auslandsorganisation der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und teilweise des sowjetischen Geheimdienstes.

Ab Januar 1942 operierte im damaligen Zentralpolen die PPR (Polnische Arbeiterpartei), die im August 1941 auf Stalins Befehl durch NKWD und Komintern gebildet worden war. Diese stalinistische Organisation hatte ursprünglich den Auftrag, im sowjetischen Interesse einen Partisanenkrieg in Polen zu entfachen und gleichzeitig gegen die nichtkommunistischen Kräfte vorzugehen.¹⁷

Ende Dezember 1943, nach der Konferenz von Teheran, beschloss Stalin, Vorbereitungen zur Bildung einer „polnischen Interimsregierung“ zu treffen, in der polnische Kommunisten, das heißt „sowjetische Agenten“, die entscheidende Rolle spielen sollten. Auch Nichtkommunisten, die bereit waren, sich den Kommunisten und deren sowjetischen Auftraggebern bedingungslos unterzuordnen, sollten einbezogen werden.

Die PPR erhielt von Stalin den Auftrag, die Macht in Polen zu übernehmen und sie in Stalins Namen auszuüben, im Land ein kommunistisches System sowjetischer Prägung einzuführen und es mittel- bzw. langfristig vollends zu sowjetisieren. Die Strukturen des polnischen Untergrundstaates, des größten im deutsch besetzten Europa, waren dagegen zu vernichten. Dafür sorgten die sowjetischen Auftraggeber selbst, denn die zahlenmäßig schwachen einheimischen Kommunisten wären dazu unter keinen Umständen in der Lage gewesen.

Vor diesem Hintergrund erscheint die Haltung Stalins gegenüber dem Warschauer Aufstand, der am 1. August 1944 ausgebrochen war, nachvollziehbar, verweigerte er doch den Aufständischen jegliche Hilfe und überließ es den Deutschen, die angeblichen „Usurpatoren“ und „Abenteurer“ zu vernichten. Während deutsche Truppen den Aufstand blutig niederschlugen und die polnische Hauptstadt anschließend auf Befehl Hitlers dem Erdboden gleich machten, gingen die Sowjets mit ihren Organen und unterstützt von kommunistischen Kollaborateuren in den nun „befreiten“ Teilen Zentralpolens gewaltsam gegen die „Heimarmee“ (*Armia Krajowa*) und die Strukturen des polnischen Untergrundstaates vor.¹⁸

¹⁵ Vgl. u. a. ebda., S. 260-280.

¹⁶ Als „sowjetische Agenten“ bezeichnete Pantalejmon Ponomarenko, Stalins Statthalter in Weißrussland, die „polnischen“ Kommunisten in seiner Denkschrift „Haltung der Polen und manche unserer Aufgaben“ vom 20.1.1943, die an Stalin und seine engsten Mitarbeiter gerichtet war: RGASPI, f. 69, op. 1, d. 25, Bl. 27-30, hier Bl. 30, abgedruckt in polnischer Übersetzung in: Bogdan Musiał: „Memorandum Pantelejmona Ponomarienki z 20 stycznia 1943 r.: 'O zachowaniu się Polaków i niektórych naszych zadaniach'“, in: *Pamięć i Sprawiedliwość* 2006/1 (9), S. 379-385, hier S. 385.

¹⁷ Zuletzt ausführlich und grundlegend Piotr Gontarczyk: *Polska Partia Robotnicza. Droga do władzy 1941-1944*, Warschau 2003.

¹⁸ Im Oktober 1944 wurde die 64. NKWD-Division formiert, deren Hauptaufgabe darin bestand, den polnischen nichtkommunistischen Untergrund (insbesondere die „Heimarmee“) zu bekämpfen. Bis Ende 1944 verhafteten Einheiten dieser Division 16 820 Personen, darunter 2604 Soldaten der „Heimarmee“, 691 Fahnenflüchtige der polnischen Armee und 1083 Militärdienstverweigerer (Chmielarz Andrzej: „Działania 64 dywizji Wojsk Wewnętrznych NKWD przeciwko polskiemu podziemi“, in: Ajnenkiel Andrzej (Hg.): *Wojna domowa czy nowa okupacja? Polska po roku 1944*, Wrocław, Warschau/Krakau 1998, S. 73-81).

Die ehemaligen ostpolnischen Gebiete dagegen wurden der Sowjetunion wieder eingegliedert und gewaltsam sowjetisiert. Öffentliche und geheime Exekutionen, Razzien, Verschleppungen zur Zwangsarbeit und Deportationen waren dort an der Tagesordnung.¹⁹

„Sollen doch die Deutschen Platz machen“ – Westverschiebung Polens auf Deutschlands Kosten

Auf ihrer Konferenz in Teheran (28. November bis 1. Dezember 1943) einigten sich die drei Großmächte unter Ausschluss Polens darauf, dass die Sowjetunion die im Herbst 1939 erbeuteten polnischen Ostgebiete behalten dürfe. Die Grundlage für die künftige Grenzziehung stellte die Ribbentrop-Molotow-Linie von 1939 dar. Jedoch aus Gründen der Political Correctness erklärten die Großmächte, dass die Grundlage für die Festlegung der polnisch-sowjetischen Grenze nicht die Ribbentrop-Molotow-Linie gewesen sei, sondern die sogenannte Curzon-Linie von 1919, benannt nach Lord Curzon, dem damaligen britischen Außenminister.²⁰

In Teheran waren sich die drei Großmächte auch einig, dass Polen auf Kosten Deutschlands entschädigt werden müsse. Man verständigte sich darauf, dass die deutsch-polnische Grenze entlang der Oder verlaufen werde, was Stalin bereits im Dezember 1941 ins Spiel gebracht hatte. Churchill verpflichtete sich zugleich, die polnische Exilregierung in London zu dieser Lösung zu überzeugen.²¹

Jedoch Stalins Absichten hinsichtlich der deutsch-polnischen Grenze gingen in Wirklichkeit weiter. Am 28. April 1944, fünf Monate nach der Konferenz von Potsdam, empfing Stalin Stanisław Orlemański, einen prosowjetischen polnischen Priester aus den USA.²² Laut sowjetischem Protokoll erklärte Stalin:

„Er, Stalin, wurde in Teheran von Roosevelt und Churchill über die polnische Westgrenze befragt. Er, Genosse Stalin, erklärte zusammen mit Molotov, dass unserer Meinung nach die westliche Grenze Polens entlang der Oder und sogar nicht wenig westlich der Oder verlaufen soll. Gut wäre es, Stettin – ein guter Hafen – Polen einzugliedern, und vielleicht auch Breslau. [...] Das ist unsere Haltung. Das, was er, Genosse Stalin, vorgeschlagen hat, ist kein platonischer Wunsch. Wir werden darum kämpfen, dass Polen diese Gebiete bekommt.“²³

Die „polnischen Patrioten“ in Moskau, die künftigen Machthaber von Moskaus Gnaden in Polen, konnten selbstverständlich keine andere Meinung haben als Stalin. Eine Diskussion darüber kam für sie überhaupt nicht in Frage, ihr Auftrag bestand darin, die Meinung und Beschlüsse Stalins nach außen als eigene Auffassung und Entscheidungen darzustellen. Dies gehörte zum Spiel.

¹⁹ Ausführlich Jan Szumski: *Sowietyzacja zachodniej Białorusi 1944-1953. Propaganda i edukacja w służbie ideologii*, Krakau 2010.

²⁰ Die Curzon-Linie verlief nördlich und südlich von Brest-Litowsk und im Süden etwa 60 km östlich von Lemberg. Damit kämen zwar Wilna, das Wilnagebiet und Gebiete um Lida und Grodno, die mehrheitlich von polnischsprachiger Bevölkerung bewohnt waren, an Sowjetrußland bzw. Litauen, Lemberg bliebe jedoch polnisch. Nur im mittleren Abschnitt stimmte die Curzon-Linie, welche die Bolschewiken im Jahr 1920 ohnehin abgelehnt hatten, weil sie damals auf die vollständige Sowjetisierung Polens setzten, mit der Ribbentrop-Molotow-Linie überein (Musiał, *Stalins Beutezug*, S. 196-198).

²¹ Musiał, *Stalins Beutezug*, S. 198 f.

²² Über Stanisław Orlemańskis Aktivitäten ist wenig bekannt, außer dass er prosowjetisch war und die polnische Vorkriegs- und Exilregierung sowie die katholische Kirche als Institution sehr stark kritisierte. Stalin spielte mit dem Gedanken, Orlemański in die „polnische Interimsregierung“ einzubeziehen, ließ aber diese Idee schnell fallen.

²³ Protokoll des Gesprächs zwischen Stalin und Stanisław Orlemański am 28.4.1944, angefertigt von Pawlow: RGASPI, f. 558, op. 11, d. 354, Bl. 37-43, hier Bl. 41.

Rund 20 Tage nach dem Gespräch mit Orlemański, am 17. Mai 1944, hatte Stalin eine Unterredung mit Oskar Lange. Lange war polnischer Wirtschaftswissenschaftler deutscher Herkunft, arbeitete seit 1937 in den USA und war ein sowjetischer Agent.²⁴ Stalin und Lange unterhielten sich u. a. über die Frage der künftigen deutsch-polnischen Grenze:

„Lange sagt, dass er eine Frage hat. Er möchte wissen, ob Stalin nicht der Meinung ist, dass die Forderungen, Schlesien und deutsche Territorien bis zur Oder Polen einzugliedern, die Mitglieder des Verbandes der polnischen Patrioten aufstellen, nicht zu weit gehen, ob diese Forderungen realistisch sind. Dies hängt ja mit der Lösung des deutschen Problems zusammen, mit der Einbeziehung Deutschlands in das europäische System.

Genosse Stalin sagt, dass diese Frage in Teheran erörtert wurde. Formale Entscheidungen wurden nicht getroffen. Er, Stalin, wies darauf hin, dass man Polen Stettin und Breslau eingliedern könnte. Churchill sagte, dass man [dadurch] einen guten polnischen Staat bekäme, und fragte, ob die Sowjetunion helfen würde, so ein Polen zu errichten. Er, Stalin, antwortete, dass die Sowjetunion Polen helfen werde, diese Gebiete zu bekommen. Man sprach darüber als über einen der *Teil der allgemeinen Frage, wie Deutschland zu schwächen ist*. [...]

Lange sagt, dass unter diesen Umständen die Lage Polens klar erscheint. Er, Lange, möchte aber nach der Meinung von Stalin fragen, was man mit den Deutschen in Polen machen soll. Polnische Soldaten sagen, dass man die Deutschen aus Polen aussiedeln solle.

Genosse Stalin sagt, dass wir [die Sowjetunion] einen Teil der Deutschen zu uns zur Arbeit nehmen. Einen Teil der Deutschen kann man nach Südamerika schicken. *Sollen doch die Deutschen Platz machen*. Sie sind es ja, die die ganze Welt zwingen, Platz zu machen.“²⁵

Am 26. Juli 1944 unterschrieb die von Stalin eingerichtete provisorische Regierung Polens (Polnisches Komitee für Nationale Befreiung, fortan PKWN) den polnisch-sowjetischen Vertrag, der die Machtverhältnisse in Polen und die Ostgrenzen Polens regulierte. In einem geheimen Zusatzprotokoll verpflichtete sich Stalin, sich für eine Westgrenze Polens einzusetzen, die entlang der Oder-Neiße-Linie verlaufen würde.²⁶ Zu diesem Zeitpunkt meinte Stalin die Glatzer Neiße und nicht die Lausitzer Neiße, an der die deutsch-polnische Grenze heute verläuft. Die Glatzer Neiße mündet etwa 50 km südöstlich von Breslau in die Oder.

Im ehemaligen Parteiarchiv in Moskau befindet sich eine russische Karte Deutschlands mit von Stalin persönlich gezogenen Grenzenverläufen. Auf dieser Karte markierte er die deutsch-polnische Grenze von der Ostseeküste westlich von Stettin bis zur Oder, weiter entlang der Oder bis zu dem Städtchen Ohlau (heute Oława, 25 km südöstlich von Breslau) und von dort entlang des Flusses Ohle (heute Oława) bis zur tschechischen Grenze. Den offenkundig von ihm früher eingezeichneten Grenzverlauf entlang der Glatzer Neiße, die etwa 30 km östlich der Ohle fließt, hatte Stalin durchgestrichen. Somit wäre ganz Niederschlesien mit Breslau deutsch geblieben, ausgenommen das Gebiet um das Städtchen Glatz, das Stalin Tschechien zuschlagen wollte.²⁷

²⁴ Sławomir Cenckiewicz, „Oskar Lange po stronie Sowietów”, in: Sławomir Cenckiewicz, *Śladami bezpieki i partii. Studia – źródła – publicystyka*, Łomianki 2009, S. 689-694; Wieczorkiewicz, *Historia polityczna Polski*, S. 381.

²⁵ Protokoll des Gesprächs zwischen Stalin, Molotow und Oskar Lange vom 17.05.1944, angefertigt von Pawlow: ebenda, Bl. 58-69, hier Bl. 62 f. (Hervorhebung B. M.).

²⁶ Wieczorkiewicz, *Historia polityczna Polski*, S. 383-385.

²⁷ Karte Deutschland und Polen mit Stalins Anmerkungen, undatiert (Sommer 1944, nach dem 15.7.1944): RGASPI, f. 558, op. 11, d. 536, Bl. 1; Bogdan Musiał: „Die Rechnung Stalins ging auf“, in: *Frankfurter Allgemeine*

Diesen provisorischen Grenzverlauf zeichnete Stalin nach dem 26. Juli 1944, denn in dem geheimen Zusatzprotokoll zum Vertrag mit PKWN vom 26. Juli 1944 ist noch von der Oder-Neiße-Linie als der deutsch-polnischen Grenze die Rede. Das geheime Zusatzprotokoll enthielt lediglich die unverbindliche Absichtserklärung Stalins, sich für eine westlich von Swinemünde und Stettin, dann entlang der Oder bis zur Mündung der Neiße und von dort bis zur tschechischen Grenze verlaufende polnische Westgrenze einzusetzen.²⁸

In keinem der heute zugänglichen internen Dokumente der „polnischen Patrioten“ aus Moskau, geschweige denn in deren offiziellen Verlautbarungen, findet sich ein einziger Hinweis auf die Linie Oder/Lausitzer Neiße als künftige deutsch-polnische Grenze. In einem am 22. Juli 1944 veröffentlichten Manifest hatte das PKWN zum Kampf um die Freiheit, um die Rückkehr des „altpolnischen Pommern und Oppelner Schlesien zum Vaterland“, um Ostpreußen, um den breiten Zugang zum Meer, um polnische Grenzposten an der Oder aufgerufen.²⁹ Danach verlief die Grenze entlang der Oder und der Glatzer Neiße bzw. des Flusses Ohle, womit Niederschlesien deutsch geblieben wäre. Dies war auch die Haltung Stalins im Sommer 1944, denn es ist ausgeschlossen, dass die „polnischen Patrioten“ und das PKWN abweichender Auffassung hätten sein können.

Stalins Entscheidung für die Oder-Lausitzer Neiße-Linie

Im Sommer 1944 hatte Stalin die polnisch-sowjetische Grenze bereits festgelegt und sich auch vertraglich abgesichert. Die Frage der deutsch-polnischen Grenze war hingegen noch offen geblieben. Wie erwähnt, spielte Stalin zu diesem Zeitpunkt mit dem Gedanken, sie entlang der Oder bis zu dem Städtchen Ohlau und von dort entlang des Flusses Ohle bis zur tschechischen Grenze zu ziehen.

Anfang Oktober 1944 weilten Churchill und Vertreter der polnischen Exilregierung in Moskau. Am 9. Oktober 1944 fand eines von mehreren Gesprächen zwischen dem britischen Premier und Stalin statt, wobei auch die Frage erörtert wurde, wie weit Polen nach Westen verschoben werden solle:

„*Genosse Stalin* erklärt, [...] Polen muss man Ostpreußen, Schlesien zurückgeben [*otdat*], und das Gebiet um Königsberg mit der Stadt nimmt die Sowjetunion.

Churchill erklärt, dass er dies für richtig hält, er meint aber, dass *die deutsche Bevölkerung aus diesen Gebieten nach Deutschland umgesiedelt werden muss*. Jetzt wird es für Deutsche in Deutschland genug Lebensraum geben, nachdem die Verbündeten etwa acht Millionen Deutsche vernichtet haben.

Genosse Stalin antwortet, dass er damit einverstanden ist, dass man die deutsche Bevölkerung aus Schlesien und Ostpreußen nach Deutschland umsiedelt.“³⁰

Vier Tage später, am 13. Oktober, fand in Moskau eine gemeinsame Unterredung zwischen Churchill, Stalin und Mikołajczyk statt. Thema war die polnische Frage.³¹ Es ging es um die

meine Zeitung vom 10.3.2007, S. 6; Bogdan Musiał: „Sollen doch die Deutschen Platz machen“. Stalin, die Deutschen und die Westverschiebung Polens“, in: *Deutschland Archiv* 6/2008 (41. Jahrgang), S. 1018-1030, hier S. 1023f.

²⁸ Wieczorkiewicz, *Historia polityczna Polski*, S. 383-385; Wojciech Roszkowski, *Najnowsza historia Polski 1914-1945*, Warszawa 2003, S. 581-586.

²⁹ Das Manifest des PKWN ist veröffentlicht u. a. in: <http://www.law.uj.edu.pl/users/khpp/fontesu/1944.htm>. Der Aufruf lautet im Original: „Stawajcie do walki o wolność Polski, o powrót do Matki-Ojczyzny starego polskiego Pomorza i Śląska Opolskiego, o Prusy Wschodnie, o szeroki dostęp do morza, o polskie słupy graniczne nad Odrą!“

³⁰ Protokoll des Gesprächs zwischen Stalin und Churchill vom 9.10.1944, abgedruckt in: *Rževskij, Stalin i Čerčill*, S. 418-429, hier S. 427 (Hervorhebung B. M.).

politische Gestalt des künftigen Polen, das heißt die Unabhängigkeit des Landes, die Beteiligung der Exilregierung und der Kommunisten an der neuen Regierung und die künftigen Grenzen.

Die britische Delegation verfasste noch in Moskau den Entwurf einer gemeinsamen britisch-sowjetischen Erklärung, in der Hoffnung, dass doch noch ein Kompromiss mit der polnischen Exilregierung zu erzielen sei:

„Die Regierung der UdSSR und die Regierung Seiner Majestät geben nach Abschluss der Verhandlungen in Moskau im Oktober 1944 zwischen ihnen und dem polnischen Premierminister und Außenminister folgende Erklärung ab: Nach der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands werden dem Territorium Polens im Westen die Freie Stadt Danzig, Regionen Ostpreußens westlich und südlich von Königsberg, Oppelner Schlesien und Gebiete bis zur Oder, die Polen wünscht, eingegliedert. Es wird ferner vereinbart, dass der Besitz dieser Gebiete Polen durch die Regierung der UdSSR und die Regierung Seiner Majestät garantiert wird. *Es wurde außerdem vereinbart, dass die deutsche Bevölkerung dieser Regionen nach Deutschland repatriiert* und dass alle Polen in Deutschland auf ihren Wunsch hin nach Polen repatriiert werden sollen.“³²

Die Verhandlungen in Moskau endeten jedoch in einem Fiasko, was im Interesse Stalins lag. Die polnische Delegation ließ sich auf den Handel (Verzicht auf die Ostgebiete gegen Entschädigung im Westen ohne Referendum bzw. Einverständnis eines frei gewählten Parlaments) nicht ein.

Hinzu kam, dass Stalin die Mehrheit und die Schlüsselressorts in der künftigen polnischen Regierung für die „polnischen Patrioten“ reklamierte. Diesem Ansinnen konnte die polnische Delegation noch weniger zustimmen, wohl wissend, dass dies der indirekten Sowjetisierung Polens gleichkäme. Somit blieb die Frage der polnischen Westgrenze aus Sicht der westlichen Alliierten weiterhin offen, nicht aber für Stalin.

Während der Gespräche in Moskau stimmten Stalin und Churchill darin überein, dass die deutsch-polnische Grenze weitgehend entlang der Oder-Linie verlaufen solle, wobei Churchill die Meinung Stalins teilte, Polen auch die Hafenstadt Stettin auf der westlichen Oderseite zu überlassen. Wiederholt fiel während der Unterredungen der Begriff Schlesien, das an Polen gehen sollte. Gemeint waren Oberschlesien und Oppelner Schlesien, wie aus dem oben angeführten britischen Entwurf der Erklärung hervorgeht.

Stalin überlegte es sich jedoch bald anders, und spätestens Anfang Dezember 1944 beschloss er, die deutsch-polnische Grenze doch entlang der Linie Oder/Lausitzer Neiße zu ziehen. Anfang Dezember 1944 weilte Charles de Gaulle in Moskau und erfuhr am 2. Dezember von Stalin, dass die künftige deutsch-polnische Grenze entlang dieser Linie verlaufen solle. Nach der französischen Version dieser Unterredung widersprach de Gaulle diesen Plänen

³¹ Protokoll der Gespräche über die polnische Frage in Moskau 13.10.1944, angefertigt durch die polnische Delegation: RGASPI, f. 558, op. 11, d. 354, Bl. 94-101; das Protokoll ist abgedruckt in englischer Übersetzung in: *Documents on Polish-Soviet Relations 1939 – 1945*. Volume II: 1943 – 1945, London 1967 S. 405-415; das sowjetische Protokoll dieser Unterredung stimmt mit dem polnischen Protokoll weitgehend überein und ist abgedruckt in: *Ržeševskij, Stalin i Čerčill*, S. 440-448. Stalin war in Begleitung von Molotow, dem sowjetischen Botschafter in Großbritannien Gusew und dem Übersetzer und Protokollführer Pawlow. Churchill begleiteten Eden, der britische Außenminister, Clark-Kerr, der britische Botschafter in Moskau. Mikołajczyk war in Begleitung von Romer, dem Außenminister der polnischen Exilregierung, und Grabski, dem Vorsitzenden des Volksrates (polnisches Exilparlament).

³² Second British draft proposal relating to the acceptance of Soviet territorial claims and the resumption of political relations between Poland and the USSR, Moscow, October 14 /15, 1944, abgedruckt in: *Documents on Polish-Soviet Relations*, S. 424f. (Hervorhebung B. M.).

nicht, nach sowjetischer Lesart begrüßte er sie gar, „da eine solche Grenzziehung eine eventuelle Verständigung zwischen Polen und Deutschland unmöglich mache“.³³

Am 18. Dezember 1944 erschien in der *Prawda* ein Artikel von Stefan Jędrychowski unter dem Titel „Wiedervereinigung polnischer Gebiete im polnischen Staat“. Der Autor plädierte darin mit dem Argument für die Oder-Lausitzer Neiße-Linie als künftige polnische Westgrenze, dass es sich hier um urpolnische Gebiete handele, die im polnischen Staat mit den übrigen polnischen Gebieten wiedervereinigt werden müssten.³⁴ Eine solche Publikation zu diesem Thema in der *Prawda* ist ohne Stalins Einverständnis undenkbar. Jędrychowski hatte im September 1939 die Einverleibung Ostpolens in die Sowjetunion begrüßt, war Mitbegründer des „Verbandes Polnischer Patrioten“ in Moskau und leitete im PKWN das Ressort Information und Propaganda.

Am 31. Dezember 1944 ließ Stalin das PKWN offiziell in „polnische Interimsregierung“ umbenennen und Edward Osóbka-Morawski zu deren Chef ernennen. Dieser erklärte in seiner ersten Ansprache, dass die polnische Westgrenze entlang der Oder und der Lausitzer Neiße verlaufen werde.³⁵

Das nächste Mal verhandelten die Großmächte während der Konferenz von Jalta, die vom 4. bis 11. Februar 1945 stattfand, über das Schicksal Polens. Die polnische Frage war sogar das Hauptthema. Für die Westalliierten war inzwischen offenkundig, dass Stalin dabei war, Polen mit Gewalt zu unterwerfen und indirekt (über die PPR) zu sowjetisieren. Dagegen unternehmen konnten sie wenig, und öffentliche Proteste blieben gleichfalls aus.³⁶ In Jalta wurde noch einmal die Frage der polnischen Westgrenze angesprochen. Am 6. Februar erklärte Stalin während einer Unterredung mit Roosevelt und Churchill, wobei er ihnen gegenüber zum ersten Mal die Linie Oder/Lausitzer Neiße als künftige deutsch-polnische Grenze ins Spiel brachte:

„Während seines Aufenthaltes in Moskau [am 3. August 1944] fragte Mikołajczyk Stalin, welche Grenze im Westen die sowjetische Regierung Polen zubilligt. Mikołajczyk war sehr erfreut, als er hörte, dass wir die westliche Grenze Polens entlang der Neiße-Linie anerkennen. Um Missverständnisse zu vermeiden, muss gesagt werden, dass es zwei Flüsse gibt, die Neiße heißen: der eine fließt mehr östlich, bei Breslau, und der andere mehr westlich. Stalin meint, dass die westliche Grenze Polens entlang der westlichen Neiße verlaufen soll, und er bittet Roosevelt und Churchill, ihn [Stalin] dabei zu unterstützen.“³⁷

In Mikołajczyks Memoiren findet sich kein Hinweis darauf, dass er über die Westverschiebung Polens bis zur Oder-Linie, geschweige denn bis zur Oder-Lausitzer Neiße-Linie erfreut gewesen sei. Auch im polnischen Protokoll dieser Unterredung fehlt die erfreute Reaktion. Ganz im Gegenteil, hier heißt es, Mikołajczyk und seine Begleiter hätten vehement gegen die Ribbentrop-Molotow-Linie als polnisch-sowjetische Grenze protestiert, doch vergeblich.³⁸

³³ Detlef Brandes, *Der Weg zur Vertreibung 1938-1945. Pläne und Entscheidungen zum „Transfer“ der Deutschen aus der Tschechoslowakei und aus Polen*, München 2001, S. 365.

³⁴ *Prawda* vom 18.12.1944, Nr. 303/9760, S. 4.

³⁵ Wieczorkiewicz, *Historia polityczna Polski*, S. 459f.; Brandes, *Der Weg zur Vertreibung*, S. 366.

³⁶ Ausführlich Marek Kazimierz Kamiński, *W obliczu sowieckiego ekspansjonizmu. Polityka Stanów Zjednoczonych i Wielkiej Brytanii wobec Polski i Czechoslowacji 1945-1948*, Warschau 2005.

³⁷ Auszug aus dem Sitzungsprotokoll der drei Staatsoberhäupter vom 6.2.1945, abgedruckt in: *Rzeševskij, Stalin i Čerčill*, S. 499-506, hier S. 503.

³⁸ Stanisław Mikołajczyk: *The Rape of Poland: Pattern of Soviet Aggression*, New York/Toronto 1948, S. 72-75; Protokoll des Gesprächs zwischen Mikołajczyk und Stalin am 3.8.1944, abgedruckt in englischer Übersetzung (aus dem Polnischen) in: *Documents on Polish-Soviet Relations*, S. 309-322. Am 9. August 1944 fand noch eine Unterredung zwischen Stalin und Mikołajczyk statt, die Grenzfrage wurde aber während dieses Treffens nicht

Die westlichen Alliierten lehnten in Jalta nicht nur die von Stalin geforderte Verschiebung Polens bis zur Oder-Lausitzer Neiße-Linie ab, sondern stellten auch die Oder-Linie in Frage, mit der sie zu einem früheren Zeitpunkt einverstanden gewesen waren. Zugleich forderten sie Korrekturen der Ribbentrop-Molotow-Linie im südlichen Abschnitt zugunsten Polens. Es ging um Lemberg und Boryslaw mit seinen Ölvorkommen. Doch in allen polnischen Fragen bissen sie bei Stalin auf Granit. Man einigte sich lediglich auf die Abhaltung freier Wahlen in Polen nach dem Krieg. Ansonsten bestätigten die Alliierten die Ribbentrop-Molotow-Linie als polnisch-sowjetische Grenze. Die Festlegung der deutsch-polnischen Grenze sollte dagegen erst während einer Friedenskonferenz nach Konsultation mit der polnischen Regierung erfolgen.³⁹

Stalin scherte sich jedoch wenig um die Meinung der Westalliierten und ließ vollendete Tatsachen schaffen, sowohl in der Frage des politischen Systems in Polen als auch in der Frage der polnischen Grenzen. Er gehe davon aus, dass die antideutsche Koalition darüber nicht zerbrechen werde, wie er gegenüber seinen kommunistischen Vasallen in Polen erklärte.⁴⁰ Immerhin wurden die entscheidenden Schlachten des Zweiten Weltkriegs von den Truppen der Roten Armee, nicht denen der Alliierten geschlagen und gewonnen.

Nur neun Tage nach der Konferenz von Jalta, am 20. Februar 1945, legte Stalin als Vorsitzender des GKO die vorläufige polnische West- und Nordgrenze fest:

„Bis zur endgültigen Festlegung der westlichen und nördlichen Grenze Polens auf der künftigen Friedenskonferenz verläuft die westliche Grenze Polens westlich von Swinemünde bis zur Oder, die Stadt Stettin bleibt auf der polnischen Seite, weiter die Oder entlang bis zur Einmündung der westlichen Neiße und von dort entlang der westlichen Neiße bis zur tschechoslowakischen Grenze. Der nördliche Teil Ostpreußens – entlang der Linie von der sowjetischen Grenze nördlich der Ortschaft Witajny [Витайны]⁴¹ und weiter nördlich über Goldap nach Nordenburg, Preußisch Eylau, nördlich von Braunsberg – mit der Stadt Königsberg verbleibt in den Grenzen der UdSSR, und alle übrigen Teile Ostpreußens und auch der Bezirk Danzig verbleiben in den Grenzen Polens.“⁴²

Die „polnische“ Interimsregierung reagierte schnell und berief am 12. März 1945 eine Kommission, die den Plan für die Übernahme und die Verwaltung der westlichen Gebiete ausar-

erörtert. Vgl. Protokoll des Gesprächs zwischen Mikołajczyk und Stalin am 9.8.1944, abgedruckt in englischer Übersetzung in: ebda., S. 334-339.

³⁹ Wieczorkiewicz, *Historia polityczna Polski*, S. 461-467; Brandes, *Der Weg zur Vertreibung*, S. 367-375.

⁴⁰ Am 29. September bzw. am 1. Oktober 1944 erklärte Stalin gegenüber der Delegation der PPR, die er zu einer härteren Gangart gegenüber nicht kommunistischen Kräften in Polen aufforderte: „Es besteht keine Gefahr, dass die Koalition wegen der polnischen Frage zerbricht“: Sitzungsprotokoll des ZK der PPR vom 3.10.1944: Archiwum Akt Nowych, Warschau (fortan AAN), PPR 295/V-1, Bl. 10-18, hier Bl. 10. Die Delegation wurde am 29.9. und 1.10.1944 von Stalin empfangen, vgl. *Na priemie u Stalina. Tetradi (Schurnaly) zapisej lic, prinjatych I.W. Stalinym (1924-1953 gg)*, A.W. Korotkow u.a. (Bearbeiter), Moskwa 2008, S. 441.

⁴¹ Es handelt sich um das Städtchen Wiżajny, deutsch Treusee.

⁴² Beschluss des GKO Nr. 7558 vom 20.2.1945, unterzeichnet von Stalin: RGASPI, f. 644, op. 2, d. 453, Bl. 92-96; veröffentlicht in: *Sovetskij Faktor v Vostočnoj Evrope 1944-1953*, Bd. 1: 1944-1948, *Dokumenty*, hg. von T. V. Volokitina, u. a. Moskau 1999, S. 153-155. Włodzimierz Borodziej (*Niemcy w Polsce 1945 – 1950. Wybór dokumentów*, hg. von Włodzimierz Borodziej und Hans Lemberg, Warszawa 2000, S. 56f.) behauptet, die „polnische Interimsregierung“ mit Bolesław Bierut an der Spitze, die am 14. Februar 1945 nach Moskau gereist war, hätte Einfluss auf den Inhalt und die Verabschiedung von Stalins Beschluss vom 20. Februar 1945 über die Grenzen Polens genommen. Konkrete Belege dafür legt er allerdings nicht vor. Auch entging ihm offenkundig, dass der Beschluss vom 20. Februar 1945 bereits im Jahr 1998 im vollen Wortlaut veröffentlicht worden ist. Bei der Behauptung, die „polnische Interimsregierung“ habe den Verlauf der deutsch-polnischen Grenze mitbestimmt, handelt sich um die klassische kommunistische Propaganda, wonach Polen seine Grenzen den „polnischen“ Kommunisten zu verdanken habe. Ähnliches beanspruchten Zygmunt Berling und Michał Rola-Zymierski, und zwar jeder für sich allein (Musiał, *Stalins Beutezug*, S. 202 f.).

beiten sollte. Zwei Tage später beschloss der Ministerrat die Aufteilung der neuen Westgebiete in vier Verwaltungsbezirke (Oppelner Schlesien, Niederschlesien, Westpommern und Westpreußen) und ernannte Bevollmächtigte für die einzelnen Bezirke.⁴³

Mit der Entscheidung zugunsten eines Grenzverlaufs entlang der Oder und der westlichen Neiße kam auch ganz Niederschlesien an Polen, was für Stalin im Sommer 1944 offenkundig noch nicht zur Debatte gestanden hatte. Einiges deutet daraufhin, dass diese Entscheidung durch das tragische Schicksal der polnischen Hauptstadt und ihre totale Vernichtung durch die deutschen Besatzer herbeigeführt wurde.

Im Dezember 1944 war die polnische Hauptstadt ein riesiges Ruinenfeld, ihre Bewohner waren entweder ermordet, vertrieben oder verschleppt. Das tragische Schicksal Warschaus ist beispiellos in der Geschichte des 20. Jahrhunderts und trotzdem im Westen wenig bekannt, ja vergessen. Allein die Zahl der getöteten Einwohner während des Krieges übersteigt die Zahl sämtlicher französischer Opfer während des Zweiten Weltkrieges um ein Vielfaches.

Die Massaker an den Warschauer Bevölkerung und die systematische Zerstörung der polnischen Hauptstadt bedeuteten eine nationale Katastrophe für Polen, von der Stalin und seine „polnischen Patrioten“ vom Schlage eines Bierut, Gomułka, Berman und Minc sowie deren Nachfolger profitierten.

Nach der systematischen Zerstörung der Hauptstadt Polens, die das Zentrum des nationalen Widerstandes und zugleich einer der wichtigsten Wirtschaftsstandorte des Landes gewesen war, erschien es Stalin offenkundig zweckmäßig, auch den größten Teil Niederschlesiens dem neuen Polen zuzuschlagen. Die zeitliche Abfolge der beiden Ereignisse ist wohl nicht zufällig. Denn der Verlust Niederschlesiens schwächte zum einen Deutschland noch mehr, zum anderen stärkte der Zugewinn das durch Krieg, doppelte Besatzung und Annexionen schwerstens getroffene Polen nicht allzu sehr. Die in Niederschlesien angesiedelten Industriebetriebe sollten ohnehin demontiert und in die Sowjetunion abtransportiert werden, was auch getan wurde. Außerdem konnte Stalin davon ausgehen, dass weitere Millionen deutscher Vertriebener die künftige deutsch-polnische Versöhnung nicht gerade erleichtern würden.

Die Potsdamer Konferenz

Vom 17. Juli bis 2. August 1945 fand in Potsdam die letzte Konferenz der drei Großmächte statt. Themen waren unter anderem die alliierte Kontrolle und Verwaltung des besetzten Deutschland, Reparationen, aber auch das politische System und die Westgrenze Polens. Die westlichen Alliierten hatten bereits als vollendete Tatsache hingenommen, dass Polen, wenn auch indirekt, gewaltsam sowjetisiert wurde, nahmen die Westalliierten inzwischen als vollendete Tatsache hin.

In Potsdam sprachen weder Churchill noch Truman, nach Roosevelts Tod dessen Nachfolger im Präsidentenamt, von einem starken, unabhängigen und demokratischen Polen, das im Westen eine seinen Wünschen entsprechende Entschädigung erhalten würde. Die beiden lehnten nicht nur den von Stalin ins Spiel gebrachten deutsch-polnischen Grenzverlauf entlang Oder und Lausitzer Neiße ab, sondern stellten auch die Oder-Linie in Frage. Stalin, der inzwischen vollendete Tatsachen geschaffen hatte und dessen Truppen an der Elbe standen,

⁴³ Auszug aus dem Sitzungsprotokoll Nr. 18 des Ministerrates vom 12.3.1945: Archiv Neuer Akten (AAN), MAP 2441, Bl. 9; Auszug aus dem Sitzungsprotokoll Nr. 19 des Ministerrates vom 14.3.1945: ebda., Bl. 10.

setzte sich jedoch durch.⁴⁴ In der Mitteilung über die Dreimächtekonzferenz vom 2. August 1945 heißt es:

„Die Häupter der drei Regierungen stimmen darin überein, dass bis zur endgültigen Festlegung der Westgrenze Polens die früher deutschen Gebiete östlich der Linie, die von der Ostsee unmittelbar westlich von Swinemünde und von dort die Oder entlang bis zur Einmündung der westlichen Neiße entlang bis tschechoslowakischen Grenze verläuft, einschließlich des Teiles Ostpreußen, der nicht unter die Verwaltung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Übereinstimmung mit den auf dieser Konferenz erzielten Vereinbarungen gestellt wird, und einschließlich des Gebietes der früheren Freien Stadt Danzig, unter die Verwaltung des polnischen Staates kommen und in dieser Hinsicht nicht als Teil der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland betrachtet werden sollen.“⁴⁵

Auch eine „ordnungsgemäße Überführung der deutschen Bevölkerungsteile“ aus diesen Gebieten wie auch aus der Tschechoslowakei und Ungarn wurde beschlossen, ja eigentlich sanktioniert. Drei Tage nach dem Abschluss der Konferenz, am 5. August 1945, verfasste Molotow einen Runderlass, der an die sowjetischen Botschafter und Gesandten gerichtet war, in dem er über die Potsdamer Ergebnisse berichtete. Zur polnischen Westgrenze bemerkte Molotow:

„Es sei gesagt, daß die englische und die amerikanische Delegation unseren Vorschlag ursprünglich abgelehnt hatten, die Westgrenze Polens solle gemäß der in dem veröffentlichten Beschluß angegebenen Linie entlang von Oder und Westlicher Neiße verlaufen; sie bestanden auf der Östlichen Neiße als Grenze, was bedeutet hätte, daß ganz Schlesien – das ja abgesehen davon, daß es angestammter urpolnischer Grund und Boden ist, für Polen immense Bedeutung hat – bei Deutschland verblieben wäre.“⁴⁶

Das Deutschtum wird zurückgedrängt und Polen nach Westen verschoben

Was veranlasste Stalin, die polnische Westgrenze entlang der Oder und Lausitzer Neiße festzulegen? Stalin war nicht polenfreundlich, im Gegenteil. Seine Feindschaft gegenüber Polen gipfelte in dem Massaker von Katyn. Nach dem 22. Juni 1941 entwickelte sich bei ihm jedoch der Hass auf Deutschland und die Deutschen. Die militärische Niederwerfung Deutschlands, seine Zerstückelung, die Zerschlagung der deutschen Industrie und das „Zurückdrängen“ der deutschen Siedlungsgebiete nach Westen sowie die Vernichtung der deutschen Führungsschichten gehörten nun zu den erklärten Kriegszielen Stalins.

Die Idee, die deutschen Siedlungsgebiete „zurückzudrängen“, nahm spätestens im September 1941 in Stalins Kopf Gestalt an. Am 8. September 1941 erklärte er: „Wenn wir siegen, geben wir Ostpreußen dem Slawentum, dem es schließlich gehört, zurück. Wir werden es mit Slawen besiedeln.“⁴⁷ Im Dezember 1941 schlug Stalin Władysław Sikorski, dem damaligen Premierminister der polnischen Exilregierung in London, vor, polnische Ansprüche auf Ostpreußen und nicht näher definierte deutsche Gebiete bis zur Oder zu unterstützen. Im Gegenzug hätte die polnische Seite auf die polnischen Ostgebiete verzichten müssen. Sikorski ging darauf nicht ein, obwohl die polnische Exilregierung den Standpunkt vertrat, Ostpreu-

⁴⁴ Potsdamer Konferenz (Niederschrift der sowjetischen Delegation von den Verhandlungen) vom 17. Juli bis 2. August 1945, abgedruckt in: *Das Potsdamer Abkommen*, Berlin (DDR) 1984.

⁴⁵ Mitteilung über die Dreimächtekonzferenz von Berlin [„Potsdamer Abkommen“] (2.8.1945) veröffentlicht in: *Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland*, Ergänzungsblatt Nr. 1, S. 13-20.

⁴⁶ Runderlass von Molotow vom 5.8.1945, veröffentlicht in: *Die UdSSR und die deutsche Frage 1941-1948. Dokumente aus dem Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation*, hg. von Jochen P. Laufer und Georgij P. Kynin, Bd. 2: 9. Mai 1945 bis 3. Oktober 1946, Berlin 2004, S. 79-91, hier S. 82f.

⁴⁷ Dimitroff, *Tagebücher*, S. 424 (Eintragung vom 8.9.1941).

ßen, Oppelner Schlesien und Danzig sollten nach dem Krieg Polen eingegliedert werden. Man wollte keinen kausalen Zusammenhang zwischen dem Verlust der ostpolnischen Gebiete und dem Gewinn im Westen herstellen.⁴⁸

In Teheran holte sich Stalin das Einverständnis Churchills und Roosevelts, die ähnlich dachten wie er, für seine Idee. Schließlich war es nicht möglich, ein ganzes Volk von 80 Millionen Menschen komplett umzusiedeln. Bis Anfang 1945 hatte die Idee in Moskau endgültige Formen angenommen (Oder-Lausitzer Neiße-Linie). Die Aussiedlung der Deutschen und die anschließende Slawisierung und direkte oder auch indirekte Sowjetisierung dieser Gebiete waren aus Sicht Stalins beschlossene Sache.

Im Gespräch mit Mikołajczyk am 3. August 1944 erklärte Stalin: „Werden Sie nicht Borysław bekommen [Stalin meinte Breslau/Wrocław], das viel besser als Lwów ist? [...] Mikołajczyk merkt an, dass Wrocław eine rein deutsche Stadt sei, worauf Stalin erwidert dass Wrocław in früheren Zeiten eine slawische Stadt gewesen sei und nichts sie daran hindere, zu dieser Überlieferung zurückzukehren.“⁴⁹ Dies ist der Ursprung der Ideologie der „wiedergewonnenen Gebiete“, die im Nachkriegspolen zu einem der wichtigsten Elemente der kommunistischen Propaganda wurde und in Polen bis heute nachwirkt.

Keine leichte Entscheidung

Die Moskauer Entscheidung für Oder und Lausitzer Neiße als deutsch-polnische Grenze war jedoch keine leichte. Zwar galt es Deutschland zu schwächen, zugleich aber Polen nicht zu stärken, betrachtete man Polen doch seit 1920 als den größten Hemmschuh für eine sowjetische Expansion nach Westen. Am 9. März 1944 legte Maxim Litwinow Molotow eine von der Kommission zu Fragen der Friedensverträge und der Nachkriegsordnung (der sogenannten Litwinow-Kommission) erarbeitete umfangreiche Denkschrift „Zur Behandlung Deutschlands“ vor. Darin hieß es:

„Mit der Abtrennung Ostpreußens und Oberschlesiens von Deutschland wird nicht nur dieses, sondern auch Preußen als aggressivster und militaristischster deutscher Staat geschwächt. [...] Angesichts der aktuellen internationalen Lage scheint es [...] offenbar zweckmäßig, sie Polen mit der Bedingung zu überlassen, das letzteres gutnachbarschaftliche Beziehungen zur UdSSR garantiert. Die Stärkung eines der Sowjetunion wie auch immer feindlich gesonnenen Polens wäre absolut unzulässig.“⁵⁰

Zugleich warnte die Kommission jedoch: „Hat Polen erst einmal Ostpreußen und Oberschlesien in Besitz genommen, dann versperrt es alle Magistralen, die die Sowjetunion mit Westeuropa verbinden, und es wird erforderlich, den ungehinderten Waren- und Personenverkehr via Polen für uns in besonderer vertraglicher Form zu sichern.“⁵¹ Das von Stalin installierte kommunistische Regime garantierte die „guten nachbarschaftlichen Beziehungen“ zur Sowjetunion und „ungehinderten Waren- und Personenverkehr“ bis zum Zerfall der UdSSR.

Einen weiteren Gewinn aus der Eingliederung der deutschen Ostgebiete in den polnischen Staat sahen die Sowjets tatsächlich darin, dass sie eine Versöhnung zwischen Polen und Deutschland auf Jahrzehnte unmöglich mache. Am 14. März 1944 unterhielten sich die Mitglieder der Litwinow-Kommission unter anderem darüber, ob es nötig sei, Preußen zu schwächen. Dmitri Manuilski warnte vor den Gefahrenpotenzialen, die von Preußen ausgingen.

⁴⁸ Brandes, *Der Weg zur Vertreibung*, S. 333-375.

⁴⁹ Protokoll des Gesprächs zwischen Mikołajczyk und Stalin am 3.8.1944, abgedruckt in englischer Übersetzung (aus dem Polnischen) in: *Documents on Polish-Soviet Relations*, S. 309-322, hier S. 318.

⁵⁰ Denkschrift der Kommission zu Fragen der Friedensverträge und der Nachkriegsordnung, ohne Datum, vor dem 9.3.1944, veröffentlicht in: *Die UdSSR und die deutsche Frage*, Bd. 1, S. 347-364, hier S. 353.

⁵¹ Ebda., S. 354f.

Litwinow teilte diese Befürchtungen nicht und führte aus: Preußen „stelle für uns eine geringere Bedrohung dar als das ehemalige Polen, gegenüber dem es sowohl von der Fläche als auch von der Einwohnerzahl her kleiner werde. Gehen Ostpreußen und Oberschlesien an Polen, wäre eine Zusammenarbeit zwischen diesem und Preußen nur schwer vorstellbar.“⁵²

Die Eingliederung des Oppelner Schlesiens, Niederschlesiens, aller deutschen Ostgebiete östlich der Oder und dazu der Hafenstadt Stettin hätte Polen jedoch noch mehr stärken und somit ein noch größeres Hindernis darstellen müssen als „nur“ Ostpreußen, Oberschlesien und Oppelner Schlesien. Die indirekte Sowjetisierung Polens bannte jedoch nicht nur diese Gefahr, sondern sorgte auch dafür, dass die Sowjetunion wirtschaftlich und politisch davon profitierte.

Die Westverschiebung Polens um 200 km hatte aus Stalins Sicht trotz einiger Risiken sowohl kurz- als auch langfristige Vorteile und sollte die direkte bzw. indirekte Sowjetisierung der Ost- und Mitteleuropa erleichtern. Sie schuf mehr als ausreichend Platz für die Umsiedlung der polnischen Bevölkerung aus den polnischen Ostgebieten (etwa 3 Mio. Menschen), die er der Sowjetunion zunächst mit Hilfe Deutschlands und später mit dem Segen der Westalliierten einverleibt hatte. Die Ostpolen galten aber als besonders nationalbewusst (patriotisch bzw. nationalistisch), antirussisch und antisowjetisch.⁵³ Sie hätten die schnelle und totale Sowjetisierung dieser Gebiete stark behindert. Umsiedlungen und Deportationen gelten dagegen seit Jahrtausenden als besonders wirksames Mittel zur gewaltsamen „Befriedung“ renitenter Bevölkerungsteile.

Aber auch die Ostdeutschen galten als besonders nationalbewusst. Mit der Westverschiebung Polens und den damit einhergehenden Bevölkerungsverschiebungen schwächte Stalin also auf einem Schlag sowohl den polnischen als auch den deutschen Nationalismus, die größten Hindernisse für die sowjetische Expansion nach Westen.

Nicht zu vergessen den Umstand, dass die Westverschiebung Polen außenpolitisch auf Jahrzehnte von der Sowjetunion abhängig machte, die zu diesem Zeitpunkt und noch Jahrzehnte danach der einzige Garant der polnischen Westgrenze war, was von Stalin nachweislich auch gewollt war.⁵⁴ Jede polnische Nachkriegsregierung, sollte sie auch frei gewählt, nicht kommunistisch und souverän sein, wäre angesichts der deutschen Revisionsansprüche immer von der UdSSR abhängig, solange letztere die polnische Westgrenze garantierte.

Die sowjetische Agentur in London, die sowohl die britische Regierung als auch die polnische Exilregierung unterwanderte, meldete im Januar 1945 nach Moskau, dass die polnische Exilregierung die Linie Oder/Lausitzer Neiße als die deutsch-polnische Grenze ablehne, und zwar mit folgender Begründung: „Die Russen sind ohne Zweifel interessiert an der Erweiterung des polnischen Territoriums so weit wie möglich nach Westen, um auf diese Weise eine dauerhafte Grundlage für einen deutsch-polnischen Streit zu legen und Polen von der Unterstützung und Verteidigung durch die UdSSR abhängig zu machen.“⁵⁵ Ähnlich beurteil-

⁵² Sitzung der Litwinow-Kommission vom 14.3.1944, Protokoll Nr. 4: Diskussion des Berichts „Zur Behandlung Deutschlands“, veröffentlicht in: *Die UdSSR und die deutsche Frage*, Bd. 1, S. 364-369, hier. S. 365.

⁵³ Denkschrift über die Stimmung der polnischen Bevölkerung in den westlichen Oblasten der Ukraine und Weißrusslands (d.h. in den polnischen Ostgebieten) verfasst von W. Klimaschewskij, 30.6.1944: RGASPI, f. 17, op. 128, d. 713, Bl. 103-124; Denkschrift über die Polen in den westlichen Oblasten Weißrusslands von Ponomarenko an Stalin vom 23.11.1942: RGASPI, f. 69, op. 1, d. 19, Bl. 170-174.

⁵⁴ Anfang Dezember 1944 erklärte Stalin den Vertretern der „polnischen Interimsregierung“ in Moskau: „Die Garantie für polnische Grenzen durch andere Staaten betrachtet Stalin als beleidigend für Polen. Nur bilaterale Verträge hält er für richtig. Er sprach sich für die Bildung von offiziellen Vertretungen der Ukraine und Weißrusslands in Polen aus“ (Sitzungsprotokoll des Politbüros des ZK der PPR, Dezember 1944: AAN, PPR 295/V-1, Bl. 59-83, hier Bl. 72).

⁵⁵ Meldung der Londoner Residentur vom 27.1.1945, abgedruckt in: *Očerki Istorii Rossijskoj Vnešnej Razvedki*, Bd. 4: 1941-1945, Moskau 2003, S. 627-636, hier S. 630.

ten Stalins westliche Diplomaten diesen Schritt.⁵⁶ Die Rechnung Stalins ging auf: Bis heute belasten diese Frage und ihre Folgen immer aufs Neue die deutsch-polnischen Beziehungen.

Die polnische Exilregierung, die von den Westalliierten bis Juni 1945 völkerrechtlich anerkannt wurde, hatte auf die Festlegung der polnischen Grenzen ebenso wenig Einfluss wie die von Stalin installierte „polnische Interimsregierung“. Die eigentliche Macht übten das Politbüro der PPR und die sowjetischen „Berater“ aus. In der deutschen Debatte über diese Ereignisse wird dies oft vergessen und auf die angeblichen Auswüchse des polnischen Nationalismus hingewiesen. Die dabei angeführten „Belege“ muten teilweise grotesk an. So wird für den angeblichen polnischen „Drang nach Westen“ allen Ernstes eine polnische Postkarte aus der Vorkriegszeit mit polnischen Grenzen bis vor Berlin angeführt.⁵⁷

Die polnischen Nationalisten und Patrioten hatten jedoch auf die Geschicke Polens ab September 1939 keinen Einfluss mehr, auch nicht den Verlauf der deutsch-polnischen Grenze. Vielmehr waren sie Opfer zunächst der deutschen und dann der sowjetischen Besatzer, die sie systematisch verfolgten, umbrachten, in Konzentrationslager sperrten, verschleppten. Das Massaker von Katyn und die Zerstörung der Hauptstadt Warschau stehen geradezu exemplarisch dafür. Auch auf das Schicksal des neuen Polens (ab 1944/45) hatten die polnischen Nationalisten und Patrioten keinen Einfluss, obwohl viele von ihnen noch jahrelang einen aussichtslosen bewaffneten Kampf für ein freies Polen führten. Die „polnischen Patrioten“ Stalins setzten das verbrecherische Werk der deutschen und sowjetischen Besatzer ab 1944/45 fort.

⁵⁶ Vgl. dazu u. a. Laufer, *Pax Sowjetica*, S. 203f.

⁵⁷ Diese Auffassung vertritt beispielsweise Erika Steinbach, die Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen. Interview mit Erika Steinbach „Ich will die Wahrheit, sonst nichts“ in: *Spiegel online* vom 7.3.2009 (<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,611812-3,00.html>); siehe auch das autorisierte Interview mit Erika Steinbach in: *Gazeta Wyborcza*, 20.6.2009, S. 22-23 („Agresorem był Hitler, a nie kobiety i dzieci“).

1. Hauptaufnahmeland

Vor dem Beginn des Zweiten Weltkrieges lebten im Osten des Deutschen Reiches, d. h. in den zum Reichsgebiet gehörenden Provinzen sowie in den deutschen Siedlungsgebieten in Ost- und Südosteuropa, rund 18 Millionen Deutsche. Die meisten von ihnen – über 14 Millionen Menschen – flüchteten bei Kriegsende in Richtung Westen oder wurden nach Kriegsende hierhin vertrieben. Ca. zwei Millionen Menschen verloren dabei ihr Leben.



Die meisten Flüchtlinge und Vertriebenen kamen in den Landgebieten der amerikanischen, britischen und russischen Zone unter. Wenn ihre Unterbringung niedersächsischen Politikern als ein besonders schweres Problem erschien, so hatte das – auch im Vergleich zu anderen Bundesländern gesehen – einen realen Hintergrund. Niedersachsen war nämlich neben Schleswig-Holstein unter den alten Bundesländern das Hauptaufnahmeland. Die Bevölkerung Schleswig-Holsteins bestand zu einem Drittel aus Flüchtlingen und Vertriebenen und auch in Niedersachsen waren es mehr als ein Viertel.

Niedersachsen fungierte in der britischen Zone mit Schleswig-Holstein als Sammelbecken für Flüchtlinge und Vertriebene, die – so die Planungen – sobald im Ruhrgebiet wieder Arbeiter gebraucht würden, dorthin abgerufen werden sollten. In der französischen Zone wurden vor 1950 kaum Flüchtlinge und Vertriebene aufgenommen, da Frankreich sich nicht an die im Potsdamer Protokoll festgelegten Verteilungsquoten gebunden fühlte.

So kann man verstehen, dass der Niedersächsische Ministerpräsident 1947 zusammen mit seinem schleswig-holsteinischen Kollegen auf eine Umsiedlung drängte zur Entlastung des „Flüchtlingsnotlandes, das von Flensburg bis nach Göttingen reicht.“

2. Ankunft und Herkunft

Schon vor Kriegsende waren fast 650.000 Menschen auf der Flucht vor der Roten Armee nach Niedersachsen gekommen. Im Laufe des Jahres 1946 stieg die Zahl der Flüchtlinge und Vertriebenen hier auf 1,5 Millionen an, hinzu kamen fast 300.000 Flüchtlinge aus der Sowjetischen Besatzungszone. Etwa vier Fünftel der Flüchtlinge und Vertriebenen in Niedersachsen stammten aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Grenze, die Hälfte davon aus Schlesien und mehr als die Hälfte der Schlesier wiederum aus dem Regierungsbezirk Breslau. Während die Flüchtlinge und Vertriebenen des Jahres 1945 meist in Schleswig-Holstein und im Nordosten Niedersachsens unterkamen, fanden die im Rahmen des Potsdamer Abkommens Vertriebenen vor allem im Südosten des Landes Aufnahme.

Die Hauptflüchtlingsströme liefen vom Südosten über das Durchgangslager Friedland bei Göttingen und vom Osten über Helmstedt, Vorsfelde und Uelzen nach Niedersachsen. Statistisch schlug das in einem klaren Ost-West-Gefälle zu Buche: In den Regierungsbezirken Stade, Braunschweig, Hannover und Hildesheim war jeder dritte oder vierte Bewohner ein Flüchtling oder Vertriebener, was im Westen des Landes, in den Regierungsbezirken Aurich und Osnabrück, nur noch für jeden sechsten galt.

Das Ost-West-Gefälle entstand schon vor Kriegsende. Jeder zweite Flüchtling und Vertriebener, der in Niedersachsen aufgenommen wurde, kam bereits vor Kriegsende; vor allem Ostpreußen und Pommern. Die Möglichkeit, sich selbst einen Wohnort zu suchen, war für diese Flüchtlinge und Vertriebenen am größten. Viele von ihnen, vor allem viele Bauern blieben gleich hinter der Elbe, um möglichst schnell zu ihrem Hof zurückkehren zu können; Arbeiter wiederum strebten in das ebenfalls grenznahe hannoversch-braunschweigische Industriegebiet, weil sie hier am ehesten Arbeit zu finden hofften.

3. Pläne der Militärregierung und der deutschen Verwaltung zur Verteilung der Flüchtlinge und Vertriebenen

Die britische Militärregierung und deutsche Verwaltungsstellen wollten die Massierung der Zuwanderer im Osten der ehemaligen Provinz Hannover möglichst schnell aufheben und sie gleichmäßig verteilen. Das entsprach zum einen ihrem Konzept der Assimilation, d. h. dem nahtlosen Aufgehen der Flüchtlinge und Vertriebenen in der einheimischen Gesellschaft, und war zum anderen auch die naheliegendste Lösung, um jedem ein Dach über dem Kopf zu verschaffen. Doch diese Planungen erwiesen sich als unrealistisch, weil sie den weiterhin anhaltenden Zustrom nicht berücksichtigten.

Die Umsetzung der Pläne scheiterte aber auch am Widerstand der Betroffenen selbst. Bei der Unterbringung der im Potsdamer Protokoll vereinbarten Vertriebenentransporte aus Schlesien, von den Alliierten „Aktion Schwalbe“ genannt, die im Februar 1946 einsetzten und das ganze Jahr anhielten, versuchte die Militärregierung erneut, die bisherige ungleichmäßige Verteilung zu korrigieren. Doch wie die meisten Flüchtlinge und Vertriebenen des Jahres 1945 aus Pommern und Ostpreußen, wollten auch viele der 1946 vertriebenen Schlesier lieber im Osten Niedersachsens bleiben.

Doch es gab auch Flüchtlinge und Vertriebene, die es gerade in die ländlichen Regionen im Westen Niedersachsens zog. Dazu gehörten vor allem Frauen, die vor der Roten Armee geflohen waren: Sie wollten so weit nach Westen, wie es nur eben ging.

Die Verteilung der Flüchtlinge und Vertriebenen in Niedersachsen durch die Militärregierung basierte auf Angaben aus dem Niedersächsischen Statistischen Landesamt. In seinem Rückblick über die Planungen zur Verteilung der Flüchtlinge und Vertriebenen in Niedersachsen bekannte Hans-Jürgen Malecki, Abteilungsleiter im Statistischen Landesamt, dass die Planer in Niedersachsen von den Flüchtlingen gelernt hätten.

Entgegen dem ursprünglichen Vorhaben, sie gleichmäßig über das Land zu verteilen und dabei die bei Kriegsende erfolgte Überfüllung des Ostens auszugleichen, ließen sich die Statistiker und die Militärregierung durch die Wanderungen der Flüchtlinge und Vertriebenen davon überzeugen, dass diese selbst am besten wüssten, wo ihnen das Einleben am leichtesten gelingen würde und wo sie am ehesten eine berufliche Existenz finden könnten. Malecki bilanzierte: „Die Erfahrungen haben gezeigt, dass die Leitung der Flüchtlinge aus Auffanglagern in die für sie bestimmten Gebiete nicht ohne weiteres durchführbar ist. Es sollte z. B. zunächst der Westteil Niedersachsens mit Flüchtlingen aufgefüllt werden, aber die Hauptmasse der Flüchtlinge suchte sich entgegen den ausführlichen Anweisungen ein Reiseziel nach eigenem Ermessen aus.“ Ermöglicht wurde dies, weil in Niedersachsen während der Nachkriegsjahre faktisch weitgehend Freizügigkeit herrschte.

Wie stark Entscheidungen der Flüchtlinge und Vertriebenen darüber, wo sie unterkommen und bleiben wollten, die Verteilung bestimmten, zeigen Statistiken aus dem Herbst 1946. So schwankte schon kurz nach der Ankunft der Flüchtlinge und Vertriebenen der Anteil der leistungsfähigsten Altersgruppe, der 20- bis 45-jährigen Männer, bei den kreisfreien Städten und Landkreisen zwischen 54 Prozent in der Stadt Osnabrück und unter 32 Prozent in den

Landkreisen Osterholz und Leer. In den im Bombenkrieg stark zerstörten Städten lag er mit über fünfzig Prozent am höchsten.

Die örtlichen Militärregierungen gewährten den zerstörten Städten Zuzugsverbote, d. h. sie bekamen keine Vertriebenentransporte zugewiesen und brauchten keine Einzelflüchtlinge aufzunehmen.

4. Der Zug in die Stadt

Viele Flüchtlinge und Vertriebene, die in einem Ort untergekommen waren, wo sie keine Arbeit finden konnten oder wo es keine weiterführenden Schulen für ihre Kinder in erreichbarer Nähe gab, hielten bald Ausschau, wie sie ihre Lage verbessern konnten. Viele entschlossen sich zur Abwanderung in andere Gebiete. Andere strebten in die nächstgelegenen Städte.

Die hohe Mobilität der Flüchtlinge und Vertriebenen einerseits und andererseits die Chance, von der Militärregierung ein Zuzugsverbot zu erhalten, ermöglichte den im Bombenkrieg zerstörten Städten eine eigenständige Flüchtlingspolitik. Sie nutzten dies, um gezielt junge Flüchtlinge und Vertriebene als Arbeiter anzuwerben.

Wie ein Vertriebener trotz Zuzugssperre in Osnabrück Aufnahme finden konnte, erzählt der 1920 in Ostpommern als Sohn eines Dorfschullehrers geborene **Horst Kösling**. Er war nach Kriegsende auf pfiffige Art zu einem Bauern ins Artland entlassen worden, weil er angegeben hatte, dass er von dort stamme. Er fürchtete, dass die aus dem Osten stammenden Soldaten nicht entlassen würden, sondern in Frankreich Kohle fördern müssten. Obwohl er es im Osnabrücker Land sehr gut getroffen hatte, wollte er doch nicht auf Dauer hier bleiben: Er nahm sich einen Tag frei und ging zum Arbeitsamt: „... um zu sehen, was kann man machen, und dass man natürlich in der Stadt mehr Möglichkeiten hat, das zu verwirklichen, was man will, ist klar.“

Er erhielt sofort eine Stelle als Arbeiter vermittelt. Vom Wohnungsamt bekam er auch gleich ein Zimmer. Nachdem er seine Mutter wiedergefunden hatte, stieg er beruflich in die Fußstapfen seiner Vorfahren und wurde Lehrer. Er hat in Oldenburg studiert, bekam in Osnabrück die erwünschte Stelle und konnte seine pädagogischen Überzeugungen im Sonderschulbereich verwirklichen.

Angeichts der zeitgenössischen Äußerungen, dass jeder Flüchtling für die aufnehmende Kommune eine große Belastung darstellte, klingt diese Geschichte fast unglaublich. Horst Kösling war aber, wie die Zuwanderungszahlen zeigen, kein Einzelfall.

Ein Blick auf den Osnabrücker Arbeitsmarkt liefert eine Erklärung: Obwohl durch die Luftangriffe auch Fabriken und Werkstätten zerstört worden waren, begann die Wiederaufnahme der Produktion nach Kriegsende rasch. Die Arbeitskräfte konnten nur durch Zuwanderer gewonnen werden, waren doch viele Osnabrücker gefallen, versehrt oder noch in Kriegsgefangenschaft und die wenigen noch vorhandenen einheimischen Bauhandwerker arbeiteten gegen Naturalien für Bauern im Speckgürtel der Stadt.

Für den Wiederaufbau der Wohnungen fehlten Arbeitskräfte. Die Arbeiter aus den Reihen der Flüchtlinge und Vertriebenen, von denen viele in ihrer Heimat in einem anderen Beruf gearbeitet hatten, haben desolate Wohnverhältnisse und Arbeitsbedingungen auch deshalb akzeptiert, weil sie sich gute Chancen ausrechneten, vom Wohnlager aus eine feste Bleibe in der Stadt zu finden. Eine an den Bedürfnissen des Arbeitsmarkts orientierte Flüchtlingspolitik der Städte und Industriegemeinden, gepaart mit Energie und Weitsicht der arbeitsfähigsten und wendigsten Flüchtlinge und Vertriebenen, rückte so die Verteilung nachträglich nach Gesichtspunkten des Arbeitsmarktes zurecht. Da dies seitens der daran beteiligten Städte „heimlich“ geschah, um die Zuzugssperre nicht zu gefährden und um die auch nach Kriegs-

ende noch jahrelang evakuierten Mitbürger nicht noch mehr zu verbittern, ist bis heute in der breiten Öffentlichkeit weitgehend unbekannt geblieben, dass vor allem hochmobile junge Flüchtlinge und Vertriebenen die zerstörten deutsche Städte wieder aufgebaut haben.

Wie weit es ihnen gelungen ist, die Entwicklung der von ihnen mit aufgebauten Städte auch politisch und kulturell zu prägen, ist bislang unerforscht. Auch die Kleinstädte und zentral gelegenen größeren Dörfer waren das Ziel vieler Flüchtlinge und Vertriebenen, die in entlegenen Bauerndörfern untergebracht worden waren.

Wenn schon vor Gründung der Bundesrepublik Deutschland viele Flüchtlinge und Vertriebene sich ihre neuen Wohnorte selbst suchten, so gilt das für die 1950er Jahre noch viel mehr. Die Bedingungen waren günstiger geworden: Das Grundgesetz garantierte Freizügigkeit, Umsiedlungsprogramme und andere Hilfen des Bundes erleichterten den Ortswechsel und die Städte hatten mit den ersten Zuwanderern gute Erfahrungen gemacht.

Die Wohnortwechsel bewirkten auch große Veränderungen bei der Verteilung der Flüchtlinge und Vertriebenen innerhalb Niedersachsens. Im landwirtschaftlich geprägten Regierungsbezirk Aurich im Nordwesten Niedersachsens hatten die Flüchtlinge und Vertriebenen nur noch einen Anteil von zehn Prozent an der Bevölkerung, während er in den stärker industriell geprägten Bezirken Braunschweig und Lüneburg jetzt dreimal so hoch lag. Die kreisfreien Städte, die wegen der starken Zerstörungen von Wohnraum bis 1950 vor allem Flüchtlinge und Vertriebene aufgenommen hatten, die sie sich aussuchen konnten, zogen im Bauboom der 1950er Jahre noch viel mehr Flüchtlinge und Vertriebene an. In Hildesheim, Osnabrück und Hannover hat sich die Zahl der Flüchtlinge und Vertriebenen zwischen 1950 und 1960 verdoppelt bis verdreifacht. Diese Entwicklungen schlagen sich in folgenden Zahlen nieder: Im Herbst 1946 lebten in Niedersachsen weniger als 30% aller Flüchtlinge und Vertriebenen in Orten mit über 2.000 Einwohnern. Vier Jahre später waren es bereits 50% und 1961 über 66%.

5. Integration auf dem Lande

Doch nicht alle Flüchtlinge und Vertriebenen, die auf dem Lande untergekommen waren, wanderten in die Städte ab. Schon rein äußerlich fallen auch noch heute in allen ländlichen Gebieten Niedersachsens als Zeichen der Aufnahme von Flüchtlingen und Vertriebenen die meist etwas abseits gelegenen, spitzgiebeligen Ein- und Zweifamilienhäuser auf – ursprünglich zumeist als landwirtschaftliche Nebenerwerbssiedlungen gebaut und auf vielfältigste Weisen umgestaltet und erweitert. Sie zeugen davon, dass auch auf dem Lande die Arbeitslosigkeit in den fünfziger Jahren zurückging und hier Betriebe entstanden, die sich des Arbeitskräftepotentials der Flüchtlinge und Vertriebenen auf dem Lande bedienten und gelegentlich auch von Flüchtlingen oder Vertriebenen gegründet wurden. Die Förderung des Eigenheimbaus und der landwirtschaftlichen Nebenerwerbssiedlungen auf dem Lande war eine Besonderheit der niedersächsischen Integrationspolitik. Doch es waren nicht nur die geförderten Ansiedlungsangebote, die viele Flüchtlinge oder Vertriebene auf dem Lande hielten. Wie ihre Erinnerungen zeigen, versuchten sie, auf dem Lande an vertraute Lebensverhältnisse anzuknüpfen.

In Ostfriesland, wo die Abwanderung innerhalb Niedersachsens am stärksten war, lässt sich am besten nachvollziehen, was dennoch immerhin rund 30.000 Flüchtlinge und Vertriebene in einer Region gehalten hat, die wenig Arbeitsplätze bot, und warum einige von ihnen sogar auf dem flachen Lande in ihrem ersten Aufnahmeort sesshaft geworden sind. Überschlagsrechnungen ergeben, dass Flüchtlinge und Vertriebene in großen Lagern, aus denen geschlossene Flüchtlingssiedlungen erwuchsen, kleine Selbstständige, Bauern, die wieder einen Hof erhielten, Landarbeiter, die wieder in der Landwirtschaft unterkamen, Vertriebene,

die einen einheimischen Lebenspartner gefunden hatten und Angehörige höherer Berufe wie Lehrer, Verwaltungsbeamte und Freiberufler um 1960 den Hauptanteil der in Ostfriesland lebenden Flüchtlinge und Vertriebenen stellten.

Zu ihnen gehörte die Landarbeiterfamilie **Elsner** aus Niederhannsdorf in der Grafschaft Glatz. Frau Elsner kam mit ihrer Schwester und deren kleinem Sohn bei einem Kleinbauern unter. „Das waren schwere Zeiten am Anfang [...] Die Aufnahme im Dorf war nicht gut. Die Bauern hatten ja auch nicht viel.“

Was Frau Elsner dennoch hier hielt, war die Möglichkeit, wie zuhause in Stellung gehen zu können. Frau Elsner wusste bald, wie sie die einheimischen Bauern nehmen musste: „Wenn man von den Bauern etwas wollte, etwa Pferd und Wagen, damit man etwas transportieren konnte, dann durfte man sich nicht fein anziehen. Man zog sich alte Klamotten an, nahm, wenn der Bauer auf der Diele war, den Besen zur Hand und fegt ein wenig und schließlich fragte man. Dann hieß es in der Regel: „Jau, das kannst du woll kriegen. Jau das geit woll.“

Belohnt wurde ihr Verhalten damit, dass die Familie bei der Vergabe von Bauplätzen für Flüchtlinge berücksichtigt wurde. Frau Elsner erinnert sich: „Die Gemeinde traf die Auswahl der Flüchtlinge, die dort bauen sollten. Wer bei den Bauern gearbeitet hatte, hatte bessere Aussichten, weil sie wussten, dass die arbeiten konnten.“

Flüchtlingsfamilien, die die Gemeinde nicht behalten wollte, wurden dagegen ganz anders behandelt: „Als wir bauten, sollte nebenan das fünfte Haus errichtet werden. Das ist aber nicht geschehen, stattdessen haben sie aus Leer eine alte Wehrmachtsbaracke gekauft und da vier Familien untergebracht. Diese Flüchtlinge haben sich bis auf wenige Alte verzogen.“

Obwohl Familie Elsner von der einheimischen Bevölkerung sozusagen die Bestnote unter den Flüchtlingen erhielt, blieben doch Probleme: „Wir waren früher katholisch. Das war auch schwer. Korinthenkacker wurden wir genannt oder korinthenkatholisch. Besonders schwer war's für unsere Tochter in der Schule. Wenn der Pastor im Winter Religionsunterricht gab, dann hat er sie in die Kälte rausgeschickt. Wenn ich meine Eltern nicht hier gehabt hätte, hätte ich meine Kinder gar nicht erst katholisch taufen lassen. [...] Unsere Kinder waren abgesonderte Leute. Später sind sie evangelisch geworden und wir schließlich auch.“

Die Familie Elsner war damit kein Einzelfall. Die Möglichkeit, in der Arbeit in einem Geestbauerndorf mit vergleichsweise geringen sozialen Unterschieden an Vertrautes wieder anzuknüpfen zu können, gestaltete das Leben in der Diaspora und die Sehnsucht nach Wald und Bergen erträglicher und überwog für sie auch die besseren Verdienstmöglichkeiten in Industrieregionen. Das Beispiel zeigt wiederum, dass es Wahlmöglichkeiten gab. So hat sich die Familie Elsner für das Leben in jedenfalls einigermaßen vertrauten Zusammenhängen auf dem Lande entschieden und dafür einen Konfessionswechsel in Kauf genommen. Solche Entscheidungen waren oft sehr komplexe Abwägungen und es kam auch gelegentlich vor, dass Vertriebene z. B. aus Nordrhein-Westfalen wieder nach Niedersachsen zurückkehrten.

Viele katholische Grafschafter gehörten zu den frühen Abwanderern aus Niedersachsen. Das zeigte sich besonders im „urevangelischen“ Ostfriesland, aber auch niedersachsenweit: Der Anteil der Katholiken unter den Flüchtlingen und Vertriebenen in Niedersachsen sank von 28 Prozent im Jahr 1946 auf 19 Prozent im Jahre 1961. Entsprechend ging auch der Anteil der Schlesier zurück. Viele zogen nach Nordrhein-Westfalen.

Für die Schlesier war das Einleben in Niedersachsen meist schwieriger als für Ostpreußen oder Pommern. Das fing schon damit an, dass sie später eintrafen und die besten – oder besser gesagt „erträglichsten“ – Unterkünfte längst belegt waren. Doch auch von der

Mentalität und von der Sprache her gab es größere Unterschiede zur einheimischen Bevölkerung als für Pommern und Ostpreußen.

Dies wird deutlich in den Erinnerungen von **Johannes Willms**. Der Sohn einer einheimischen Landarbeiterfamilie erinnerte sich, wie er als 7-jähriger Schüler die Ankunft von Vertriebenen aus Schlesien in seinem Heimatdorf erlebte: „Es war für uns eine gänzlich neue Welt. Die waren einfach ganz anders als die Ostfriesen. So ein Beispiel: hier bei uns wurde nur Kuchen in Kastenform gebacken und nach 45 stellten die dann fest, Mensch es gibt noch mehr Kuchen, die Flüchtlinge können den Kuchen ja backen. Da haben sie dann vom Bäcker diese Platten geholt, haben Teekuchen gemacht und Mohnkuchen, kannten wir gar nicht. Und brachten diese Platten dann zum Bäcker und wir haben dann gestaunt und geguckt. Die haben auch viel Kultur hierher gebracht.“

Viele Flüchtlinge und Vertriebene suchten sich Regionen, in die sie „passten“, beruflich, kirchlich und von der Mentalität her. In den Landgebieten haben sie die Einsicht in die Bedeutung der Schulbildung und der Berufsausbildung erhöht. Durch ihre Karrieren in Schule und Verwaltung haben sie auch dazu beigetragen, dass viele Stellen im öffentlichen Dienst mit Menschen ländlicher Prägung besetzt werden konnten, die dauerhaft hier blieben. So kann man als Wirkung der Flüchtlinge und Vertriebenen in Niedersachsen neben ihrem bislang unterschätzten Anteil am Wiederaufbau der Städte und der Industrie durchaus auch eine „Stärkung der Provinz“ feststellen – sowohl unter wirtschaftlichen Aspekten, aber auch politisch und kulturell.

1. In der Nachkriegszeit im Nordwesten

Als Einstieg möge ein kurzer Blick in ein Interview dienen, das auf den ersten Blick nichts mit dem Thema zu tun hat. Die im Rahmen der Vorbereitungen zu einer Elektrizitätsausstellung für das Museumsdorf Cloppenburg¹ befragte Herta G. durchlief eine für kurz nach dem Ersten Weltkrieg geborene ambitionierte junge Frauen nicht eben untypische Odyssee auf dem Weg zu ihrem Lebensberuf. Die Bremerin absolvierte zunächst den Arbeitsdienst, um sich um einen Studienplatz bewerben zu können, dann 1941 bis 1943 eine landwirtschaftliche Lehre in Pommern und im Oldenburgischen.



Danach war in der Kriegsend- und Nachkriegszeit an ein Studium nicht mehr zu denken, und mit wechselnden Hilfstätigkeiten mussten viele Jahre überbrückt werden, bis 1947, als sich Herta G. mit 300 anderen Erstsemestern in Stuttgart-Hohenheim für die Agrarwissenschaften einschrieb, da die vergleichbaren Hochschulinstitute in Göttingen, Kiel und Berlin noch längst nicht wieder annähernd funktionsfähig waren. Nachdem sich die nicht mehr ganz junge Frau nach ihrem Studienabschluss 1950 ihren Interessenschwerpunkt in der Tierzucht wegen der vielen heimkehrenden Männer in diesem Bereich versagen musste, entschied sie sich nach der Promotion für eine Stelle als Energieberaterin bei der Energieversorgung Weser-Ems, die sie vom Standort Westerstede aus von 1956 bis 1962 ausfüllte. Frau G. schildert ihre Eindrücke der Nachkriegsgesellschaft im Nordwesten:



„Die Leute haben sich wirklich noch im Spülstein, der so kümmerlich auch gemauert war, wie das üblich war, mit so einem hohen Rand, haben sich ganz viel im Sommer unter ihrer Pumpe draußen gewaschen. Und die Ostfriesen, die hatten ja nicht mal richtig Grundwasser, die haben ja alle ein großes Bassin für Regenwasser gehabt. Die haben ja nur von Regenwasser gelebt.“²

Umschlagtitel einer von der EWE herausgegebenen Informationsschrift zur Elektroberatung mit Herta G. auf dem Titelbild, 1957. (Bildarchiv EWE, Oldenburg).

¹ Vgl. als Begleitpublikation zur Ausstellung Tautz, Joachim: Mehr Licht! Elektrifizierung des ländlichen Raumes. Mit Beiträgen von Manuel Bunger u. a. (Materialien und Studien zur Alltagsgeschichte und Volkskultur Niedersachsens 37). Cloppenburg 2005.

² Interview geführt von Wolfgang Hase 2005, Kamera Ruth Klütsch; Archiv Museumsdorf Cloppenburg.

Die Einführungen in den Haushaltsgebrauch der Elektrizität sind in dieser Situation weit mehr als nur ein Akt der Energieberatung. Sie treten auch als Form der zivilisatorischen Missionierung auf, die allerdings vor Ort durchaus auf großes Interesse stößt.

„Dann hat man sich ausgeguckt, wo muss man am meisten hin. ... Wo wir hingingen, da haben wir eigentlich immer geguckt, wo genügend Leute waren und wo man am weitesten zurück war, wo es einfach am nötigsten war, und das war, und das war viel im Moor und im Saterland, die Ecke hatte ich vom Ammerland, noch so ein Stück Saterland. Die waren also am meisten ‚hinterm Mond‘, muss man sagen, waren sie einfach. ... Das war ja ganz kümmerlich, im Grunde genommen.“



Herta G. im Interview, Kamera: Ruth Klütsch, 2005. (Archiv Museumsdorf Cloppenburg).

Die kleine Mannschaft der mobilen Berater hatte alle energetischen Attribute der Nachkriegshausfrau auf ihrem Wagen dabei und war in der Lage, an jedem Ort eine Vorführung vor allem im Gebrauch der zentralen Haushaltsgeräte wie Elektroherd, Waschmaschine und Wäscheschleuder zu geben. Der Erfolg war mehr als durchschlagend und ein sichtbares Fanal für die verheißungsvollen Segnungen der Elektrifizierung.

„Und dann sind wir umeinander gezogen mit einem Anhänger, und da hatten wir auf der einen Seite aufgestellt: Herd, Kühlschrank, Waschmaschine ... mit Schleuder, Heißwasser zu machen in der Waschmaschine. Und dann hatten wir natürlich die Kleingeräte mit. Damit sind wir über Land gezogen. ... Nun brauchten wir ja schmutzige Wäsche zum Waschen; haben wir auch gekriegt. ... Und die sah manchmal aus! Die Leute haben ja höchstens alle vier Wochen, und im Winter noch nicht mal alle vier Wochen waschen können. ... Und dann, wie diese Wäsche da rauskam aus der Waschmaschine. Die haben sich ja nicht wieder [ein]gekriegt, wie sauber die war, wie weiß die war. Das hatten sie ja mein Lebtag ungefähr noch nicht erlebt.“

Die Verhältnisse, von denen Herta G. hier für die Mitte der fünfziger Jahre aus dem Saterland berichtet, einer Region aus drei Geestinseln inmitten eines unübersehbaren Moorgeländes ganz im Norden des Landkreises Cloppenburg, entsprachen noch der Lebenssituation in den Kriegs- und Vorkriegsjahren, also jenen mehr oder weniger vortechnischen Bedingungen des Daseins, mit dem auch die ankommenden Flüchtlinge und Vertriebenen konfrontiert waren, deren Erfahrungshintergrund unter anderem von den hochindustrialisierten Gebieten Schlesiens oder den großflächigen pommerschen Gutswirtschaften geprägt war.³ Den verspäteten landwirtschaftlichen Technisierungsschub in der noch ungewissen „Heimat“ mögen ausschnitthaft folgende Zahlen illustrieren: Verrichteten 1948 in Scharrel, Ramsloh und Strücklingen, den drei saterländischen Gemeinden, beachtliche 857 Pferde ihren Dienst, so sank deren Zahl bis 1960 erst noch wenig auf 576, bis 1970 dann aber rapide auf nur noch 95 Stück,

³ Vgl. u. a. Conrads, Norbert (Hg.): Schlesien. (Deutsche Geschichte im Osten Europas 3). Berlin 1994; Buchholz, Werner (Hg.): Pommern. (Deutsche Geschichte im Osten Europas 9). Berlin 1999; DEUTSCHES HISTORISCHES MUSEUM BERLIN (Hg.): Deutsche im Osten. Geschichte - Kultur - Erinnerungen. (Ausstellungskatalog). Berlin 1994.

während gleichzeitig im gesamten Landkreis Cloppenburg die Zahl der motorgetriebenen Zugmaschinen bereits zwischen 1948 und 1960 von 193 auf 2.593 kletterte.⁴

Doch dabei handelte es sich nur um äußerliche Kennzeichen für den massiven Sprung, der diese extreme, aber nicht eben untypische Agrarregion binnen weniger Jahre in eine lange versäumte Moderne katapultierte. Von den 13.000 Haushaltungen im Landkreis Cloppenburg verfügten 1950 gerade einmal 1.100 über ein Badezimmer⁵, und im Saterland war schon der Zugang zu einigermaßen trinkbarem Wasser ein unschätzbares Privileg. „Wir zum Beispiel,“ so berichtet Hermann Dumstorf aus Ramsloh-Hollen, „... holten das Wasser zum Teekochen von unserem Nachbarn. Der hatte völlig klares Wasser. Wir hätten auch unser eigenes Wasser nehmen können; es schmeckte gut. Aber es war ganz braun.“⁶ Ortsbildprägend war hier neben den dicht gedrängt stehenden Höfen der Torfbrunnen, der, so Dumstorf weiter, „neben jedem Haus stand. So ein Brunnen“, erinnert er sich, „war maximal 3 bis 4,50 Meter tief. Sie wurden mit Torfsoden aufgemauert. Torf hatte ja jeder hier.“⁷ Doch diese hygienischen Bedingungen waren nur ein besonders markantes Kennzeichen für die Rückständigkeit, die dem Ankommenden wie dem Durchfahrenden unmittelbar ins Auge fiel. So fasst ein Reisender noch 1950 seine Eindrücke zusammen:

„Es gibt Bauernhäuser, in denen der Mensch mit dem Vieh nicht nur unter einem Dache haust, wie das ja auch im modernen friesischen ‚Burenplaats‘ noch geschieht, sondern auch im gleichen Raum, der Küche, Wohnstube und Schlafzimmer in einem darstellt, durch keine Wand von der Tenne und der Scheune getrennt ist und in dem man vom ‚Sörgstohl‘ am ‚Herdfüer‘ aus frei in den Stall schauen kann, wo die ‚Swartbunten‘ gemächlich wiederkäuen. Von dort kann man den Heustapel auf dem offenen Boden überschauen und zusehen, wie die Hühner auf das ‚Rick‘ flattern. [...] Mitten auf der Steindiele des Wohnteiles des Einraumes ist die Feuerstelle angelegt, von der ein leichter Torfrauch aufsteigt [...], in dem die Schinken und Würste sich gut halten.“⁸

Was der Besucher als romantische Ursprünglichkeit genoss, und was der damalige Direktor des Cloppenburger Freilichtmuseums in Gestalt des Hauses Deddens 1959 fasziniert in das Museumsdorf translozierte⁹, machte für die hierher verschlagenen Vertriebenen – in der Gemeinde Strücklingen z. B. noch 1951 insgesamt 650 von 3.144 Einwohnern – kaum einen wahrnehmbaren Unterschied zu den für sie errichteten Nissenhütten aus. Der hier im Prozess der Motorisierung der Landwirtschaft so beliebte zwölf PS Deutz-Traktor, für Einwohner von Industriegebieten, aber auch für Arbeiter von großen pommerschen Landgütern ein eher schwerfälliges Kleingerät, symbolisierte daher den Anschluss an eine Gegenwart, die durch den Nationalsozialismus noch einmal weiter in die Ferne gerückt worden war, als dies von den naturräumlichen Bedingungen ohnehin schon erzwungen wurde.¹⁰ Er symbolisierte aber auch jenen Prozess einer atemberaubenden Modernisierung, den nun die ganze Bevölkerung –

⁴ So die Zahlen bei Klöver, Hanne: Spurensuche im Saterland. Ein Lesebuch zur Geschichte einer Gemeinde friesischen Ursprungs im Oldenburger Land. Norden [1998], S. 558.

⁵ Ebd. S. 512.

⁶ Ebd. S. 570.

⁷ Ebd. S. 512.

⁸ Ebd. S. 510.

⁹ Vgl. Meiners, Uwe: Pläne schmieden - Fakten schaffen. Geschichte des niedersächsischen Freilichtmuseums. In: Uwe Meiners (Hg.), 75 Jahre. Heimatmuseum – Museumsdorf – Niedersächsisches Freilichtmuseum in Cloppenburg. Cloppenburg 1997, S. 11-85, hier S. 34.

¹⁰ Vgl. zur Entwicklung der landwirtschaftlichen Zugmaschinen Bauer, Armin: Schlepper – Die Entwicklungsgeschichte eines Nutzfahrzeugs. Stuttgart 1987; Renius, Karl Theodor: Zur Entwicklung des Traktors von 1945 bis in die 80er Jahre. In: Oliver Fok/Ulf Wendler/Rolf Wiese (Hg.), Vom Klepper zum Schlepper. Zur Entwicklung der Antriebskräfte in der Landwirtschaft. (Arbeit und Leben auf dem Lande 3). Ehestorf 1994 263- 276; Herrmann, Klaus: Traktoren in Deutschland. Firmen und Fabrikate von 1907 bis heute. 3. Aufl. Frankfurt a. M. 2000.

Einheimische wie Vertriebene – in solchen ländlichen Räumen binnen weniger Jahre durchlief.¹¹



*Deutz-Traktor mit Anhänger beim Überfahren einer Brücke im Saterland, um 1960.
(Klöver, Spurensuche, S. 513).*

2. Entwicklung der Oral History

Galt 1991 für die Oral History in Deutschland noch, dass „... der Name dieser Methode [...] hier anerkannter als ihre Wissenschaftlichkeit“¹² sei, so kann das Verfahren insgesamt inzwischen als etabliert, vor allem aber die Menge der lebensgeschichtlichen Erhebungen durchaus als heute kaum noch überschaubar gelten. Fühlten sich die Protagonisten einer unter anderem mit diesen Interviews betriebenen Hinwendung zur Alltagsgeschichte am Ende der achtziger Jahre durchaus noch wie „Missionare im Ruderboot“¹³ – die allerdings bereits ebenso unwahrscheinliche wie wegweisende Studien wie etwa Lutz Niethammers Erforschung der „volkseigenen Erfahrung“¹⁴ in einer DDR-Industrieregion hervorbrachten –, so gehört heute der Rückgriff auf den Erfahrungsbereich unter anderem mit lebensgeschichtlichen Interviews zum Standardrepertoire zeitgeschichtlicher Forschung. BIOS, eine eigene Zeitschrift bietet eine deutsche publizistische Plattform für die nationale und internationale Diskussion in diesem Forschungsbereich, und Sammlungen wie etwa das Archiv *Deutsches Gedächtnis* mit 2.700 archivierten und bearbeiteten Interviews¹⁵ oder die *Werkstatt der Erinnerung* in der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg mit ca. 1.300 Interviews¹⁶ können bereits auf eine reichhaltige zwanzigjährige Erhebungs- und Forschungsgeschichte zurückblicken. Große internationale Archive mit Zeitzeugenbefragungen unterstreichen den prominenten Platz, der Quellen zur Erinnerung und Erfahrung historischer Vorgänge inzwischen zukommt. Und nicht zuletzt bietet die 1996 gegründete International Oral History Association (IOHA) nicht

¹¹ Vgl. zu dieser Entwicklung im Lande Oldenburg auch Ziessow, Karl-Heinz: Ernährung und Landwirtschaft um 1950. In: Eckhardt, Albrecht (Hg.), Oldenburg um 1950. Eine nordwestdeutsche Region im ersten Nachkriegsjahrzehnt. Oldenburg 2000, S. 151-177.

¹² Von Plato, Alexander: Oral History als Erfahrungswissenschaft. Zum Stand der „mündlichen Geschichte“ in Deutschland. In: BIOS 4,1:1991, S. 97-119; Zitat S. 97.

¹³ So etwa die Titelwahl bei Medick, Hans: „Missionare im Ruderboot“? Ethnologische Erkenntnisweisen als Herausforderung an die Sozialgeschichte. In: Lüdtke, Alf (Hg.): Zur Rekonstruktion historischer Erfahrungen und Lebensweisen. Frankfurt/New York 1989, S. 48-84.

¹⁴ Niethammer, Lutz / von Plato, Alexander u. a. : Die volkseigene Erfahrung. Eine Archäologie des Lebens in der Industrieprovinz der DDR. 30 biographische Eröffnungen. Berlin 1991.

¹⁵ So die Angaben bei <http://www.fernuni-hagen.de/geschichteundbiographie/deutschesgedaechtnis/>; 2.4.2011.

¹⁶ Zahlenangabe bei <http://www.zeitgeschichte-hamburg.de/index.php?id=9&stufe=9>; 2.4.2011

nur eine Plattform für den internationalen wissenschaftlichen Austausch, sondern auch für Fragen der Anwendung dieses Materials und seines politischen Stellenwerts.¹⁷

2008 konnten schließlich die Ergebnisse eines großen internationalen, von der Stiftung *Erinnerung, Verantwortung und Zukunft* geförderten und vom Institut für Geschichte und Biographie der Fernuniversität Hagen geleiteten internationalen Projekts zur Geschichte der Zwangsarbeit im Nationalsozialismus vorgelegt werden, das mit fast 600 Interviews vor allem der Frage nachgegangen war, „... wie die Erlebnisse während des Nationalsozialismus das weitere Leben derjenigen beeinflussten, die zur Sklaven- und Zwangsarbeit nach Deutschland transportiert worden waren oder in den besetzten Gebieten Zwangsarbeit geleistet hatten“.¹⁸ Auch hier standen also nicht mehr die Ereignisse selbst, sondern deren Wirkungen und deren Verarbeitung in lebensgeschichtlicher Perspektive im Vordergrund, die „Untersuchung der verarbeiteten Geschichte“ und die „Bearbeitung der Folgen bestimmter Erlebnisse auch der Zwangsarbeit für die weitere Biografie“.¹⁹ Herausgestellt wird im Ergebnis der ‚Flickenteppich der Erinnerungskulturen‘, der vor allem von der unterschiedlichen nationalen Anerkennung oder Tabuisierung der Erfahrungen langfristig hervorgebracht wurde. Gleichwohl standen auch bei diesem Projekt weniger analytische Ansätze im Vordergrund als vielmehr das Anliegen „ein Denkmal ganz besonderer Art“²⁰ zu schaffen.

Unter den „vier paradigmatisch[n] Revolutionen“, ²¹ die Alistair Thomson im Rückblick auf eine auch von ihm ganz wesentlich mitgeprägte Bewegung zu erkennen glaubt, steht die erste für die Überzeugung, mit Hilfe von Oral History bislang in der traditionellen Archivüberlieferung unbekannte Sachverhalte zu dokumentieren und zu erschließen. Die zweite wurde vor allem von dem Bemühen getragen, Aspekten wie Subjektivität und Gedächtnis ihren Platz in der Geschichtsschreibung zu erobern – Erinnerung als Forschungsobjekt wurde damit selbst zum Thema der Oral History. Nach einem dritten Paradigmenwechsel rückt nach Thomson in den achtziger Jahren die Interviewbeziehung selbst in den Mittelpunkt der methodischen Erwägungen, und die vierte Periode der „digitalen Revolution der Oral History“ wird vor allem von neuen Möglichkeiten der Strukturierung und Erschließung der bislang stets nur sequentiell zugänglichen Quellen gekennzeichnet.

Bereits frühzeitig wurde auch in der deutschen Diskussion erkannt, dass die aus der Begeisterung für die vermeintlich „authentische“ Aussagekraft der Befragten geborene Ereignisrecherche in Form detaillierter Sachfragen die Interviewten unter einen überaus kontraproduktiven Erinnerungsdruck stellte.²² Das „narrative“ Interview, das die „Zugzwänge des Er-

¹⁷ Vgl. als Überblick auch Perks, Robert / Thomson, Alistair (Hg.): *The Oral History Reader*. 2. Aufl. (1. Aufl. 1998). London/New York 2006.

¹⁸ Von Plato, Alexander / Leh, Almut u. a. (Hg.): Einleitung der Herausgeber. In: Alexander von Plato/Almut Leh/Christoph Thonfeld (Hg.), *Hitlers Sklaven. Lebensgeschichtliche Analysen zur Zwangsarbeit im internationalen Vergleich*. Wien/Köln/Weimar 2008, S. 9-23, hier: S. 19.

¹⁹ Von Plato, Alexander: „Es war moderne Sklaverei.“ Erste Ergebnisse des lebensgeschichtlichen Dokumentationsprojekts zur Sklaven- und Zwangsarbeit. In: Alexander von Plato/Almut Leh/Christoph Thonfeld (Hg.), *Hitlers Sklaven. Lebensgeschichtliche Analysen zur Zwangsarbeit im internationalen Vergleich*. Wien/Köln/Weimar 2008 402-441, hier S. 430.

²⁰ Von Plato, Sklaverei, S. 441.

²¹ Thomson, Alistair: Eine Reise durch das Gedächtnis unserer Bewegung. Vier paradigmatische Revolutionen in der Oral History. In: Almut Leh/Lutz Niethammer (Hg.), *Kritische Erfahrungsgeschichte und grenzüberschreitende Zusammenarbeit. The Networks of Oral History*. Festschrift Alexander von Plato. (BIOS Sonderheft 20). Leverkusen Opladen 2007, S. 21-29.

²² Vgl. Breckner, Roswitha: Von den „Zeitzeugen“ zu den „Biographen“. Methoden der Erhebung und Auswertung lebensgeschichtlicher Interviews. In: Berliner Geschichtswerkstatt (Hg.), *Alltagskultur, Subjektivität und Geschichte. Zur Theorie und Praxis von Alltagsgeschichte*. Münster 1994, S. 199-222.

zählens“²³ als Instrument und Zugang zu Konstruktionsvorgängen der Erinnerung nutzt, gewann daher nach dem Vorbild sozialwissenschaftlicher Ansätze, vor allem jenen von Fritz Schütze, sehr bald eine Vorrangstellung. Schütze unterscheidet nach der das Gespräch einleitenden „Erzählaufforderung“ eine vom Interviewer nicht unterbrochene Haupterzählung, der sich eine Nachfragephase anschließt, in der immanente Unklarheiten und ausgelassene Themen angesprochen werden, bevor eine Bilanzierungsphase die Ergebnisse des Gesprächs zusammenfasst. Dies Verfahren hat auch dort seine grundlegende Gültigkeit bewahrt, wo Befragung – wie etwa bei nationalsozialistischen Tätern – kaum ohne die Äußerung von Positionen und Bewertungen durchgeführt werden konnten. Erst die damit eingeführte Kontextualisierung von Aussagen innerhalb der erzählten Lebensgeschichte eröffnete Möglichkeiten der Bewertung und Analyse, vor allem aber auch der Quellenkritik, mit der sich die Oral History als wissenschaftliches Verfahren auszuweisen vermochte. Den Erzählenden als Quelle zu erschließen, stellt dabei mindestens ebenso große Anforderungen an die methodische Kompetenz des Historikers wie der tradierte Umgang mit schriftlichen Dokumenten und Urkunden. Lutz Niethammer hat dabei noch einmal den wichtigen Unterschied zu den Interviews in den benachbarten sozialwissenschaftlichen Disziplinen hervorgehoben, indem er darauf hinwies, dass „in der ‚oral history‘ im strengeren sozialwissenschaftlichen Sinn keine narrativen Interviews“ durchgeführt werden, sondern versucht wird, „einen Gedächtnisraum anhand bekannter Anforderungen zu öffnen und ihn dann durch Assoziationen, Übertragungen, Sinnbildungen und den Ablauf latenter Informationen zu erweitern“.²⁴ Daraus ergibt sich eine weitergehende Nachbarschaft zu psychologischen Fragestellungen, auf die am Schluss dieses Beitrags noch kurz einzugehen ist.

Während die Dokumentation und Erforschung von Flucht und Vertreibung schon seit ihren Anfängen ganz wesentlich auf Erfahrungsberichte aus dem Mund und der Feder von unmittelbar Betroffenen zurückgriff, haben auch hier die methodischen Entwicklungen der lebensgeschichtlichen Forschung zu einer neuen Auseinandersetzung mit der Vertreibung und den zahlreichen Formen ihrer subjektiven Erinnerungen und Wirkungen geführt. Verfolgten frühe Erhebungen zu diesem Thema – wenn sie nicht wie die Befragungen des Bremer Erzählforschers Alfred Cammann in den Nachkriegsjahren am Brauchtum der Herkunftsgebiete interessiert waren – noch im wesentlichen das Ziel der Erhebung und Sicherung neuer Fakten zu Ablauf, Umfang und Erscheinungsformen von Flucht und Vertreibung, so öffneten sich auch hier die Untersuchungen in den späten siebziger Jahren zunehmend lebensgeschichtlichen Fragestellungen. Albrecht Lehmanns Arbeit *Im Fremden ungewollt zuhaus* von 1991, die eine Vielzahl von Quellengattungen zur Geschichte der Flüchtlinge und Vertriebenen berücksichtigt, fasst gleichsam zwei Jahrzehnte autobiografischer Erhebungen am Hamburger Institut für Volkskunde zusammen. Und wenn schließlich die Ausstellung im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland über *Flucht, Vertreibung, Integration* Vertriebenenbiografien in den Fokus ihrer Betrachtung rückte,²⁵ so wird man auch hierin die Wirkung einer anhaltenden Rezeption lebensgeschichtlicher Erkundungen sehen dürfen, die nicht nur

²³ Vgl. Schütze, Fritz: Biographieforschung und narratives Interview. In: Neue Praxis 3:1983, S. 283-293; als Überblick auch Küsters, Yvonne: Narrative Interviews. Grundlagen und Anwendungen, 2. Aufl. Wiesbaden 2009.

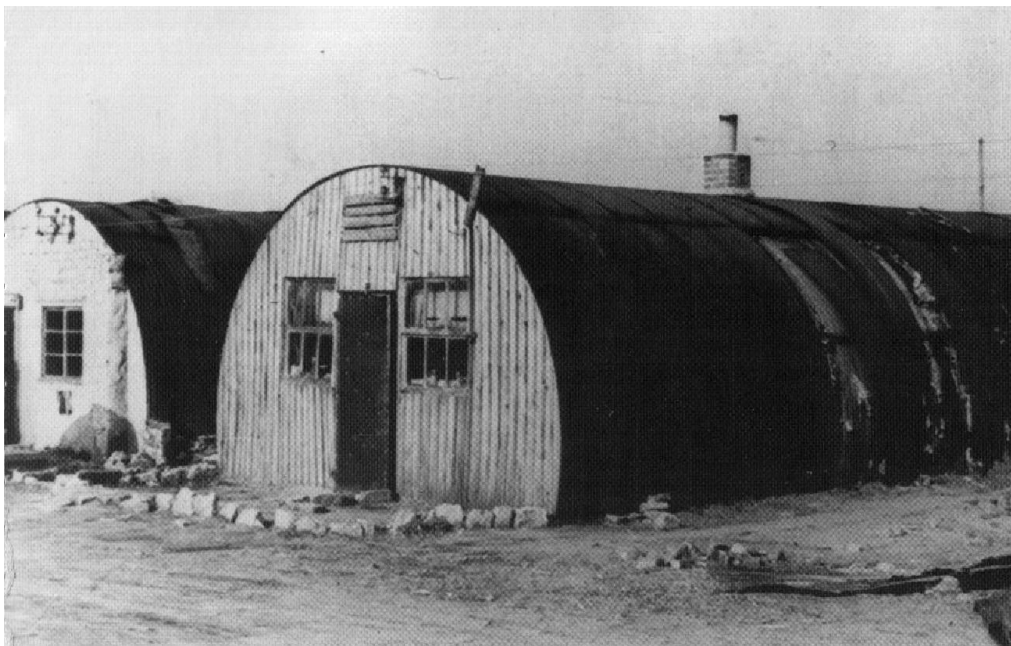
²⁴ Niethammer, Lutz: Was unterscheidet Oral History von anderen interviewgestützten sozialwissenschaftlichen Erhebungs- und Interpretationsverfahren? In: Almut Leh/Lutz Niethammer (Hg.), Kritische Erfahrungsgeschichte und grenzüberschreitende Zusammenarbeit. The Networks of Oral History. Festschrift Alexander von Plato. (BIOS Sonderheft 20). Leverkusen Opladen 2007, S. 60-65, Zitat S. 63.

²⁵ Vgl. FLUCHT, VERTREIBUNG, INTEGRATION. Begleitbuch zur Ausstellung im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bon, 3. Dezember 2005 bis 17. April 2006, im Deutschen Historischen Museum, Berlin, 19. Mai bis 13. August 2006, im Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig, 1. Dezember 2006 bis 15. April 2007. 2. Aufl. Bonn 2006.

in diesem Themenfeld, sondern auch in zeitlich und sachlich eng verwandten Bereichen wie etwa dem der Kriegsgefangenschaft mit ähnlichen Mitteln zu operieren gelernt hat.²⁶

3. Regionale Beispiele – Formen der Berichterstattung

Das nach langer Abstinenz in den achtziger Jahren wieder an Aktualität gewinnende Thema der Vertreibung und ihrer lebensgeschichtlichen Folgen²⁷ hat fast zwangsläufig dort zu neuen Erhebungen, Forschungen und Ausstellungen geführt, wo, wie in dem vom Krieg nur wenig berührten ländlichen Raum Nordwestniedersachsens, ein namhafter Bevölkerungszustrom in der Zeit von Flucht und Vertreibung seine Spuren hinterlassen hatte. Ganz selbstverständlich griffen diese Studien und Sammlungen jene Methoden und Verfahren auf, die sich in der lebensgeschichtlichen Forschung dieser Zeit herausgebildet hatten.



Nissenhütten im osnabrückischen Belm in den Nachkriegsjahren (Bade/Meier/Parisius 1997, S. 33).

So konnte die von Klaus Bade, Hans-Bernd Meier und Bernhard Parisius 1997 herausgegebene Studie *Zeitzeugen im Interview* auf über dreißig, vorwiegend von Mitarbeitern des Faches Neueste Geschichte der Universität Osnabrück in den Jahren 1985 und 1986 durchgeführte Interviews zurückgreifen, die eine Erinnerungslandschaft aus „Grunderfahrungen des Weges in den Westen, über Ankunft und erste Jahre in Osnabrück und im Osnabrücker Land“ nachzeichnen, die „auch 40 oder 50 Jahre in der Erinnerung wenig von ihrer unmittelbaren Eindringlichkeit verloren“²⁸ haben. Sie rekonstruieren in sachlicher Anordnung in

²⁶ Vgl. etwa Peters, Christian: Biographische Spuren. Ziel, Konzept und Realisierung der Ausstellung. In: Kriegsgefangene - Voennoplennye. Sowjetische Kriegsgefangene in Deutschland – deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion. Begleitbuch zur Ausstellung im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Düsseldorf 1995, S. 11-14. Dazu auch die vom Haus der Geschichte der Bundesrepublik gesammelten und bereitgestellten autobiografischen Dokumente http://www.dhm.de/lemo/forum/kollektives_gedaechtnis/ [20.9.2010].

²⁷ Vgl. dazu die Ergebnisse einer von Helga Grebing geleiteten Konferenz in Rainer SCHULZE/Doris VON DER BRELIE-LEWIEN u. a. (Hg.): Flüchtlinge und Vertriebene in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte. Hildesheim 1987. Sowie als publizistisch geschickt platziertes Resümee einer seither nicht versiegenden Auseinandersetzung Andreas KOSSERT: Kalte Heimat. Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945. (1. Aufl. München 2008). München 2009.

²⁸ Bade, Klaus J.: Einführung. In: Klaus J. Bade, Hans-Bernd Meier, Bernhard Parisius (Hg.), *Zeitzeugen im Interview. Flüchtlinge und Vertriebene im Raum Osnabrück nach 1945*. Osnabrück 1997, S. 7-12; Zitat S. 10.

prägnanten Äußerungen die Betroffenenperspektive der vom Flüchtlingszustrom teilweise überwältigten, deshalb aber nicht weniger rational – vor allem unter Arbeitskraftgesichtspunkten – kalkulierenden Kommunalverwaltungen, die der kaum zu befriedigenden Nachfrage nach behelfsmäßigen Unterkünften und dem zum Leben Nötigsten zu genügen suchten. Während es den Industriegemeinden und den Nachbargemeinden der Stadt Osnabrück weitgehend gelang, die Flüchtlingsströme im eigenen Interesse zu filtern und die stark zerstörte Stadt Osnabrück selbst eine gezielte Zuzugspolitik im Interesse des Wiederaufbaus betrieb, ergoss sich der überwiegende Teil der nicht selten im ursprünglichen Dorfverband ankommenden ‚Neubürger‘ in die Bauerndörfer des Osnabrücker Landes.

Allen Interviewten sind die Gefahren und Schrecken des Transports, vor allem auch die ständige Ungewissheit der Tage und Wochen der Flucht vielfach noch in dramatischen Bildern unmittelbar gegenwärtig. „Flucht, das ist das Schlimmste“,²⁹ resümierte eine 1920 in Pommern geborene Frau stellvertretend für die allermeisten der Vertriebenen, die sich „eingeladen wie die Tiere“³⁰ vorkamen, wie es wiederum eine 1931 geborene Schlesierin formulierte. „Ach, Deutsch sprechen könnt Ihr auch“, hieß es dann gelegentlich nach der Ankunft im Osnabrückischen – eine vielsagende Sentenz, die ebenso viel anfängliche Abweisung wie vor allem Fremdheit und Unverständnis gegenüber den von der Flucht Gezeichneten ausdrückte, wie sie auf der anderen Seite als Teil einer Reihe von Demütigungen empfunden werden musste, die mit der Auswahl zur Unterbringung und zur Beschäftigung fast zwangsläufig verbunden waren. Das Bestreben der Gemeinden, die Zahl der zu Versorgenden zu begrenzen, wurde auf der Seite der Flüchtlinge als nicht enden wollende Mühsal der Suche nach Unterkunft, Verpflegung und Arbeit empfunden, auch wenn Verständnis für die beschränkten Möglichkeiten der anderen Seite vorhanden war: „Also, die konnten uns wirklich nichts anderes bieten“,³¹ muss auch eine 1939 in Schlesien geborene Frau schließlich feststellen. Schmähungen als ‚Kartoffelkäfer‘ und ‚Rucksackdeutsche‘ begleiteten den Prozess des Einlebens dann ebenso regelmäßig wie Zeugnisse der Unterstützung und der mehr oder minder erfolgreichen Strategien des Einlebens in einer landschaftlich, konfessionell und kulturell gänzlich andersartigen Umgebung.

Etwa zur gleichen Zeit führte auch das Stadtmuseum Oldenburg ein Oral History Projekt durch, in dem zahlreiche mehrstündige Tonbandinterviews angefertigt wurden, deren Inhalte in die vom Museum publizierten Sammelbände der Senioren-Geschichtswerkstatt Eingang gefunden haben und zu den Quellen einer späteren Sonderausstellung gehörten. Für die nicht nur vom Krieg, sondern auch von etwaigen Migrationsvorgängen im Rahmen der Industrialisierung weitgehend unberührte beschauliche ehemalige Residenzstadt wurde der Zustrom von Flüchtlingen und Vertriebenen zur „größten Herausforderung der 600jährigen Stadtgeschichte“.³² Massive Wohnungsbauanstrengungen veränderten hier vielleicht noch mehr als anderswo die Stadtgestalt und -struktur ebenso grundlegend wie sie „ein stabiles Arrangement zwischen Einheimischen und Flüchtlingen“ herbeiführten. Unter der Oberfläche aber blieb jene vielen Migrationsvorgängen eigene Ambivalenz, der Andreas von Seggern nachgegangen ist, und die auch in einer der für viele andere typischen Interviewpassage aus dem Ende der achtziger Jahre zum Ausdruck kommt:

„Ich muss sagen, die Bangigkeit nach der Heimat blieb. Ich bin froh, dass wir nach Oldenburg gekommen sind, denn Oldenburg gefällt mir gut. Als zweite Heimat bin ich

²⁹ Ebd. S. 103.

³⁰ Ebd. S. 113.

³¹ Ebd. S. 135.

³² Von Seggern, Andreas: „... da haben sie gedacht, wir sind alle ‚Pollacken‘“. Zur Aufnahme und Integration von Vertriebenen und Flüchtlingen in der Stadt Oldenburg. In: Hans-Ulrich Minke/Joachim Kuropa/Horst Milde (Hg.), „Fern vom Paradies – aber voller Hoffnung“. Vertriebene werden neue Bürger im Oldenburger Land. (Oldenburger Forschungen NF 26). Oldenburg 2009, S. 119-128, hier: S. 119.

hier sehr zufrieden. Das ja. Aber meine richtige Heimat – ich bin 100 Prozent Schlesier. [...] Ich träume alle Nächte von der Heimat. [...] Also ich würde einmal von Oldenburg träumen, es liegt nicht drin!“³³

Für den Raum Lingen entstand 1995 unter der Federführung des dortigen Emslandmuseums und seines Leiters Andreas Eyinck eine Serie von 21 Interviews mit Flüchtlingen und Vertriebenen, die 1997, eingeleitet von einschlägigen Studien und Aufsätzen, als Begleitband zu einer Ausstellung vorgestellt werden konnten. Der 1937 in Breslau geborene Dietmar Sauermann, der als Münsteraner Volkskundeprofessor eine studentische Arbeitsgruppe bei den einschlägigen Erhebungen begleitete, arbeitete für die im Volltext wiedergegebenen Interviews vor allem die ‚Auseinandersetzung‘ der Heimatvertriebenen mit der ‚gegenwärtigen Gesellschaft‘ hervor. Für ihn waren neben der überraschenden Zahl von 200 inhaltsreichen Rückmeldungen auf lokale Zeitungsaufrufe in dieser Zeit der in den Gesprächen dann wiederholt thematisierten Jugoslawienkriege vor allem die massiven Gefühlsausbrüche und die unmittelbare Präsenz über lange Zeit nicht thematisierter Erinnerungen beeindruckend, die in den Interviews zutage kamen. „Das ist so mehr oder weniger ein Lebensfilm, der plötzlich zerrissen wurde durch die Vertreibung,“ schildert ein Interviewpartner sein Bild erlittener Traumatisierungen, unter deren Einfluss sich die meisten der Befragten einer Generation zuordnen lassen, „für deren Selbsteinschätzung es ein entscheidendes Charakteristikum der Lebensgeschichte darstellt, eine Heimat zu haben“.³⁴ Diese Prägung wird vor allem in der innerfamiliären Tradierung als Kommunikationsproblem gegenüber den Kindern und Enkeln erlebt, die sich dem Vererben der Generationserfahrung verschließen – Erlebnisse, die nicht wenig dazu beitragen, das Gefühl einer weiterhin unvollständigen Integration in die Lebensumgebung immer wieder aufleben zu lassen. Das geringe Wissen um die Herkunftsgebiete bei der gegenwärtigen Generation wird ebenso jenem Tabuisierungsprozess zugeschlagen wie die Abneigung der meinungsbildenden Medien, den Diskussionsprozess zum Vertreibungsprozess zu thematisieren. Sauermann nimmt diese Äußerungen zum Anlass, auf die tief verankerten Vorurteile zu verweisen, die unter dem Tabuisierungsdruck fortleben, und weniger durch institutionelle als durch private Brückenschläge aufgebrochen werden, für die vor allem auch Heimattreffen und Ortspartnerschaften grundlegende Netzbildungen befördern.

Für Ostfriesland sind es vor allem die von Bernhard Parisius in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre durchgeführten Interviews, die ein Bild des Vertriebenenalltags in dieser Region nachgezeichnet haben.³⁵ Aus dieser Perspektive reflektiert sich insbesondere der bis in die sechziger Jahre hineinreichende Lageralltag – im Jahre 1958 immerhin noch etwa 6.000 Personen in 50 Lagern in Ostfriesland.³⁶ Als eine der Besonderheiten treten hier die neuen Möglichkeiten landwirtschaftlicher Existenzgründung durch die Entstehung des Leybucht-polders hervor – gleichzeitig ein Kristallisationspunkt für die Legendenbildung in einer Gemeinschaft von Einheimischen und Vertriebenen, die für den hier diskutierten Zusammenhang lebensgeschichtlicher Zeugnisse von Interesse ist.

Die vorgestellten Beispiele zeigen, dass auch auf der regionalen Ebene im Gefolge der Oral History Bewegung gerade für das Thema von Flucht und Vertreibung, vor allem aber auch für die Lebensgeschichte von Vertriebenen ein reichhaltiger Materialfundus entstanden

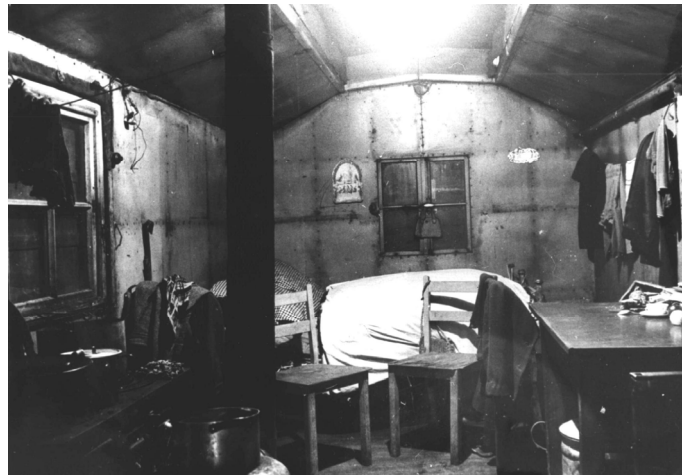
³³ Zit. bei von Seggern, Aufnahme, S. 126.

³⁴ Sauermann, Dietmar: Gefühle und Gedanken der Heimatvertriebenen bei ihrer Auseinandersetzung mit der gegenwärtigen Gesellschaft. In: Andreas Eyinck (Hg.), „Alte Heimat - neue Heimat“. Flüchtlinge und Vertriebene im Raum Lingen nach 1945. Lingen 1997, S. 189-216, Zitat S. 194.

³⁵ Vgl. Parisius, Bernhard: In ein Land, wo Milch und Honig fließt! Zur Aufnahme von Flüchtlingen und Vertriebenen im Weser-Ems-Gebiet. In: Uwe Meiners, Julia Schulte to Bühne (Hg.), Zwischen Steckrüben und Himbeereis. Nachkriegselend und Wohlstandsglück im Oldenburger Land. Dokumente und Aufsätze. (Materialien und Studien zur Alltagsgeschichte und Volkskultur 31/2). Cloppenburg 2001, S. 8-21.

³⁶ Parisius, Heimat, S. 168.

ist, auf den jedoch mit der Ausnahme der Arbeiten von Bernhard Parisius bislang in der Orts- und Regionalgeschichte nur selten zurückgegriffen wird.



Leben in einem Wohnwagen im ostfriesischen Lager Groß-Midlum, (PARISIUS, Land, S. 13).

Als aktuelle Referenz ist an dieser Stelle vielleicht abschließend auf einen Film von Kay Gerdes zu verweisen, der im Jahr 2009 im Rahmen eines Ausstellungsprojekts im Schleswig-Holsteinischen Freilichtmuseum in Kiel-Molfsee entstanden ist.³⁷ Hier sind historische Filmaufnahmen, vor allem der Lagersituationen, mit Zeitzeugengesprächen eng verwoben worden zu einem Film, der neben seinem unbestreitbar visuell-dokumentarischen Reiz auch alle Gefahren der unkritischen Übernahme unter ganz anderen Fragestellungen und Zielsetzungen entstandener Quellen in sich birgt. Am Ende des Films verweist eine der Befragten, Ingrid Berlik, auf einen wesentlichen Aspekt langfristiger mentaler Prägungen, die von dieser Zeit ausgingen:

„Und auch die Generation meiner Mutter hat nicht mit einem permanenten Zustand gerechnet. Als sie jetzt gestorben war, wir die Wohnung ausgeräumt haben, da habe ich im Keller ein Paket gefunden, da waren vier Rucksäcke drin, die hat sie auf der Maschine genäht, vier Rucksäcke. ‚Wenn wir wieder weg müssen.‘ Sie hat nie daran geglaubt, dass irgendein Zustand bleiben würde.“

4. Situation und Wahrnehmung – das gleiche Geschehen aus vielen Perspektiven

Allen hier geschilderten Dokumentationen ist ein gewisser ‚Tunnelblick‘ eigen, der schon allein daraus resultiert, dass unter einem zudem relativ stereotypen Katalog an Fragestellungen zu Gewalt, Unterkunft, Nahrung, Arbeit, Aufstieg und Erinnerung vorwiegend oder ausschließlich eine bestimmte Gruppe aus dem Kontext eines komplexen Geschehens befragt wurde. Flucht und Vertreibung werden damit geradezu zwangsläufig in ein Bild gebannt, das die Langzeiterinnerung der davon Betroffenen von diesem Geschehen gezeichnet hat, während Flucht, Ankunft, Begegnung, Abweisung und Integration sich gerade dadurch auszeichnen, dass in ihnen unterschiedliche Wahrnehmungen und Deutungen von Menschen in unterschiedlichen Wirklichkeiten aufeinander treffen.

Die Materialbasis, aus der ich hier im Folgenden kurz mit Beispielen berichten möchte, ging im Unterschied zu den vorgestellten Studien nicht aus einer vertriebenengeschichtlichen Fragestellung hervor, sondern entstand u. a. im Rahmen der Vorbereitungen für eine

³⁷ Vgl. Heidrich, Hermann / Hillenstedt, Ilka E. (Hg.): *Fremdes Zuhause. Flüchtlinge und Vertriebene in Schleswig-Holstein nach 1945.* (Zeit + Geschichte 13). Neumünster 2009.

Ausstellung über die fünfziger Jahre im Museumsdorf Cloppenburg, bei der bei allen Wünschen nach schließlicher Nierentischseligkeit natürlich das Thema der Flüchtlinge und Vertriebenen nicht ausgespart werden durfte.³⁸ Unsere Fragen galten hier einem Zeitraum, nicht einem Aspekt. Unser Ziel war es, ganz unterschiedliche Wahrnehmungen aus ganz unterschiedlichen Lebenssituationen heraus freizulegen – und trotzdem gab es kaum ein Gespräch, bei dem nicht auch die Begegnung mit Vertriebenen eine Rolle zu spielen begann. Eines aber lässt sich daher aus diesem disparaten Auftreten des Themas in unseren Interviews schließen: das Thema „Vertreibung“ und „Vertriebene“ ist in den Lebensgeschichten der bundesrepublikanischen Nachkriegsgeneration auf weitaus vielfältigere Weise allgegenwärtig, als es die Spezialstudien glauben machen könnten – und dies natürlich nicht nur bei jenen, die diese Erfahrung unmittelbar durchlebten, sondern auch und gerade bei den anderen, für die es zum Teil einer Zeiterfahrung wurde.

Die Ankunft in einer fremden ländlichen Umgebung ist auch in jenen Videointerviews ein immer wiederkehrender Topos wie in den anderweitig archivierten Gesprächen mit Flüchtlingen und Vertriebenen. Ich stelle hier nur ein Beispiel vor, eine junge Frau, die aus der brandenburgischen Neumark nach Molbergen bei Cloppenburg kam und nun vor einer Schulklasse von ihren Erfahrungen berichtet. Ihre Erzählung beginnt mit den Schrecken der letzten Kriegsmonate, die sie noch auf dem eigenen Hof erlebt:

„... vergewaltigt, wir nicht, wir hatten Glück. Ja, es ist passiert in unserer näheren Umgebung, ganz schlimm. Meine Freundin wurde erschossen, die ganze Familie wurde erschossen. Und wenn die Russen bei uns geplündert haben, dann knallten die nur mit ihren MPs in der Luft rum. ... Und wir waren in der Scheune. Wir konnten immer von Glück sagen, dass die nicht auf die Scheune gezielt haben. Die wussten aber nicht, dass wir da drin waren. Ja, und das ging so ein paar Monate. Ich war damals neunzehn.“



Eva H. im Interview, Kamera: Ina Meckies, 2005. (Archiv Museumsdorf Cloppenburg).

Zum Schutz der eigenen Person vielfach versteckt in den Nebengebäuden des Bauernhofes, erlebt sie auch aus dieser erzwungenen Beobachtersituation die Auflösung und Plünderung des bisherigen Besitzes. Nicht zuletzt im Rückblick aus den Erfahrungen in der späteren Aufnahme-region heraus kondensiert dies auch zu dem Bild einer untergehenden modernen landwirtschaftlichen Betriebsform:

„Wir waren mit den landwirtschaftlichen Geräten damals so auf dem neuesten Stand. Die wurden alle rausgeholt – der große Dreschkasten, die Strohpresse, die Motoren, alles, was dazu gehörte – die wurden zusammengefahren, irgendwo im freien Feld, damit die kaputt gingen.“

³⁸ Vgl. Ziessow, Karl-Heinz: Zwischen Steckrüben und Himbeereis. Nachkriegselend und Wohlstandsglück im Oldenburger Land. Ausstellungsführer. Cloppenburg 2000.



Eva H. mit ihren zwei Kindern, 1951. (Archiv Museumsdorf Cloppenburg).

Die damals zwanzigjährige Eva H. hatte es dann zusammen mit ihrer Schwester von ihrem elterlichen Hof zunächst nach Mecklenburg verschlagen, wo sie von ihrem Bruder abgeholt und auf vielfach unterbrochenen Wegen über Berlin und eine zweiwöchige Quarantäne in Osterode im Harz bis nach Molbergen begleitet wurde. Dunkelheit und Einfachheit waren die ersten Eindrücke, die ihr hier entgegentraten, Situationen, die in krassem Gegensatz zu der modernen Landwirtschaft standen, die sie von zu Hause gewohnt war:

„Wir Molbergen aussah? Uralt - uralt! Unser Haus zuhause stand frei. Und hier war ja üblich, also man kam in die Diele rein, das was alles so dunkel. Und ich kam da rein, o Gott, war das dunkel; das hat mich fast erdrückt.“

Dazu auch hier einige Zahlen zur Erläuterung des allgemeinen Rahmens: Von den am 1. September 1947 im Verwaltungsbezirk Oldenburg im Hinblick auf ihre berufliche Herkunft erfassten 92.189 Vertriebenen und Flüchtlingen wurden 23.890 (25,91 %) der Landwirtschaft, 26.494 (28,74 %) der Industrie und dem Handel, 10.651 (11,55 %) dem Bereich Handel und Verkehr sowie 31.154 (33,79 %) dem öffentlichen Dienst zugerechnet.³⁹ Mehr als die Hälfte der Eintreffenden war demnach dem sekundären und tertiären Sektor zuzurechnen und mit den Strukturen dörflicher Rückständigkeit, wie sie hier schlaglichtartig aufscheinen, zunächst einmal wenig vertraut. Dies galt umso mehr für jene, die aus großstädtischen Verhältnissen wie jenen der schlesischen Metropole Breslau in die emsländischen Moorgebiete verschlagen wurden:

„Bin Ostvertriebene (Witwe mit 2 Kindern) aus Breslau und wohne jetzt in Neulehe (mitten im Moor) bei Bauer Schulz. [...] Bewohne 2 Zimmer, habe aber keinerlei Abstellraum anbei, so dass ich im Winter für Wochen die Kartoffeln im Zimmer haben muss. Ist die Zimmerdecke nur aus Brettern, so dass alles Nasse, sei es Regen oder von den Katzen, durchläuft und auf Tisch und Betten trieft. Als Toilette war erst ein alter Kübel in einem zerfallenen Schuppen untergebracht. Wir ekelten uns darauf zu

³⁹ So die Angaben zur beruflichen Herkunft der Vertriebenen nach Niedersächsisches Landesarchiv – Staatsarchiv Oldenburg (im Folgenden: StAOL), Best. 136, Nr. 7583, Bl. 119, bei, hier S. 250.

gehen, weil große Maden rumkrochen. Seit dem Frühjahr ist der Schuppen ganz abgebrochen und der Bauer hat eine neue Scheune gebaut. Doch wir haben gar kein Klosett mehr.“⁴⁰

Ausdrücke des Gruselns und der Abscheu erreichten die Flüchtlingsverwaltung ebenso aus Ostfriesland, wo eine aus Ullersdorf nach Mittegrosbfehn Vertriebene „das eisige Klima, den eisigen Wind und vor allem über die trostlose Primitivität, in der wir hier hausen“⁴¹ hervorhob, wie aus der Wesermarsch, wo Erich Hetzel aus dem schlesischen Waldenburg 1949 angesichts der ländlichen Umgebung resümierte: „Ich gehe hier moralisch zu Grunde.“⁴²

Aber auch dort, wo es, wie bei einem guten Viertel der Vertriebenen, einen beruflichen Hintergrund gab, der ein unmittelbares Verständnis der Zusammenhänge des agrarischen Alltags ermöglichte, verschlossen die hermetischen Strukturen der bäuerlichen Besitzhierarchie jede Möglichkeit der gleichberechtigten praktischen Anteilnahme. In keinem anderen Berufsbereich war die Möglichkeit eines gleichwertigen Einstiegs nach der Vertreibung so niedrig wie in dem der Landwirtschaft. Bis 1950 konnten nur 64 vertriebene Landwirte im Verwaltungsbezirk Oldenburg einen kleinen Hof pachten, obwohl sich etwa 5.000 darum beworben hatten.⁴³ Mit erheblicher Ratlosigkeit standen daher erfahrene schlesische Bauern selbst in für oldenburgische Verhältnisse fortgeschrittenen Regionen der Tatsache gegenüber, dass ihnen im Unterschied etwa zum industriell-gewerblichen Bereich eine aktive Existenzgründung weitgehend verwehrt blieb.⁴⁴ So wies Ernst Röhr aus Trumpfhorne bei Nordenham in einem Schreiben an den oldenburgischen Ministerpräsidenten Theodor Tantzen, von dem er als dem Inhaber eines großen Marschhofes in der unmittelbaren Nachbarschaft Verständnis für das politische Dilemma erhoffen konnte, darauf hin, dass sich aus der ausbleibenden Nutzung landwirtschaftlicher Kompetenz in Zeiten der Nahrungsmittelknappheit eine unnötig defizitäre Situation ergab:

„In Schlesien hatten wir durch rasche, bereitwillige Umstellung, durch Beweglichkeit und Vielseitigkeit der Wirtschaftsführung nach den Erfordernissen des letzten Jahrzehnts und vor allem durch unsere Erfolge unsere Geeignetheit als selbständige Bauern bewiesen. Vom reinen Getreidebau stellten wir uns auf leistungsfähige Viehzucht um, legten Koppeln an und richteten geregelte Umtriebweiden ein. Die Koppeln wurden nach jedem möglichst kurzen Umtrieb pfleglich behandelt und gedüngt. Durch Vermehrung der Hack- und Ölfrüchte, durch Zwischenfruchtbau, durch neuzeitliche Trocknung und Silage wurde für beste, reichliche Winterfütterung gesorgt und damit eine weitere Steigerung der Milchleistung erzielt. Durch beste Stallungsverarbeitung (Edelmist), rationelle Jaucheaufspeicherung und -anwendung, durch Kompostierung, durch eine wohldurchdachte Fruchtfolge wurden trotz fallender Kunstdüngerkontingente gesteigerte Erträge herausgewirtschaftet. Kart[offel], Zuckerrüben-, Ölfrucht- und Gemüsebau erweiterten sich bis auf 40 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche. [...]

⁴⁰ Niedersächsisches Landesarchiv – Staatsarchiv Osnabrück (im Folgenden: StAOS), Rep 430 Dez 304 Akz 15/65, Nr. 45; zit. bei Parisius, Bernhard: Viele suchten sich ihre neue Heimat selbst. Flüchtlinge und Vertriebene im westlichen Niedersachsen. (Abhandlungen und Vorträge zur Geschichte Ostfrieslands 79). Aurich 2004, S. 135.

⁴¹ DA, Kirchengemeinde Aurich; zit. bei Parisius, Heimat, S. 77.

⁴² StAOL, Best. 136, Nr. 7374; zit. bei Düselder, Heimat, S. 69.

⁴³ Von Laer, Situation, S. 262.

⁴⁴ Vgl. zu ähnlichen Situationen im Osnabrücker Land die Zahlenangaben bei Meier, Hans-Bernd: Vertriebene und Flüchtlinge im ehemaligen Regierungsbezirk Osnabrück 1945-1970. Zuwanderung, Flüchtlingsverwaltung, wirtschaftliche Integration und regionaler Strukturwandel. Diss. Osnabrück 1999, S. 266-267. Meiers Berechnungen zufolge waren 1948 nur noch 60 % der vor der Vertreibung in der Landwirtschaft Tätigen wieder in diesem Bereich beschäftigt, und nur 4,5 % der vorher selbstständigen Bauern gelang die Rückkehr in ihren Beruf. Zum Vergleich: bei Industrie und Handel lag der Wert bei 111 % - dort war also ein Zustrom aus anderen Beschäftigungsbereichen zu verzeichnen, besonders stark z.B. bei den Maurern.

Jetzt bedrückt es uns sehr, dass all diese Erfahrung, Anlage und Passion bei unserer furchtbaren Verknappung der Lebensmittel brachliegen soll.“

Die spöttische Unterstellung der Herkunft aus *Wir-Hatten*,⁴⁵ die gerade im Oldenburgischen mit der Realexistenz der Gemeinde Hatten spielen konnte, hatte nicht zuletzt in diesem Aufeinandertreffen unterschiedlicher Stufen agrarwirtschaftlicher Kompetenz unter den Bedingungen zementierter Besitzstrukturen ihren Hintergrund.

Überaus entscheidend für den weiteren Vorgang der Integration in die lokale dörfliche Umgebung war jedoch vor allem die kulturelle Akzeptanz, die sich aus einer Vielzahl von Faktoren speiste, unter denen das historisch gewachsene soziale Gefüge im Dorf und die Gemeinschaft spendenden Notlagen der Nachkriegsexistenz noch am leichtesten zu fassen sind.

In solchen Gegenüberstellungen von Positionen und Wahrnehmungsweisen entfaltet die lebensgeschichtliche Erhebung von Erfahrungen ihr eigenständiges historiografisches Gewicht für die Beschreibung und Erklärung der Ereignisse während der Vertreibungen und der Aufnahme der Vertriebenen in der westdeutschen Gesellschaft. Sie folgt den Spuren von Vorstellungen, die sich aus der Begegnung Fremder ergaben.

So eröffnet das Gespräch mit Ernst W., dem Ortsbürgermeister in Klein Henstedt in der Nähe von Delmenhorst, für unsere Fragestellung zahlreiche Einblicke in die Entstehungsprozesse jener Vorstellungen, mit denen sich eine eher kleinbäuerliche Bevölkerung die Erfahrungen einer nunmehr auf sie hereinströmenden Masse an unbekannten Landsleuten erklärte, indem sie Brücken zwischen der eigenen Erfahrungswelt und dem berichteten dramatischen Geschehen schlug:

„Jedenfalls, in jedem Hause, wie ich [aus dem Kriegsdienst] wiederkam, war es überbelegt. Da waren kleine Fensterscheiben herausgenommen, ein Ofenrohr da rausgesteckt, und denn notdürftiges Feuer, Herd oder dergleichen, der Rauch abgeleitet.“



Ernst W. im Interview, Kamera: Ina Meckies, 2005. (Archiv Museumsdorf Cloppenburg).

Ernst W. ist als Ortsbürgermeister zunächst einmal vollauf damit beschäftigt, eine geordnete Minimalversorgung für diese vielen Familien und Einzelnen zu gewährleisten. Die Wohnstube des kleinen Anwesens verwandelt sich daher im Handumdrehen in eine Schreibstube, in der vor allem die Lebensmittelkarten für die unterschiedlichen Anspruchskategorien ausgefertigt werden müssen. Erst im Gespräch mit den zahlreichen Fremden kristallisiert sich für den Klein Henstedter Bauern eine Vorstellung davon heraus, welche Vorgänge sich konkret hinter dem Menschenzustrom verbergen:

„Im Winter '45 [richtig wohl: '44] kamen denn die aus dem Osten. Wie die Russen in Ostpreußen eindringen, da mussten die ja zwangsweise dort weg. Und nach den Er-

⁴⁵ So etwa als Redewendung in der Stadt Oldenburg; vgl. Von Seggern, Andreas: „Großstadt wider Willen“. Zur Geschichte der Aufnahme von Flüchtlingen und Vertriebenen in der Stadt Oldenburg nach 1945. Münster 1997, S. 203, zit. bei Düselder, Heike: „Heimat“, das ist nicht nur Land und Landschaft'. Flüchtlinge und Vertriebene im Land Oldenburg. In: Albrecht Eckhardt (Hg.), Oldenburg um 1950. Eine nordwestdeutsche Region im ersten Nachkriegsjahrzehnt. Oldenburg 2000, S. 57-80, hier: S. 68.

zählungen von Leuten, die hier damals waren, von Flüchtlingen, habe ich denn so ziemlich mitgekriegt, wie das da zugegangen ist. Erstmal wurden diese Ackerwagen voll bepackt mit Nötigem, was sie brauchten, u. a. auch Pferdefutter, und die nötigste Kleidung und Verpflegung. Die Männer waren an der Front, eingezogen, Frauen und Kinder und alte Leute waren nur zuhause. Und die mussten denn diese Fahrzeuge vorbereiten und bei Nacht und Nebel denn über die Straßen flüchten. Einige alte Leute wollten auch nicht mit; die wollten lieber zuhause bleiben. Aber wenn es eben ging, wurden sie denn doch mitgenommen. Und es starben auch Leute unterwegs. Diese wurden dann am Wegesrand, Straßenrand, eingekuhlt, kann man wohl sagen.“

Ortsbürgermeister W. sieht das Schicksal der Ankommenden hier vor allem mit den Ordnungskategorien seiner kleinbäuerlichen Welt, in der das sichere Unterkommen der Familie, das Futter für die Pferde, die Bestattung in der Ordnung der Gemeinde wichtige Eckpunkte darstellen, deren Zerstörung eben das ausmacht, was den Anderen begegnet: ‚Flucht‘ oder auch ‚Vertreibung‘.



Renke und Inge T. im Interview, Kamera: Ina Meckies, 2005. (Archiv Museumsdorf Cloppenburg).

Für den Bauern T. hingegen war die Aufnahme von – dann auch gleich zahlreichen – Vertriebenenfamilien zunächst und vor allem ein betriebswirtschaftlicher Vorgang, kaum unterschieden vom Umgang mit Knechten und Heuerleuten, landwirtschaftlichen Arbeitern oder auch mit Zwangsarbeitern während des Krieges. ‚Integration‘ wurde hier nicht in erster Linie unter dem Gesichtspunkt der Aufnahme in den auratischen Kreis des Familieneigentums oder der Bedrohung der eigenen schmalen Lebensbasis gesehen, sondern vielmehr als organisatorische Aufgabe der Unterbringung und Beköstigung von Arbeitskräften. Dies kommt nicht nur in den Inhalten der Berichte von Renke und Inge T. zum Ausdruck, sondern auch in der Haltung, mit der sie das vergangene Geschehen Revue passieren lassen: Renke T.:

„Wir sind damals angefangen, auf unserem Betrieb viel mehr so intensive Kulturen zu machen. Und '47 habe ich schon den ersten Tabakanbau gemacht, vor der Währung. Da hatten wir schon ein halbes Hektar Tabak, so ein bisschen größer. Das haben wir dann nachher sehr ausgebaut. ... Aus Westerstede kamen ja jede Menge mit dem Fahrrad gefahren, so ältere Schüler oder Flüchtlinge, Frauen, und wir hatten da so ein paar, so eine ganz solide Stammmannschaft. Die kamen größtenteils aus Schlesien, hatten da auf den Gütern in den Rüben gearbeitet und hatten keine Angst vor Wind und Wetter. Denn der Tabakanbau, der war ja mit Wind und Wetter verbunden. Inge T.: Jedenfalls, als ich '47 nach Mansie kam, waren wir 27 Personen im Haus. Da musste doch immer so ein Schild an die Haustür; da mussten alle draufstehen, die im Hause wohnten. ... Mein Mann hat aus Holz erstmal so zehn Bettgestelle machen lassen, und da kam Stroh rein. Und Strohsäcke, die hatten wir. Und Bettwäsche war auch noch immer da. ... Da kriegte jeder in der Woche einen Becher Sirup, mit dem Namen dran, und jeder eine Untertasse mit Butter, mit 90 Gramm Butter, habe ich immer sonnenabends abgemessen, und eine Stecknadel mit Namen drauf. Und da mussten sie mit auskommen die Woche.“

Entspannt und gelassen wird hier von dem Hofbesitzer und seiner Frau über eine Phase der Hofwirtschaft berichtet, die mit neuen Arbeitskraftpotenzialen zum Teil auch neue Anbaufrüchte und Erntemethoden mit sich brachte, wie etwa den Tabakanbau, der noch mindestens bis zum Ende der fünfziger Jahre zum gewohnten Anblick nicht nur auf oldenburgischen Ackerflächen zählte.

Die Flüchtlingsfamilien gehörten zum Betrieb und damit in gleicher Weise auch zum öffentlichen Teil des Familienalltags. Sie waren akzeptiert und unterlagen schlechtestenfalls dem nüchtern reglementierenden Eingriff des Betriebsleiters, waren aber nicht mit jener grundsätzlich abweisenden Haltung konfrontiert, wie sie etwa in dem gleich folgenden Interview aus Ostfriesland berichtet wird. Hier bietet sich die Gelegenheit, in einer Parallelerzählung, einmal vom Hof T. in Westerstede, im andern Fall von einem ostfriesischen Bauernhof, zwei völlig unterschiedliche Wahrnehmungen eines in der Nachkriegszeit üblichen Geschehens zu verfolgen. In beiden Familienerzählungen wird dabei von dem gleichen Vorgang erzählt: vom Schwarzschlachten, einer allgegenwärtigen und deshalb in allen Erinnerungen bewahrten illegalen Handlung, die aber bei dem einen – bei der Westerstede Familie T. – zu einer gewitzten, letztlich für die Hausgemeinschaft nützlichen Umgehung obrigkeitlicher Regeln wird, bei der anderen, Renate R. in Ostfriesland, zu einer demütigenden Beobachtung der Nahrungsbeschaffung ihrer Wirte. Zunächst Renke T.:

„Und dann kriegten wir immer ein Tier mit, das durften wir schlachten. Und dann fuhr unser Heuermann, der fuhr mit dem Viehwagen, mit Pferd und Wagen schon einen Tag vorher nach Blauhand und holte ein Tier ab. Das durfte aber niemand wissen. Das wurde dann bei den Heuerleuten am Tag vorher geschlachtet. ... Am nächsten Tag wurde bei uns geschlachtet, das Tier, das mit der Bahn gekommen war. Das Problem war nun, dieses Tier von den Heuerleuten bei uns in den Keller zu schmuggeln. Die Heuerleute konnte man ins Vertrauen ziehen, weil die selbst ihren Betrieb hatten und selbst auch keine reine Weste hatten. Die schlachteten ja auch selbst mal ein Schwein. Aber die Flüchtlinge, da musste man ja sehr aufpassen. ... Nach ein paar Jahren, als das nicht mehr so strenge war, ... da haben tatsächlich die Flüchtlingsfrauen, die doch sowas kannten aus Ostpreußen, das waren doch gestandene Bauersfrauen, gesagt: Mensch, so wenig Fleisch haben wir dies Jahr. Da haben wir gemerkt, dass sie das nicht gemerkt haben.“



Renate R. und ihr Mann im Interview, Kamera: Ina Meckies, 2005. (Archiv Museumsdorf Cloppenburg).

Das Schwarzschlachten ist fast ein Routinevorgang des Hofbesitzers, bei dem lediglich die Strategien der Geheimhaltung gegenüber der Obrigkeit berichtens- und erinnenswert bleiben. Gegenüber den Familien der Vertriebenen, die als Teile der Hofgesellschaft aufgefasst werden, gibt es allenfalls strategische Rücksichten, damit in Unkenntnis des Geschehens keine kompromittierenden Einzelheiten nach außen dringen. Ganz anders im Fall von der aus Glatz stammenden Renate R., die auch von ihrer Position in der zwangsweisen Lebensgemeinschaft des Hofes her den Vorgang des Schwarzschlachtens bereits aus einer illegitimen Position heraus wahrnimmt:

„Die wollten uns aus ihrem Wohnhaus raus haben. Daraufhin haben sie uns in der Scheune, wo sonst die Ackergeräte waren, das sollte dann unsere Küche sein. ... Da haben sie einen Durchbruch gemacht nach oben zum Speicher, da haben sie eine Treppe hingestellt, das war dann oben unser Schlafzimmer. So hörten wir immer wie die Ratten liefen oben. ... Wir haben da elf Jahre gewohnt da. Wir hatten ja auch keine Toilette. Da haben sie uns eine Toilette draußen gemacht, das war 20 Meter oder was entfernt von unserer Wohnung, von unsern zwei Zimmern. Das war die Toilette. ... Da werde ich ihnen ganz etwas Unangenehmes erzählen. Wir hatten ja auch keine Wasserleitung. Wir mussten das Wasser über den Hof von ihrer Hinterküche holen. Und da haben wir eben auch wieder zuviel gesehen. Die haben ja auch schwarz Schweine geschlachtet. Das haben wir ja alles da mitgekriegt. Das sollten wir ja nicht sehen.“

5. Objektive Erinnerung

Ein Museumsmitarbeiter wäre kein Museumsmitarbeiter, wenn sein Denken nicht auf Objekte hinausliefe. Das hat in diesem Fall auch nicht nur wegen der Brückenposition des Vortrags zwischen der ostfriesischen Archivforschung und der Breslauer Ausstellungstätigkeit seinen Sinn, sondern auch, weil Objekte als Erinnerungsbezüge in unserer Erhebungstätigkeit einen immer größeren Stellenwert bekommen. Hier stehen daher abschließend drei Szenen, in denen eben dieser Bezug auf oder diese Begegnung mit Gegenständen und Orten eine Rolle in der lebensgeschichtlichen Aufzeichnung bekommt. Die Serie beginnt mit dem vielleicht prägnantesten Beispiel dieser Arbeit, bei der wir die in Emstekerfeld bei Cloppenburg aufgewachsene Margarete V. wieder mit den von ihr vor längerer Zeit an unser Museum abgegebenen Objekten konfrontieren. Es folgt Renke T.s Erzählung über den *schlesischen Herd*, gleichsam dem Küchenmittelpunkt des Vertriebenengeschehens auf dem Ammerländer Hof – einem Objekt, das Jahre nach dem Gespräch schließlich ins Museumsmagazin gelangte. Und zum Schluss erzählt der im oberschlesischen Neisse geborene Klaus G., der auf einem Bauernhof in der Nähe Cloppenburgs aufwuchs, bei seinem ersten Besuch nach fünfzig Jahren dort über die Gestalt des Zimmers, in dem die Familie damals untergekommen war.



Margarete V. im Gespräch über den Nachlass ihrer Eltern im Museumsdorf, Kamera: Ina Meckies, 2005.

Margarete V. erlebte die Begegnung mit Vertriebenen als ‚einheimisches‘ Kind des Oldenburger Münsterlandes – deren eigener Familienhintergrund sich bei näherer Betrachtung als mindestens ebenso ambivalent erweist wie die von Vertriebenen regelmäßig geschilderten Konstellationen in der neuen Umgebung. Für sie gewinnt die Erfahrung der einströmenden Fremden, die nicht zuletzt auch im eigenen Hause zwangsweise einquartiert werden müssen, vor allem in einem Ölbild, das die Mutter von durchziehenden Verkäufern an der Tür erwarb.



Das Gladiolenbild, angekauft durch Margarete V.'s Mutter, um 1945.



Margaret V. in der elterlichen Wohnung, über dem Sofa das Gladiolenbild (Archiv Museumsdorf Cloppenburg).

Auf vielen Familienfotos ist das Bild seither gegenwärtig, und obwohl es zu den eher stillen Begleitern des Geschehens gehört, von denen wenig Aufhebens gemacht wird, hat sich das Objekt mit seinen Erzählungen doch in der ganzen Familie eingepreßt. Margarete V. berichtet:

„Dies Bild, da kann ich mich dran erinnern, als sie das mit Speck und Würsten gekauft hat. Das waren Maler, die kamen an die Haustür, so Art Hamsterer, und dann hat sie das Bild eingetauscht. Speck und Würste, Stückchen Schinken, mit Eiern usw., also damit konnte man so etwas nach dem Krieg einhandeln. Es war immer ihr ganz großer Traum, einmal ein Ölgemälde zu besitzen. In allen Haushalten hing ein Ölgemälde über dem Sofa, nur bei uns nicht. Und deswegen hat sie das dann nach dem Krieg erstanden. ... Das war ihr ganz großer Stolz, und das hing auch immer bei uns im Wohnzimmer.“

Ganz anders noch einmal der Bauer Renke T., der seiner Familie in der geräumigen Küche des historistischen Wohnhauses einen unübersehbaren Klotz hinterließ, als er den jungen Müttern aus den Familien der Vertriebenen eine Gelegenheit zur Nahrungsbereitung für ihre Kinder schuf:



„Da waren ja auch Mütter mit Kindern, mit kleinen Kindern. Dann habe ich mir von so einem Schlesier, der hier irgendwo wohnte, einen schlesischen Herd bauen lassen. Die Schlesier haben ja so Herde, wohl noch aus ihrer österreichischen Zeit, fest gemauert und oben eine Platte, bloß so ein ganz kleines Loch, aber sonst Platte. Da kocht man oben auf der Platte. Der steht da heute noch in Mansie. So mitten in die Küche rein, da konnte man von allen Seiten ran. Und da wurde gekocht. Und da standen denn auch die Mütter und hatten ihr Töpfchen da drauf, für die Kinder extra.“ ... Inge T.: „Kinderwindeln wurden da auf dem Herd gekocht.“

Ofenklappe des Schlesischen Herdes in der Küche der Thyges in Mansie

Enkelkinder der Familie Thye neben dem Schlesischen Herd in der Küche des Anwesens (Archiv Museumsdorf Cloppenburg).

Die Integration der Flüchtlingsfamilien reicht hier auf diesem großen Hof ganz selbstverständlich bis in den Bereich der Küche hinein, die nicht unbedingt im Sinne der späteren sechziger und siebziger Jahre als intime Privatsphäre familiärer Nahrungsbereitung erlebt wird, sondern in den gemeinsamen Wirtschaftsalltag einbezogen bleibt. Wie ein Monument steht der *schlesische Herd* auch noch für die Enkelgeneration hier mitten im Küchenraum als objektiver Bezugspunkt einer Familienerzählung, die das Leben mit den Familien der Vertriebenen als Epoche der Hofgeschichte tradiert.



Schließlich ist noch Klaus G. anzuführen, der im Rahmen der Erhebungen des Museumsdorfes nach langer Zeit wieder auf jenem Hof im Oldenburger Münsterland ist, auf dem er in einem bescheidenen Raum mit seiner Familie – zunächst vier, dann drei Personen – die ersten Jahre nach der Ankunft aus Neißة verbrachte, bevor sich die Gelegenheit des Umzugs in eine ehemalige Seuchenbaracke ergab. Jene Situation, die heute als Leben unter weitgehend primitiven Verhältnissen erscheint, bildete in den Bauernhöfen dieser Dörfer keine Kategorie der sozialen Unterscheidung, weil sie auf die Lebensumstände der Hofeigentümer in ganz ähnlicher Weise zutraf. So werden daher aus dieser überaus prekären Lebenssituation weniger die Aspekte einer Nachordnung als vielmehr die des ideenreichen Improvisierens erinnert.



Klaus G. im Gespräch in jenem Zimmer, in dem die Familie zunächst wohnte

Klaus G. erzählt:

„Die Decke war früher viel höher, und dann war oben noch der Holzfußboden, so dieselbe Decke wie in der Küche. Und das war ja nicht isoliert nach oben, und da keine Heizung da drin war, hat im Winter das oben so, ja, Raureif war da dran, tropfte langsam. Und da hat mein Vater dann oben so, das war nicht Zeltstoff, sondern mein Onkel der arbeitete bei den Howaldt-Werken in Kiel, und die haben U-Boote abgewrackt, und das waren die Schlafkojen für die U-Boot-Besatzung. Und diese Leinensäcke, die hat mein Vater mitgenommen und hat das umgekehrt als Dach oben aufs oberste Dach gesetzt.“



Klaus G. vor dem Hof im Oldenburger Münsterland, auf dem seine Familie zunächst Unterkunft und Bleibe fand. (Archiv Museumsdorf Cloppenburg).

Es sind in allen hier nur sehr kurz zitierten Beispielen nicht nur einfach die Gegenstände, an denen sich die Erzählung entzündet. Die Gegenstände als Positionen in erlebten Umgebungen sind es auch, die das Miteinander, das Gegeneinander, das Nebeneinander und das Oben und Unten erst zur Erzählung reifen lassen. Langsam werden sie zu Museumsgegenständen. Das Bild in der Ausstellung, das eiserne Fragment des abgebauten Ofens im Magazin – sie alle schweigen nicht nur beharrlich, wenn ihnen die dokumentierte Erzählung fehlt, sie sind auch bloße Objekte einer anonymen Massenproduktion, wenn sie keinen Ort zu beschreiben haben. Ebenso sehr aber

verzichtet historische Analyse auf ein wesentliches Erkenntnisfeld, wenn sie jene Beschreibungen ausblendet, die erst mit der objektiven Referenz von Erinnerungen aktiviert werden.

Ohne nun weiter in theoretische Erwägungen einzutreten, kann man an dieser Stelle auf Hannah Arendt und ihren Satz aus der *Vita activa* verweisen: „Ohne Erinnerung und die Verdinglichung, die aus der Erinnerung selbst entspringt, weil die Erinnerung der Verdinglichung für ihr eigenes Erinnern bedarf [...], würde das lebendig Gehandelte, das gesprochene Wort, der gedachte Gedanke spurlos verschwinden.“⁴⁶ Dies ist weit mehr als ein Hinweis auf die Zeichenhaftigkeit der Dinge, ihr Dasein als Semiophoren, das Krzysztof Pomian zu erkennen meinte.⁴⁷ Es ist das Beharren auf ihrem Eigenleben aus der Gegenwart heraus. Die in diesem Sinne ‚objektive‘ Erinnerung, deren Horizonte das Fundament jeder Museumsarbeit bilden,⁴⁸ eröffnet gerade auch im Hinblick auf das Auseinandersetzen mit Vorgängen der jüngeren Vergangenheit wie dem von Flucht und Vertreibung neue Zugänge und Erkenntnis-

⁴⁶ Arendt, Hannah: *Vita activa oder: Vom tätigen Leben*. München 1981, S. 87 f., zit. bei Korff, Gottfried: *Zur Eigenart der Museumsdinge* [zuerst erschienen in Rosemarie Beier/Gottfried Korff (Hg.): *Zeitzeugen. Ausgewählte Objekte aus dem Deutschen Historischen Museum*. Berlin 1992, S. 277-281]. In: Gottfried Korff, *Museumsdinge deponieren – exponieren*. Hg. v. Martina Eberspächer, Gudrun Marlene König und Bernhard Tschöfen. 2. Aufl. Köln/Weimar/Wien 2007, S. 140-145, hier: S. 143.

⁴⁷ Pomian, Krzysztof: *Der Ursprung des Museums. Vom Sammeln*. Berlin 1998, S. 92. Vgl. auch Scholze, Jana: *Medium Ausstellung. Lektüren musealer Gestaltung in Oxford, Leipzig, Amsterdam und Berlin*. Bielefeld 2004.

⁴⁸ Vgl. u. a. Korff, Gottfried: *Museumsdinge. deponieren – exponieren*. Herausgegeben von Martina Eberspächer u. a. Mit Beiträgen von Bodo-Michael Baumunk u. a. 2. Aufl. (1. Aufl. 2002). Köln/Weimar/Wien 2007; Anke Te Heesen/Petra Lutz (Hg.): *Dingwelten. Das Museum als Erkenntnisort*. (Schriften des Deutschen Hygiene-Museums Dresden 4). Köln/Weimar/ Wien 2005; Andreas Hartmann/Peter Höher u. a. (Hg.): *Die Macht der Dinge. Symbolische Kommunikation und kulturelles Handeln*. Festschrift Mohrmann. (Beiträge zur Volkskultur in Nordwestdeutschland 116). Münster/New York/München/Berlin 2011.

möglichkeiten. Der Umgang mit „polarisierten Welten“,⁴⁹ die scheinbar – und in diesem Fall über lange Zeit – „nicht der Rede wert“⁵⁰ schienen, bekommt auch und gerade im Bezug auf die erinnerten und symbolisch aufgeladenen Dingwelten des Vergangenen einen Halt. Nicht nur im Hinblick auf kollektive Traumatisierungen, bei denen die Psychotherapie in den letzten Jahren zunehmend auch mit den Spätfolgen von Flucht und Vertreibung konfrontiert wird,⁵¹ sind solche gegenständlichen Aspekte der Erinnerung von Belang. Sie spielen auch als Zeichen einer Vergangenheit eine Rolle, die ohne sie nicht sichtbar zu machen ist.

Jene Multiperspektivität auf ein Geschehen, wie sie in den hier vorgestellten Beispielen zum Ausdruck kam, erweitert nicht nur die Wahrnehmung für historische Vorgänge wie jene von Flucht und Vertreibung. Sie liefert auch das Grundmaterial für eine immer wieder neu geführte notwendige Diskussion um die Verankerung der Vertreibung, ihrer Folgen und ihrer über mehrere Generationen nachwirkenden Prägungen in den Grundbeständen der nationalen Erinnerung.

⁴⁹ Breckner, Roswitha: Migrationserfahrung – Fremdheit – Biografie. Zum Umgang mit polarisierten Welten in Ost-West-Europa. 2. Aufl. (1. Aufl. 2005). Wiesbaden 2009.

⁵⁰ Vgl. Neumann, Vera: Nicht der Rede wert. Die Privatisierung der Kriegsfolgen in der frühen Bundesrepublik. Lebensgeschichtliche Erinnerungen. Münster 1999.

⁵¹ Vgl. u. a. von der Stein, Bertram: „Flüchtlingskinder“. Transgenerationale Perspektive von Spätfolgen des Zweiten Weltkrieges bei Nachkommen von Flüchtlingen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten. In: Hartmut Radebold, Werner Bohleber, Jürgen Zinnecker (Hg.), Transgenerationale Weitergabe kriegsbelasteter Kindheiten. Interdisziplinäre Studien zur Nachhaltigkeit historischer Erfahrungen über vier Generationen. 2. Aufl. (1. Aufl. 2008). Weinheim/München 2009, S. 183-191.

Markus Bauer

*Schlesien im Museum. Kultur und Geschichte Schlesiens in deutschen und polnischen Museen nach dem Zweiten Weltkrieg*¹

Wie in allen Bereichen der Geschichte Schlesien stellen der Zweite Weltkrieg und die Vertreibung der Deutschen auch für die Geschichte des Museumswesens eine tiefe, schier unüberbrückbare Zäsur dar. Eine reiche, vielgliedrige Museumslandschaft ging damals unter, mit den beiden großen Breslauer Museen an der Spitze, dem Schlesischen Museum für Kunstgewerbe und Altertümer und dem Schlesischen Museum der Bildenden Künste, und einer stattlichen Zahl von Stadt- und Heimatmuseen in fast allen größeren und mittleren, selbst in den meisten kleineren Städten. Die Jahre 1942 bis 1946 sind geprägt durch Auslagerung von Kunstwerken, Zerstörung von Museen und Sammlungen, durch Plünderung und Wegführung von Museumsbeständen in großem Umfang. Die Geschichte dieser Vorgänge ist noch nicht umfassend aufgeheilt. Sie beginnt mit den Kampagnen Günter Grundmanns, des schlesischen Provinzialkonservators, 1942 und 1943. Unter seiner Regie wurden bis Kriegsende fast 90 Depots eingerichtet, meist in Klöstern, Schlössern und Gutshäusern im schlesischen Vorgebirgsland. Nach Notizen Grundmanns gab es allein aus Breslau 207 Transporte in



Möbelwagen mit einer Gesamtlänge von 2.011 laufenden Metern. Die Schicksale der Auslagerungsdepots sind bislang nur teilweise geklärt. Einige wurden zerstört, andere blieben fast unbeeinträchtigt, alle wurden in geringerem oder größerem Maße geplündert.²

Bereits in der Endphase des Krieges gab es von polnischer Seite Bemühungen um die Sicherstellung deutscher Kulturgüter. Am 23. März 1945 gab der Generaldirektor der polnischen Museen und Denkmalschutzeinrichtungen an Einheiten der polnischen Armee bei ihrem Vormarsch auf Reichsgebiet eine entsprechende Order aus und führte einige besonders wertvolle Sammlungen östlich von Oder und Lausitzer Neiße namentlich auf. Dies war der Auftakt zu einem groß angelegten Transfer schlesischen Kulturguts nach Warschau und in andere polnische Städte. Die Maßnahmen kulminierten im Februar und März 1946, als auf Weisung des Ministeriums für Kultur und Kunst dreizehn Waggonladungen mit schlesischen Museums- und Bibliotheksbeständen nach Warschau verbracht wurden. Hierbei spielten unterschiedliche Motive eine Rolle: Es ging – wie von polnischer Seite immer wieder beteuert wird – um den Schutz von Kulturgütern, die damals in Breslau und anderen schlesischen Städten nicht sicher bewahrt werden konnten. Es ging um die Sicherstellung von Kunstwerken, die während des Zweiten Welt-

¹ Ich danke Maximilian Eiden für die zahlreiche Anregungen zu diesem Aufsatz!

² Piotr Łukaszewicz, Das Nationalmuseum in Breslau vor dem Hintergrund der Geschichte der Breslauer Kunstmuseen, in: Die Blume Europas. Meisterwerke aus dem Nationalmuseum Breslau. Katalog der Ausstellung im Wallraf-Richartz-Museum 22.4.-30.7.2006. Köln 2006. Tobias Weger, Museen in Schlesien – gestern und heute. In: Schlesisches Museum zu Görlitz – Museum für eine europäische Kulturregion, hg. von Markus Bauer, Johanna Brade, Martin Kügler und Martina Pietsch im Auftrag der Stiftung Schlesisches Museum zu Görlitz. Halle 2006.

kriegs in Polen geraubt worden waren, und es ging um die Kompensation für die planmäßige, systematische Vernichtung polnischen Kulturguts durch die deutschen Besatzer. Teile der nach Warschau verbrachten Sammlungen wurden 1953 an die DDR übergeben, andere kehrten im Laufe der Jahrzehnte nach Schlesien, vor allem nach Breslau zurück.³ Der Großteil aber verblieb in Warschau, bildete den Grundstock der neu errichteten Sammlungen dortiger Museen, z.B. der Mittelalterabteilung des Nationalmuseums, oder wurde von Warschau aus auf Museen in anderen Gegenden Polens verteilt, um deren Kriegsverluste zu ersetzen.

Museumswesen in der Zeit der Volksrepublik Polen

Freilich zeigte sich schon bald nach dem Krieg, dass die Sammlungsbestände in Schlesien nicht grenzenlos geschmälert werden durften, sollten die Museen in der Lage bleiben, die in sie gesetzten Erwartungen zu erfüllen. Museumsarbeit im polnischen Schlesien stand damals ganz im Zeichen der Bemühungen, den slawischen, „urpolnischen“ Charakter des Landes unter Beweis zu stellen. Damit die Museen in den sogenannten „wiedergewonnenen Gebieten“ dieser Aufgabe gewachsen wären, forderte die offizielle Kulturpolitik den Ausbau vor allem der vor- und frühgeschichtlichen und der volkskundlichen Abteilungen, denn hier glaubte man am ehesten, slawische Kulturtraditionen ausmachen zu können. So war denn auch das Prähistorisches Museum das erste, das in Breslau wieder eröffnet wurde: Schon 1946 zeigte es in einem erhaltenen Flügel des Stadtschlusses die Ausstellung „Ślowianie na Ziemi Śląskiej“ [„Die Slawen in Schlesien“], die die slawischen Wurzeln der schlesischen Geschichte aufdecken sollte. Eine weitere Aufgabe der Museen war es, Podium und Schaufenster der Kultur aus den historischen Zentrallandschaften Polens in den neuen Westgebieten zu sein. Sie sollten sich also nicht so sehr als Museen für Schlesien denn als polnische Museen in Schlesien verstehen. Eine zentrale Rolle spielte dabei das im März 1947 gegründete Staatliche Museum, Muzeum Państwowe, in Breslau mit Sitz im ehemaligen Regierungsgebäude. Im Juli 1948 eröffnete es mit Abteilungen zur Archäologie Schlesiens, zur mittelalterlichen schlesischen Kunst und zur polnischen Malerei des 18. bis 20. Jahrhunderts, noch im selben Jahre wurde ihm das neugegründete Ethnographische Museum angegliedert. 1950 erhielt es den Rang eines Zentralmuseums für Schlesien unter dem Namen „Schlesisches Museum in Breslau“ (Muzeum Śląskie we Wrocławiu). 1970 wurde ihm dieser Name wieder entzogen; zugleich wurde es in den Rang eines Nationalmuseums erhoben und damit dem Titel nach den Museen in Warschau, Krakau und Posen gleichgestellt. Anders als diese blieb allerdings das Breslauer Museum finanziell von den Regionalbehörden abhängig. Im Breslauer Nationalmuseum sind Bestände Breslauer und anderer niederschlesischer Museen aus der Vorkriegszeit, Sammlungen von polnischen Museen aus Lemberg und neu angelegte Sammlungen von Gegenwartskunst und zeitgenössischem Kunsthandwerk zusammengefasst. Die erste ständige Ausstellung „Zehn Jahrhunderte Schlesien“ von 1954 zeichnete ein Bild von der Geschichte Schlesiens, das ganz den Legitimationsbedürfnissen der Staatsmacht entsprach. Die Epoche des Tauwetters nach 1956 leitete eine schrittweise Entpolitisierung der Museumsarbeit ein. Das Schlesische Museum entwickelte sich nun stärker zu einem Kunstmuseum mit Schwerpunkten auf mittelalterlicher Malerei und Skulptur einerseits, Gegenwartskunst andererseits. 1965 wurde die historische Abteilung mit ihren überwiegend politisch-ideologischen Funktionen aufgelöst. Zwei Jahre später wurde das Städtische Museum zu Breslau (Muzeum Miejskie we Wrocławiu) aus dem Schlesischen Museum ausgesondert. Es

³ Die Informationen über die Museen in der schlesischen Provinz stammen überwiegend aus unmittelbarer Anschauung und Kenntnis, die aus mehrjährigen Kontakten und im Zusammenhang mit gemeinsamen Projekten zwischen ihnen und dem Schlesischen Museum erwachsen ist. Ein Überblick über die Museumslandschaft im polnischen Schlesien mit Links zu den aktuellen Internet-Präsentationen findet sich auf der Homepage des Schlesischen Museums: <http://www.schlesisches-museum.de/Museumsland-Schlesien.museumsland.0.html>.

bildet die Verwaltungseinheit für eine Reihe von Spezialmuseen und nahm in der Folge eine sehr eigenständige Entwicklung.

Schaut man auf die Museen außerhalb Breslaus – es gibt heute über 50 Museen allein in Niederschlesien – so findet man bei den wenigsten eine Kontinuität zu den deutschen Museen der Vorkriegszeit.⁴ Kaum irgendwo sind die Sammlungen aus der deutschen Zeit noch am Ort. Sie wurden in den Wirren der letzten Kriegsmonate und der unmittelbaren Nachkriegszeit zerstört, geplündert oder im Zuge des großen, bis in die 1960er Jahre währenden innerpolnischen Kulturgütertransfers in die Zentralmuseen von Warschau oder Breslau überführt. Zu den Ausnahmen zählt das Museum von Teschen, eines der schönsten in Schlesien, das sich einer über zweihundert Jahre währenden, fast ungestörten Sammlungstradition erfreuen kann. Auch das Schlesische Museum in Troppau, das sich rühmt, das älteste Museum Tschechiens zu sein, ist im Krieg nur eines kleinen Teils seiner reichen Sammlungsbestände mit über einer Million Inventarnummern verlustig gegangen. Gleichfalls das Museum in Jauer hat einen großen Teil seiner Vorkriegsbestände bewahrt, so vor allem Sammlungen von Waffen, kunsthandwerklichen und volkskundlichen Objekten.

Lange Jahre hatte man die Museen in der schlesischen Provinz vernachlässigt, dann in den 1960er Jahren blühte das Museumswesen wieder auf, und es kam zu einer Welle von Neugründungen. Die meist von Grund auf neu angelegten Sammlungen speisten sich aus archäologischen Funden, die beim Wiederaufbau zerstörter Städte in der Nachkriegszeit, bei systematischen Großgrabungen in slawischen Altsiedlungen, etwa in Oppeln oder in Glogau, aber auch beim niederschlesischen Kupferbergbau in großem Umfang anfielen. Dazu kamen Gemälde und Skulpturen polnischer Künstler des 19. und frühen 20. Jahrhundert, die meist als Leihgaben von den Zentralmuseen in Warschau und Breslau zur Verfügung gestellt wurden, und Arbeiten der Gegenwartskunst. Diese gingen häufig aus Kunstwettbewerben hervor, die von den Museen selbst veranstaltet wurden. Bei den Neugründungen dominierten wirtschafts- und sozialgeschichtlich orientierte Spartenmuseen. Sie knüpften in den meisten Fällen an ein hervorstechendes Merkmal der örtlichen Tradition und Geschichte an, verstanden sich aber als Fachmuseen ihres jeweiligen Themas für ganz Polen. Das Schlesische Museum, dann Nationalmuseum in Breslau leistete Unterstützung und gewährte Leihgaben. Zu den neuen Museen zählen etwa das 1964 in Habelschwerdt auf Betreiben einer örtlichen Zündholzfabrik eröffnete Zündholzmuseum, das Papiermuseum in Bad Reinerz von 1968, das Museum der Weberei in Landeshut oder das Haushaltswarenmuseum in Münsterberg. In einigen Fällen ist die wirtschaftsgeschichtliche Spezialisierung nachvollziehbar und nahe liegend, wie beim Keramikmuseum in Bunzlau, das 1967 in den Räumen des alten Stadtmuseums eingerichtet wurde, dessen reiche Sammlung aber kaum Objekte aus der Vorkriegssammlung enthält. Ähnlich verhält es sich mit der Glassammlung des Museums in Hirschberg, einer Sammlung von mittlerweile europäischem Rang. Das Museum in Waldenburg durfte in den 1960er Jahren seine traditionsreiche Mineralien- und Porzellansammlungen fortführen, musste dagegen seine volkskundlichen und militärtechnischen Sammlungen an das Zentralmuseum in Breslau abgeben. Dem neu gegründeten Museum in Glatz war aufgegeben, sich auf zwei regionale gewerbliche Schwerpunkte zu konzentrieren: die Fertigung von Glas und die Fabrikation von Uhren. Mit Bezug zu den neuen Industrien der Nachkriegszeit, aber zunächst ganz ohne Beziehung zur regionalen und städtischen Geschichte der Vorkriegszeit entstanden im 1962 neu gegründeten Kupfermuseum in Liegnitz Sammlungen zur Mineralogie und Technologie des Kupferbergbaus, zur Geschichte des Werkstoffs Kupfer und zur zeitgenössischen Goldschmiedekunst in Polen. In der alten Handelsstadt Schweidnitz wurde 1966 ein Museum der

⁴ Markus Bauer: Von den Heimatstuben bis zum Schlesischen Museum zu Görlitz. Schlesien in deutschen Museen der Nachkriegszeit. In: Cieszyńskie Studia Muzealne 1/ 2003, hg. vom Museum des Teschener Schlesien (Muzeum Śląska Cieszyńskiego).

Kaufmannschaft eingerichtet, in dem vor allem historische Maße und Gewichte, die Einrichtungen von Apotheken und Kolonialwarenläden aus ganz Polen zu sehen sind.

Auch das Piastenmuseum in Brieg, das sich der Geschichte des schlesischen Zweiges dieser Herrscherfamilie widmet, ist in die Reihe überregionaler Spartenmuseen mit lokalem Bezug zu stellen. Hier bildete die örtliche Piastentradition den Anknüpfungspunkt für die Errichtung des Museums im wieder aufgebauten und teilweise von Grund auf frei rekonstruierten Piastenschloss. 1988 wurde hier mit Leihgaben des Breslauer Nationalmuseums eine ständige Präsentation schlesischer Kunst von der Gotik bis zum Barock eingerichtet.

Heimattuben und Heimatsammlungen

Auch im Deutschland westlich von Oder und Neiße gab es nach 1945 eine Fortsetzung schlesischer Museumsarbeit.⁵ Freilich beschränkte sich diese auf das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland. In der DDR waren eine öffentliche Auseinandersetzung mit schlesischer Geschichte und ein Anknüpfen an schlesische Kulturtraditionen nicht möglich. Auch in Westdeutschland gab es zunächst keine staatlichen Institutionen, die sich dieser Aufgabe unterzogen, sieht man vom Germanischen Nationalmuseum ab, das immer auch schlesisches Kulturgut sammelte und Schlesien in seinen Ausstellungen als eine deutsche Kulturlandschaft präsentierte. Der Anfang der Museumsarbeit für Schlesien im Deutschland der Nachkriegszeit ist aber hauptsächlich in privaten Sammlungen und namentlich in den Heimattuben der Vertriebenen zu sehen, die seit den 1950er Jahren in westdeutschen Städten aufkamen. Diese Einrichtungen waren zunächst Treffpunkte der vertriebenen Schlesier, die Errichtung und Präsentation von Sammlungen rückte erst im Laufe der Jahre in den Mittelpunkt. In jüngster Zeit hat sich ein erfreuliches Interesse an Geschichte und Gegenwart der historisch-ostdeutschen Heimattuben entwickelt. In vielen Bundesländern werden Bestandsaufnahmen vorgenommen, das Bundesinstitut für die Geschichte der Deutschen im östlichen Europa koordiniert diese Bemühungen und führt ihre Ergebnisse zusammen.⁶ Für Schlesien existieren heute je nach Zählung noch 60 bis 70 Heimattuben.⁷ Die meisten von ihnen stehen mit den Heimatvereinigungen der schlesischen Städte und Regionen in Verbindung. Ihre Stärke liegt in ihrer großen Nähe zu den Vertriebenen selbst: sie geben unmittelbar ihre Erinnerungen wieder, ihr Bild von der verlorenen Heimat, und sind Ausdruck ihrer Trauer über diesen Verlust. Hierin liegt aber auch ihre Beschränkung. Häufig fehlt den Heimattuben die Distanz zum dargestellten Gegenstand, und sie tun sich manchmal schwer, sich einer weiteren, nicht-schlesischen Öffentlichkeit verständlich zu machen. Ihr Gegenstand ist zumeist eine einzige Stadt oder eine kleinräumige Region; das ganze Land, die Kulturlandschaft Schlesien, kommt nicht in den Blick.

Andere kulturelle Institutionen der Vertriebenen bemühten sich von Anfang an um einen höher angesiedelten Standpunkt und einen weiteren Gesichtskreis. In Deutschland stellt die Stiftung Kulturwerk Schlesien in Würzburg, als Verein 1951 gegründet, die wichtigste auf Schlesien bezogene Kultureinrichtung dar. Das Kulturwerk unterhielt bis vor kurzem einen eigenen Verlag, gab mehrere Zeitschriften heraus, besitzt eine große Bibliothek sowie eine

⁵ www.bkge.de/heimatsammlungen. Vgl. auch: Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (Hg.): Was wird aus den Heimatsammlungen? Überlegungen, Denkanstöße, Lösungsansätze. [Oldenburg] 2007.

⁶ Cornelia Eisler, Markus Bauer (Bearb.): Schlesische Heimattuben in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Projekt des Schlesischen Museums zu Görlitz. Görlitz [2004]. Online in Internet: URL: <http://www.schlesisches-museum.de/hst>.

⁷ Vgl. demnächst: Markus Bauer: Das Schlesische Museum zu Görlitz: Entstehung, Entwicklung und Konzeption. Das Projekt eines "Schlesischen Landesmuseums" und seine Realisierung im Jahre 2006. in: Schlesien und die ehemaligen deutschen Ostgebiete im Prozess der Wiedervereinigung 1989/1990. Tagungsband zur Jahrestagung des Kulturwerks Schlesien in Würzburg, 4.-6.6.2010.

Sammlung von Grafik, Gemälden und Kunsthandwerk. Diese ist freilich nicht ständig zu sehen, sondern wird nur in Teilen bei Sonderausstellungen gezeigt. Haus Schlesien in Königswinter bei Bonn besteht aus einer Tagungsstätte mit Hotel- und Restaurantbetrieb, einer Bibliothek und einem Museum. Die Begegnungsstätte der Schlesier in Deutschland und Tagungsort schlesischer Heimatvereinigung wurde seit 1978 in Trägerschaft eines Vereins in einem ehemaligen Gutshof eingerichtet. Das Museum entwickelte sich seit den frühen 1980er Jahren. Schwerpunkte der Sammlung bilden Gläser aus dem Riesengebirge, Zinngefäße und Silberschmiedearbeiten, Bunzlauer Keramik, oberschlesische Fayencen und Porzellane des 18. und 19. Jahrhunderts sowie Zeugnisse der Volkskunst. Sonderausstellungen von Haus Schlesien waren und sind in vielen Städten Westdeutschlands und im polnischen Schlesien zu sehen.

Museumsgründungen

In den 1970er Jahren kam in Kreisen der Landsmannschaft Schlesien der Vorschlag auf, ein zentrales Museum für Schlesien auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland zu errichten. Ähnliche Stimmen waren aus anderen Landsmannschaften zu hören. Damals waren die örtlichen kulturellen Einrichtungen der Vertriebenen bereits in eine Krise geraten. Vielerorts hatten die Heimatstuben merklich an Zulauf verloren, die Sammlungen drohten zu veröden. Man hoffte, dass durch eine Konzentration der Kräfte und der musealen Aktivitäten die Kulturarbeit intensiviert und in ihrer Qualität verbessert werden könnte. 1982 beschloss der Bundestag eine „Grundsatzkonzeption zur Weiterführung der ostdeutschen Kulturarbeit“. Danach sollten neue Zentralmuseen die Kulturlandschaften der ehemals deutschen Gebiete im Osten umfassend darstellen und zugleich als Sammelstellen für Kulturgut dienen, das andernorts nicht mehr sachgerecht aufbewahrt werden konnte.

Auf dieser Grundlage sind seitdem Museen für West- und Ostpreußen, für Pommern und für die ehemaligen deutschen Siedlungsgebiete in Südosteuropa entstanden. Sie befinden sich in Münster, Lüneburg, Greifswald und Ulm. Träger sind der Bund und die zuständige Landsmannschaft, unter Beteiligung des Bundeslandes, in dem das Museum ansässig ist, zuweilen auch der jeweiligen Stadt. Da es für Schlesien in Deutschland zwei Landsmannschaften gibt, entstanden hier Gründungsinitiativen für zwei Museen. Das Oberschlesische Landesmuseum befindet sich in Ratingen bei Düsseldorf. Der Museumsneubau wurde 1998 eröffnet. Schwerpunkte der ständigen Ausstellungen sind Kunsthandwerk der frühen Neuzeit als Zeugnisse kirchlichen Lebens und städtischer Kultur, Bilder und Dokumente zu Bergbau und Arbeitswelt und Exponate zu den Themen Volksabstimmung 1921, NS-Zeit, Zweiter Weltkrieg und Vertreibung. Ein eigener Bereich ist dem Leben und Werk des Dichters Joseph von Eichendorff gewidmet.

Neben dem Oberschlesischen Landesmuseum sollte es aber auch ein Museum für Gesamtschlesien geben.⁸ Wegbereiter und treibende Kraft bei der Verwirklichung des Projektes war über Jahrzehnte hinweg Herbert Hupka. Als Standort war zunächst Hildesheim im Gespräch, politische Bedenken der rot-grünen Landesregierung Gerd Schröder verhinderten 1990 das Zustandekommen des Projekts. Inzwischen hatte die deutsche Wiedervereinigung neue Perspektiven eröffnet: Jetzt ergab sich die Möglichkeit für einen Neustart der Museumsinitiative in Görlitz und damit in einem Land, das zwar nicht zu den schlesischen Kerngebieten gehört, aber doch in der Geschichte stets enge Bindungen zu Schlesien hatte und seit 1815 politisch einen Teil der preußischen Provinz Schlesiens bildete. Schon einmal, im Juli 1946, war die Einrichtung eines Schlesien-Museums in Görlitz geplant. Damals war die Stadt voller Flüchtlinge und Vertriebener aus Schlesien, es gab über alle politischen Grenzen hinweg ein

⁸ Wie Anm. 3.

Bewusstsein dafür, dass Görlitz als einzige größere Stadt Schlesiens, die in Deutschland verblieben war, eine besondere Verantwortung gegenüber dem schlesischen Kulturerbe zu übernehmen habe. Der SED-dominierte Rat der Stadt beschloss daher einstimmig, in Görlitz ein neues Museum zu gründen, um dort „schlesisches Schrifttum, Werke schlesischer Maler, Graphiker und Bildhauer und Erzeugnisse des schlesischen Gewerbefleißes“ zu sammeln. Die Ausführung freilich unterblieb. Die offizielle politische Linie der SED, auf die natürlich auch die örtlichen Parteiorganisationen bald einschwenkten, verhinderte auf Jahrzehnte einen positiven Bezug zu Schlesien und seinen Traditionen im Kulturleben der Stadt. Es dauerte also fast ein halbes Jahrhundert, bis im April 1991 ein zweiter Anlauf zur Museumsgründung unternommen wurde. Die Stadt Görlitz stellte den Schönhof, ein prächtiges, aber stark sanierungsbedürftiges renaissancezeitliches Bürgerhaus, mitten in der Altstadt beim Rathaus gelegen, als Museumsgebäude zur Verfügung. 1996 wurde die Stiftung Schinesisches Museum zu Görlitz errichtet. Die vier Stifter sind die Bundesrepublik Deutschland, der Freistaat Sachsen, die Stadt Görlitz und die Landsmannschaft Schlesien; sie sind im Stiftungsrat gleichberechtigt vertreten. Der Etat des Museums wird je zur Hälfte von Bund und Freistaat bestritten.

Die Museumsinitiative in Görlitz konnte sich auf keine gewachsene Sammlung stützen. Erst spät, Ende der 1990er Jahre, begann man mit dem systematischen Aufbau einer Sammlung. Zahlreiche einzelne Objekte wurden im Kunsthandel und auf Auktionen erworben, vieles wurde dem Museum geschenkt oder als Dauerleihgabe anvertraut. Grundstock ist der Besitz des Bundes an schlischem Kulturgut, Objekte der Kunst und des Kunsthandwerks, die seit den 1950er Jahren mit bundesdeutschen Steuermitteln von Staats wegen erworben und zunächst Museen und Sammlungen in Westdeutschland übergeben wurden. Das Germanische Nationalmuseum in Nürnberg, die Stiftung Preußischer Kulturbesitz, aber auch schlesische Einrichtungen wie Haus Schlesien oder das Kulturwerk Schlesien und zahlreiche private Sammler leisteten Unterstützung. Als das neue Museum 2006 nach Abschluss der Renovierungsarbeiten eröffnete, war es bereits in der Lage, einen guten Überblick über die Kulturgeschichte Schlesiens seit dem späten Mittelalter zu geben. Schwerpunkte sind hochwertiges Kunsthandwerk und Kunstgewerbe des 17. bis 19. Jahrhunderts, Objekte der Alltagskultur des 19. und frühen 20. Jahrhunderts (Ausstattung adliger und bürgerlicher Haushalte; volkskundliche Objekte; Touristica und „Riesengebirgskunst“) sowie Industriekultur, Großstadtleben und Kunst in der Zwischenkriegszeit mit einem besonderen Akzent auf der Kunst der klassischen Moderne im Umkreis um die Breslauer Akademie.

Gegenüber der Perspektive der Heimatstuben und Heimatsammlungen, aber auch gegenüber den inhaltlichen Vorstellungen für ein Landesmuseum Schlesien in den 1980er Jahren in Niedersachsen haben sich in der Konzeption des Görlitzer Museums Fragestellungen merklich verändert und Schwerpunkte verlagert. Ein Schinesisches Museum zu Beginn des 21. Jahrhunderts, zumal mit einer Lage im deutsch-polnischen Grenzgebiet, kann nicht mehr ausschließlich oder auch nur hauptsächlich ein Museum für die vertriebenen Schlesier sein, sonder muss weitere Zielgruppen erschließen, darunter auch polnische Besucher, die in ihrer eigenen Sprache anzusprechen sind. Das Thema „Vertreibung“ ist noch immer zentral und bedeutungsvoll; aber es kommt eine neue Fragestellung dazu: über die Katastrophen von Krieg und Vertreibung hinweg – was bleibt vom alten Schlesien? was ist historisches Erbe und Auftrag an ein neues europäisches Schlesien? Das Schlesische Museum ist den Standards internationaler Museumsarbeit verpflichtet; es bemüht sich um Multiperspektivität und Diskursivität. Die traditionelle preußisch-deutsche Meistererzählung von der Geschichte Schlesiens steht auf dem Prüfstand, sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Themen rücken in den Vordergrund, auch einer polnischen Perspektive auf das historische Geschehen und den polnischen Traditionen in der schlesischen Geschichte wird Raum gegeben.

Museumsentwicklung in Schlesien seit 1989

Radikaler und spektakulärer als in Deutschland hat sich seit 1989 die Repräsentation Schlesiens in polnischen Museen gewandelt.⁹ Das Ende einer zentralen, von Staats wegen verordneten Geschichtsideologie, der Prozess der europäischen Integration, nicht zuletzt auch das Schwinden der Angst vor einem deutschen Revanchismus haben die Einstellung gegenüber der deutschen Geschichte der heutigen polnischen Westgebiete von Grund auf verändert, auch wenn Relikte alten Denkens natürlich immer noch hier und da zu Tage treten. Woiwodschaften und Kommunen haben sich als Selbstverwaltungskörperschaften neu konstituiert; damit entwickelt sich ein neues Verständnis für die historische Eigenart der Regionen. Beim Aufbau der lokalen und regionalen Selbstverwaltung wurden fast überall die Trägerstrukturen der Museen und anderer Kultureinrichtungen geändert. Das Museumsgesetz von 1996 und das Denkmalschutzgesetz von 2003 stärken die Eigenständigkeit und Professionalität der Institutionen.¹⁰

Der Zusammenbruch der nationalkommunistischen Ideologie hat offenbar ein Bedürfnis nach neuen Identifikationsangeboten erzeugt. Diese liefert die Geschichte, die in Schlesien eben auch eine deutsche Geschichte ist. Es ist mehr als ein Symptom, wenn inzwischen – nach dem Vorbild Breslaus – hunderte von Städten und Gemeinden ihre nach 1945 unter betont polnisch-nationaler oder kommunistischer Symbolik geschaffenen Embleme durch historische oder an diese angelehnte Wappen ersetzt haben. Allenthalben, nun selbst schon in entlegenen ländlichen Regionen, sind Geschichts- und Heimatvereine entstanden, die sich für das interessieren, was man in Polen die „kleine Geschichte“ jenseits der großen nationalen Narrative nennt, lokale, heimatliche Geschichte, Geschichte von Gebäuden und historischen Städten, von Familien und kleinen örtlichen Gemeinschaften. Die Amateur- und Lokalhistoriker stoßen natürlich überall auf deutsche Spuren, und dass jahrzehntelang ein Tabu verhinderte, diese Spuren zu verfolgen, verstärkt heute nur die Neugier und die Faszination gegenüber dem Thema. Geschichtsvereine wie die Gesellschaft der Freunde des Glogauer Landes, die Gesellschaft der Freunde Breslaus oder die Gesellschaft der Freunde der Wissenschaft in Liegnitz wurden häufig schon in kommunistischer Zeit gegründet, haben sich ihrer ursprünglich geschichtsideologischen Funktionen aber längst entledigt.¹¹ Die Vereine sind meist eng mit den Stadtmuseen verbunden und fördern deren Bemühungen um die Rekonstruktion der Stadtgeschichte. In der Grafschaft Glatz gründeten schon 1948 Künstler und Intellektuelle unter den Neuansiedlern einen Freundeskreis für das Glatzer Land. Der Gesellschaft gelang die Rettung von Möbeln, Tapisserien und Ausstattungsstücken aus Schlössern und Herrenhäusern, die jetzt einen Grundstock der Sammlungen des Glatzer Museums bilden. Neue Initiativen, die sich zeitgenössischer Kommunikationsformen bedienen, sind vor allem unter jungen Leuten populär: so der Verein „Wratislaviae Amici“¹², der 2009 den Preis des Stadtpräsidenten von Breslau erhielt, und der auf seinem Internetportal Zehntausende von Bildern und Texten zur Heimatkunde einstellt, zuordnet und diskutiert¹³. Jüngst hat der Verein auch ein Internetforum für Oberschlesien eingerichtet.

In vielen schlesischen Städten sind Museen heute Orte der Verständigung über ein neues Heimatgefühl und bürgerschaftliches Selbstverständnis, und Museumsdirektoren sind

⁹ Rafał Gołaś: Nowe Zasady działalności muzealnej w kontekście zadań zamorządu terytorialnego (praktyczny komentarz do ustawy o muzeach). In: Muzealnictwo 45 (2004), 199-20.

¹⁰ Vgl. die aktuellen Präsentationen im Internet: <http://www.tpnlegnica.republika.pl> (Liegnitz), <http://www.tmw.com.pl> (Breslau).

¹¹ <http://www.wratislaviae.pl>.

¹² <http://www.slask.org.pl>.

¹³ Agnieszka Chodorkowska: Dolnośląskie muzealia przywracają tożsamość regionu: In: Muzealnictwo 47/2006, S. 207-211. Eine publizistische Vorreiterin dieser Kampagne ist Beata Maciejewska, Redakteurin für regionale Geschichte bei der Breslauer Regionalausgabe der Gazeta Wyborcza. Ihre Artikel zum Thema seit dem Jahr 2000 finden sich unter <http://wroclaw.gazeta.pl/wroclaw/1,35762,929347.html>.

Galionsfiguren dieser Entwicklung. Dies ist am deutlichsten in Breslau zu sehen. Im Prozess der Wiederentdeckung des alten Breslau und der Aneignung deutsch-schlesischer Traditionen durch das neue Wrocław spielte der Direktor des Stadtmuseums Maciej Łagiewski eine Schlüsselrolle: so bei der Auseinandersetzung mit dem deutsch-jüdischen Erbe der Stadt, bei der Wiedereinführung des alten aus dem Mittelalter überkommenen Stadtwappens 1991 und zuletzt bei der Teilrekonstruktion des Stadtschlusses der Hohenzollern mit seiner 2009 neu eröffneten Dauerausstellung zur Stadtgeschichte. Schon in kommunistischer Zeit haben in vielen Städten Museumsdirektoren Kontakte zu den früheren deutschen Bewohnern und den Heimatvereinigungen schlesischer Vertriebener geknüpft, teilweise unter konspirativen Bedingungen, Kontakte, die ihnen nun bei der Neuorientierung der Museumsarbeit zugute kamen. Genannt seien nur die Namen von Paweł Kozerski in Brieg oder Leszek Lenarczyk in Glogau.

Fast alle Museen in Schlesien sind derzeit in einer Phase des Umbaus und der Neukonzeption. Überall sind die Ziele die gleichen, wenn sie auch mit unterschiedlicher Intensität verfolgt werden: Abwendung vom Konzept des sozial- und wirtschaftsgeschichtlich orientierten Spartenmuseums, Orientierung an der Geschichte der Stadt und ihrer lokalen Traditionen, die eng mit den ehemals deutschen Bewohnern verbunden sind. Natürlich ist inzwischen auch die polnische Neuansiedlung nach 1945 ein Stück Stadtgeschichte, das nach Darstellung und Auseinandersetzung im Museum verlangt. Den Bemühungen um die ältere Geschichte der Städte setzten vielerorts die Defizite in den Museumssammlungen enge Grenzen. Nach den Wellen von Evakuierung, Plünderung, Verlagerung und zwangsweiser Abgabe von Kulturgut ist manchen Städten fast nichts geblieben. Umso lauter erschallt der Ruf nach Rückgabe von verlagertem Kulturgut. Auch hier geht Breslau voran. Die von lokalen Zeitungen angeführte Kampagne „Geht zurück was unser ist“ („Oddajcie, co nasze“) hat heftige Reaktionen ausgelöst.¹⁴ Sie richtet sich vor allem an das Nationalmuseum in Warschau, aber auch an andere polnische Museen außerhalb Schlesiens, die vom großen Kulturgutstransfer der Nachkriegsjahre begünstigt wurden. Allerdings hört man gelegentlich in den kleineren Städten Schlesiens ähnliche Forderungen gegenüber Breslau selbst, namentlich dem Nationalmuseum, das noch immer Sammlungsbestände niederschlesischer Stadtmuseen aus deutscher Zeit bewahrt.

Nach wie vor ist das Nationalmuseum in Breslau, das seit 2007 dem Kulturministerium in Warschau unmittelbar zugeordnet ist, das Flaggschiff der Museen Schlesiens.¹⁵ Seine Entwicklung in den letzten Jahrzehnten ist nicht zuletzt geprägt durch die Persönlichkeit des Museumsdirektors Mariusz Hermansdorfer, der seit 1964 am Nationalmuseum arbeitet, in den 1970er Jahren zum Chefkurator aufstieg und das Museum von 1983 an bis heute leitet. Unter seiner Ägide vollzog sich die Entideologisierung der Museumsarbeit und die Hinwendung zur bildenden Kunst, namentlich zur polnischen Malerei des 19. und 20. Jahrhunderts und zur zeitgenössischen polnischen Kunst, aber auch, seit den 1980er Jahren und namentlich seit 1989, eine schrittweise Hinwendung zu Themen der älteren schlesischen Geschichte und Kunst. Mit etlichen großen Ausstellungen zu schlesischen Themen ist namentlich auch das Museum für Volkskunde hervorgetreten, eine Abteilung des Nationalmuseums, das sich seit 1958 im eigenen Haus präsentiert. Trotz dieser bemerkenswerten Leistungen sind es seit einigen Jahren doch eher die städtischen Museen in Breslau, die von sich reden machen: etwa das sehr rührige Architekturmuseum, 1971 aus dem Verband des Stadtmuseums ausgesondert, das hervorragend international vernetzt ist und in regelmäßigen Abständen mit wichtigen Ausstel-

¹⁴ Wie Anm. 2.

¹⁵ Maciej Łagiewski, Halina Okólska, Piotr Oszezanowski: 1000 lat Wrocławia. Przewodnik po wystawie, Pałac Królewski, Wrocław, 18 kwietnia 2009. Wrocław 2009 (Deutsche Fassung: 1000 Jahre Breslau. Führer durch die Ausstellung, Wrocław 2009). Mateusz Hartwich: Ausstellungs-Rezension zu: 1000 lat Wrocławia - 1000 Jahre Breslau 15.04.2009, Wrocław (Breslau), Polen, in: H-Soz-u-Kult, 20.06.2009, <<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/id=116&type=rezausstellungen>>.

lungen an die Öffentlichkeit tritt, vor allem aber das Historische Museum im Rathaus, dessen Direktor, der schon genannte Maciej Łagiewski, im Frühjahr 2009 die neue stadsgeschichtliche Dauerausstellung im Stadtschloss der Hohenzollern, dem ehemaligen Spätgenpalais, eröffnen konnte. Diese Ausstellung ist sicher die derzeit avancierteste in Schlesien, ein aufwendig präsentierter, technisch versierter und mit Exponaten reich bestückter Gang durch tausend Jahre Breslauer Geschichte. Die deutsch, polnisch und englisch beschriftete Ausstellung zeigt, wie unbefangen und vorurteilslos das moderne Wrocław sich inzwischen die Traditionen des alten Breslau zueigen gemacht hat, selbst das hierin enthaltene preußische Element.¹⁶

Unter den vielen noch unvollendeten Museumsprojekten im Schlesien der Gegenwart gehört der Bau des neuen Schlesischen Museums zu Kattowitz sicher zu den interessantesten.¹⁷ Schon einmal, vor über siebzig Jahren, machte das Museum von Kattowitz von sich reden. Es war ein Bau der Avantgarde, das modernste Museum in Polen, geschaffen von dem Architekten Karol Schayer und gegründet mit dem Anspruch, auf höchstem gestalterischen Niveau Oberschlesien als polnische Provinz museal zu repräsentieren, schlesische Kultur und Geschichte für Polen zu reklamieren. Nach dem Überfall auf Polen wurde das gerade im Bau vollendete Museum von den deutschen Besatzungsbehörden dem Erdboden gleich gemacht, die Sammlungen in das deutsche Konkurrenzmuseum in Beuthen transferiert bzw. zerstört, soweit sie nicht germanisierbar erschienen. In den 1980er Jahren entstand das Schlesische Museum als Museum für die oberschlesische Woiwodschaft neu. Seine Ausstellungen wurden eher notdürftig in einem ehemaligen Grand Hotel der Jahrhundertwende präsentiert. Jetzt entsteht ein Neubau, eines der ehrgeizigsten Museumsprojekte im heutigen Polen. Auf dem weitläufigen Gelände eines aufgelassenen Bergwerks entsteht ein komplexer Museumsbau zusammen mit einem Konzertsaal und einem Kongresszentrum, teils ober-, teils unterirdisch, aus umgestalteten Schächten und Förderanlagen, kombiniert mit neu errichteten Gebäuden. Auf einer Ausstellungsfläche von rund 6.000 qm soll die große Gemäldesammlung des Museums präsentiert werden, aber auch eine volkskundliche Abteilung und Zeugnisse der Industriegeschichte Oberschlesiens. Museumsdirektor Leszek Jodliński, der zuvor schon das Museum in Gliwice zu einem der interessantesten und lebendigsten Kulturzentren in der Region gemacht hat, will in Kattowitz einen neuen Blick auf die multiethnische Geschichte Oberschlesiens werfen und dabei die traditionelle deutsch-polnische Polarität bei der Betrachtung der oberschlesischen Geschichte überwinden.

Lässt man die Bilder Schlesiens in deutschen und polnischen Museen in den Jahrzehnten seit dem Zweiten Weltkrieg Revue passieren, so treten die starken Wandlungen deutlich hervor. In Westdeutschland waren die Anfänge einer musealen Beschäftigung mit Schlesien bestimmt durch die Erinnerung der Vertriebenen an die eigene, kleinräumig erfahrene Heimat und durch die Erfahrung des Verlustes. In Polen trat die Beschäftigung mit Schlesien zunächst in den Dienst einer politischen Rechtfertigungsideologie, um in einer zweiten Phase fast ganz hinter allgemeinen kunst-, sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen Betrachtungen zu verschwinden. Die europäische Wende von 1989 änderte die Situation von Grund auf. Schlesien tritt in Museen nun wieder als historische Landschaft eigener Prägung in Erscheinung, in Deutschland wie in Polen. Vor dem Hintergrund unterschiedlicher historischer Erfahrung von Deutschen und Polen mögen die Geschichtsbilder von Schlesien noch immer differieren, doch sie finden inzwischen Anschluss aneinander und beginnen zu konvergieren.

¹⁶ Lech Szaraniec: Muzeum Śląskie - Silesian Museum - Musée de Silesie = Schlesisches Museum 1924-2005. Katowice 2006. Ders.: Muzeum Śląskie 2006-2012. In: Muzealnictwo 47 (2006), 115-122.

¹⁷ <http://www.muzeumslaskie.pl/de/das-museum-neubau-des-schlesischen-museums.php>.

Carl-Hans Hauptmeyer

Einleitung zur Schlussdiskussion

Prof. Hauptmeyer erinnerte eingangs an seinen aus Breslau stammenden Geschichtslehrer der frühen 1960er Jahre, der von seiner Liebe zur Heimat und dem Unrecht der Vertreibung ebenso berichtete wie von den Verbrechen und Leiden, die die polnische Bevölkerung im Zweiten Weltkrieg und zuvor ertragen musste und der für die Schüler die eine Folgerung daraus zog: Versöhnung!

Sodann hob Hauptmeyer wesentliche Aspekte der Referate, Podiumsgespräche und Diskussionen der Tagung hervor. Ausgangspunkt waren – vom späten Mittelalter bis in die Zeitgeschichte hinein – die Vielzahl historischer Kontakte zwischen dem heutigen Niedersachsen und Schlesien. Die mittelalterliche Bevölkerungsgeschichte Schlesiens, die eingebettet gesehen werden muss in die europäischen Migrationen und demographischen Veränderungen, wurde ebenso thematisiert wie die regionale Vielfalt Schlesiens und die Bikonfessionalität seit der Reformation. Während sich in der frühen Neuzeit die Territorialstaaten festigten, war Schlesien stets Teil einer externen Monarchie. Insofern fehlte eine Residenzstadt, doch Breslau gedieh zur Handelsmetropole des südöstlichen Mitteleuropas, und weit strahlten die ökonomischen Beziehungen schlesischer Unternehmer während der Industrialisierungsphase in externe Regionen.

Anlässlich der Diskussion über die NS-Zeit in Schlesien wurde u. a. hervorgehoben, dass eine größere Zahl polnisch-deutscher Verbundprojekte die Forschung sehr bereichern würde. Hinsichtlich der aktuellen Grenzen Polens geht der wissenschaftliche Blick nach neuen Quellenfunden heute auf die persönlichen Entscheidungen Stalins. Das Leid der Vertreibung, die Ankunft der ca. 700.000 Schlesier in Niedersachsen, die Problematik der Aufnahme und Eingliederung, die Leistung der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge für die Modernisierung des Agrarsektors und den industriellen ökonomischen Aufschwung in Niedersachsen haben ihre geschichtswissenschaftliche Aufarbeitung gefunden. Die Frage bleibt, wie mit den, auch in Westdeutschland, verstreuten Kulturgütern umgegangen wird, insbesondere im Hinblick auf die kleinen Regionalmuseen und Heimatstuben. In Niedersachsen besteht die Absicht, den Standort Friedland zu stärken.

Die steigende Bereitschaft in Polen, die deutsche Tradition Schlesiens als einen wesentlichen Teil der schlesischen Geschichte zu betrachten, und das Selbstverständnis der autochthonen polnischen Bevölkerung in (Ober-)Schlesien tragen wesentlich dazu bei, das heute polnische Schlesien als einen kulturellen historischen Zentralraum des südöstlichen Mitteleuropas zu betrachten und friedvolle Lehren aus der Phase des Nationalismus und des Zufügens von Leid zu ziehen.



Die Schlussdiskussion: Prof. Musial, Prof. Hauptmeyer und Dr. Adamczyk

Zu den Autoren

Dr. Dariusz Adamczyk

Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Historischen Institut Warschau. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören u. a. die Geschichte der Macht- und Handelssysteme im Mittelalter, die Geschichte Osteuropas in der Frühen Neuzeit mit besonderer Berücksichtigung Polens sowie die Problematik der ungleichen Entwicklung der Regionen. Zudem ist er Vorsitzender der Deutsch-Polnischen Gesellschaft in Hannover.

Prof. Dr. Joachim Bahlcke

Professor für Geschichte der Frühen Neuzeit an der Universität Stuttgart. Zuvor Inhaber der Professur für Geschichte Ostmitteleuropas an der Universität Erfurt. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen die Gesellschafts-, Verfassungs- und Politikgeschichte Ostmitteleuropas vom 15. bis 20. Jahrhundert.

Dr. Markus Bauer

Direktor des Schlesischen Museums zu Görlitz, zuvor wissenschaftlicher Mitarbeiter in verschiedenen Archiven. Seine Forschungsschwerpunkte sind die Landesgeschichte Schlesiens und der Oberlausitz.

Rudolf Götz

Mitglied des Niedersächsischen Landtags und Beauftragter der Niedersächsischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler.

Prof. Dr. Carl Hans Hauptmeyer

Professor für Geschichte des späten Mittelalters und der frühen Neuzeit unter Einschluss der Regional- und Lokalgeschichte an der Leibniz Universität Hannover.

Prof. Dr. Josef Joachim Menzel

Emeritierter Professor an der Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz. Seine Forschungsschwerpunkte hier waren die mittelalterliche Geschichte Schlesiens und des deutschen Ostens. Leiter der Historischen Kommission für Schlesien.

Professor Dr. Bogdan Musial

Professor für Internationale Beziehungen an der Kardinal Wyszyński Universität in Warschau. Einer breiten Öffentlichkeit bekannt, als er den Urhebern der Wehrmachtsausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung eine Reihe von Fehlern nachwies, was zu einer Überarbeitung des Ausstellungskonzepts führte.

Prof. Dr. Bernhard Parisius

Leiter des Staatsarchivs Aurich und Honorarprofessor an der Universität Oldenburg. Einer der Mitbegründer der Stiftung Wirtschaftsarchiv Nord-West-Niedersachsen sowie Mitbegründer und wissenschaftlicher Leiter des Vereins Gnadenkirche Tidofeld – Dokumentationsstätte zur Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen in Niedersachsen und Nordwestdeutschland. Dieses Thema bildet neben der Geschichte Ostfrieslands seinen Forschungsschwerpunkt.

Dr. Ulrich Schmilewski

Geschäftsführer der Stiftung Kulturwerk Schlesien, Schatzmeister des Vereins für Geschichte Schlesiens e. V. und seit 1990 Schriftleiter der Zeitschrift Ostdeutsche Familienkunde bzw. Zeitschrift für Ostdeutsche Familiengeschichte. Seine Forschungsschwerpunkte sind die Geschichte Schlesiens, des Mittelalters, historische Hilfswissenschaften, Medizingeschichte und das Buch- und Verlagswesen.

Uwe Schünemann

Niedersächsischer Minister für Inneres und Sport.

Prof. Dr. Matthias Weber

Professor an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg für Neuere Geschichte und Deutsche Landesgeschichte. Direktor des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa. Forschungsschwerpunkte sind die Geschichte Schlesiens, die der Frühen Neuzeit, der Habsburger Monarchie und die Deutsche Rechtsgeschichte.

Dr. Karl-Heinz Ziessow

Kustos im Museumsdorf Cloppenburg, zuvor wissenschaftlicher Mitarbeiter im Landesmuseum für Kunst und Kulturgeschichte Oldenburg.